



Vierteljährlicher Abonnementskurs in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf.,
Außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Inletionsgebühren für den Raum einer
kleinen Zeile 30 Pf., für Interate aus Schießen u. Bösen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 256. Morgen-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Donnerstag, den 11. April 1889.

Reichstag.

(Abend-Sitzung vom Dienstag, 9. April.)

Die Verhandlung über die Wahl des Abg. Weßky nahm folgenden Verlauf:

Die Wahl beschäftigt das Haus bereits zum zweiten Male. Als sie in der Sitzung vom 11. Januar zum ersten Male zur Verhandlung kam, hatte die Wahlprüfungs-Kommission ihre Gültigkeit beantragt. Die Abgeordneten Riedert und Dr. Hermes (Hr.) beantragten dagegen, die Beschlüsse auszuheben und den Reichskanzler zu ersuchen, über eine Reihe von Behauptungen des eingegangenen Protestes Beweis zu erheben zu lassen. Dieser Antrag gelangte damals nicht zur Annahme, jedoch wurde auf Antrag der Abgeordneten v. Bennigsen und v. Kardorff die Wahl an die Kommission zur nochmaligen Berichterstattung zurückverwiesen. Als Resultat dieser nochmaligen Prüfung beantragt die Kommission jetzt, die Wahl zu beanstanden und Erhebungen über eine Reihe von Punkten anstellen zu lassen, die sich auch ungefähr mit denjenigen decken, welche in dem damaligen Antrag Riedert aufgeführt waren. Die Protestpunkte beziehen sich auf das bekannte Rundschreiben des Kreis-Schulinspektors Gregorovius an die Lehrer seines Bezirks, die Art, wie die Arbeiter der Porzellanfabrik von Tielich in das Wahllokal geführt und vor dem als Wahlvorsteher fungierenden Director ihre Stimmzettel abgaben u. s. w. Bezüglich des Kreis-Schulinspektors Gregorovius verlangte der damalige Antrag Riedert die zeugeneidliche Vernehmung desselben, und diese Vernehmung zu erstrecken auf den Vorgang, auf welchen sich die Eingangsworte des Rundschreibens: „Im Anschluß an die Worte, die ich jüngst zu Ihnen gesprochen habe, ...“ während die Kommission nur die amtliche Vernehmung des Kreis-Schulinspektors verlangt und den letzteren Punkt nicht berücksichtigt.

Abg. von Heeremann (Centr.) freut sich, daß die Kommission der früher fundgegebenen Ansicht des Reichstages entgegengekommen ist und erklärt sich mit den jetzigen Beschlüssen derselben einverstanden. Was aber den Fall Gregorovius betreffe, so stehe hier eine unberechtigte Wahlbeeinflussung fest, durch welche der Regierung selbst geschadet und nur Erbitterung im Lande hervorgerufen werde. Gegen eine ruhige Darlegung ihrer Ansichten seitens der Regierung habe er nichts einzuwenden. Das Schreiben des Schulinspektors Gregorovius an die Lehrer habe sich nicht geüßelt, die allerhöchste Person in den Wahlkampf hineinzuziehen, und er hätte es vorgezogen, wenn über dessen Thätigkeit volles Licht verbreitet und auch die Eingangsworte des Rundschreibens in den Kreis der Unternehmung gezogen würden.

Abg. Hegel (De.) glaubt, daß die bei der Weßky'schen Wahl vorgekommenen Geschehnisse keinen Einfluß auf die Wahl gehabt haben. Dennoch wollen seine Freunde dem Commissionsantrage nicht widersprechen. Was das Schreiben des Schulinspektors Gregorovius anlangt, so sei dasselbe ein privates gewesen; außerdem habe der Vorgesetzte des Kreis-Schulinspektors, der preussische Kultusminister, über dessen Vorgehen bereits seine Ansicht geäußert; die Erhebungen würden also keine weiteren Erfolge haben. Im dem Verfahren des Besitzers der Porzellanfabrik könne er auch keinen Grund in die Wahlfreiheit erblicken, denn derselbe habe die Arbeiter völlig frei ihre Stimme abgeben lassen.

Abg. Riedert: Wenn die Grundfrage, welche der Vorredner ausgeprochen hat, acceptirt würden, würden wir niemals zur Ungültigkeitserklärung einer Wahl kommen, und würde den Beeinflussungen Thor und Thür geöffnet werden. Die conservatieve Partei hat im Laufe der Zeit in dieser Beziehung sehr ihre Anschauung geändert. Die Herren von der Rechten aber möchte ich an die Wahl-Erfahrung erinnern, wo wesentlich die conservatieve Partei die Ungültigkeitserklärung herbeiführte, weil die Gemeindebeamten einen ungesetzlichen Einfluß auf die Wahl ausgeübt hätten. Und hier handelt es sich ja gar nicht allein um die Wahlbeeinflussungen des Herrn Gregorovius, sondern um eine Reihe von ganz enormen Geschehnissen, wodurch die Arbeiter vollkommen ihres Rechtes beraubt wurden. Den Antrag, den Abg. Hermes und ich gestellt haben, ziehe ich zurück, bis der Referent auf verschiedene Punkte Aufmerksamkeit gegeben hat. Wir gehen weiter als die Kommission. Wir wollen die Beamten zeugeneidlich und nicht nur amtlich ihre Aussagen machen lassen; doch ist uns das nicht die Hauptsache, vor Allem wollen wir Auskunft erhalten über die Unternehmung des Herrn Gregorovius mit den Lehrern, auf welche im Eingang seines Schreibens Bezug genommen ist.

Abg. Meyer-Halle: Ich bin mit dem Abg. Hegel darin einverstanden, daß Formverstoße, die ohne Einfluß auf die Wahl sind, nicht zu berücksichtigen sind. Ganz anders aber ist es mit einer Verletzung der Wahlvorschriften, die in der Absicht geschieht, um das Wahlresultat nach einer Seite zu verschieben, also mit Wahlbeeinflussungen. Sucht der Kreis-Schulinspector seine untergebenen Lehrer zu einer ihm genehmen Wahl zu bewegen, so wird er Wirkungen erzielen, die er selber nicht voraussieht, und die Sache wird nicht schöner, wenn das Wort privatim darüber steht, denn d. h. auf Deutsch: haltet den Mund und thut, was ich will. (Heiterkeit.) Die Wahlbeeinflussungen in Waldburg sind viel schlimmer, als wir sie bisher erlebt haben, und das will viel sagen.

Abg. Hegel: Wenn auch alle Behauptungen im Protest richtig sind, so kann bei der geheimen Wahl nicht nachgewiesen werden, ob die Lehrer wirklich dem Wunsch des Kreis-Schulinspektors entsprechend gewählt haben.

Abg. Frhr. v. Unruh-Bomst: Eine zeugeneidliche Vernehmung ist nicht nöthig, denn ein Beamter wird stets auf seinen Eid vernommen. Daher ist der Antrag Riedert überflüssig.

Abg. Riedert: Auf die zeugeneidliche Vernehmung will ich verzichten; dagegen müssen wir über die Unternehmung Auskunft haben, auf welche sich der Kreis-Schulinspector bezieht. Die Wirkung der Beeinflussung läßt sich bei der Abhängigkeit der Lehrer, die aufgefördert wurden, mit allen Kräften für den Septennatscandidaten zu stimmen, leicht ermessen. Diese Wirkung zeigt sich u. A. darin, daß ein Lehrer den Leuten die Wahlzettel für Geberty abgenommen und zerissen hat.

Abg. Windthorst (Centr.) beantragt in dem Commissionsantrage statt „amtliche Vernehmung“ des Kreis-Schulinspektors Gregorovius zu sagen „verantwortliche Vernehmung“.

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Windthorst mit schwacher Mehrheit gegen die Stimmen des Centrums, der Freisinnigen, Socialdemokraten und einzelner Freiconservativer abgelehnt. Ebenso wird der Antrag Riedert von den Cartellparteien abgelehnt und hierauf der Commissionsantrag angenommen.

Das Haus geht über zur Prüfung der Wahl des Abg. Poll (2. Bromberg). Derselbe hatte in der Erstwahl 8794 Stimmen erhalten, während auf seinen politischen Gegencandidaten, Graf Storcowski, 8122 Stimmen fielen. Gegen die Wahl sind mehrere Wahlproteste eingegangen, in welchen neben sonstigen Unregelmäßigkeiten behauptet wird, daß in Folge falscher amtlicher Bekanntmachung des Landraths und rechtswidriger Veränderung der Wählerlisten diejenigen Wähler, welche seit der allgemeinen Wahl aus dem Wahlkreise verjagt waren, ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten. Die Kommission hat gleichwohl geglaubt, für den Abg. Poll eine Mehrheit herausrechnen zu können, sie hat daher mit 7 gegen 5 Stimmen den Antrag beschloßen, die Wahl für gültig zu erklären, dagegen über einige der behaupteten Unregelmäßigkeiten Erhebungen anstellen zu lassen.

Abg. v. Koscielski (Pol.) beantragt, die Wahl für gültig zu erklären. Der Reichstag sollte gerade den Beamten in den politischen Gegenden auf die Finger sehen, welche die politische Bevölkerung als Leuter benützen, auf deren Profite sie emporkletterten.

Der Abg. Schmidt-Gischardt (C.) erklärt die Auffassung des Landraths von Schubin, wonach die in der Wählerliste aufgeführten Wähler bei der Erstwahl nur stimmberechtigt seien, wenn sie noch im Wahlbezirk wohnen, für einen Eingriff in die Wahlfreiheit; wie in der Kommission, so werde er auch jetzt für die Ungültigkeit der Wahl stimmen.

Abg. Müller-Marienwerder (Rp.) sucht darzulegen, daß der Landrath in Wirtitz das Wahlreglement thatsächlich richtig ausgelegt habe.

Abg. v. Unruh-Bomst (Rp.) schließt sich diesen Ausführungen an

und verwahrt sich gegen die Auffassung des Abg. v. Koscielski bezüglich der Beamten in den politischen Gegenden.

Abg. Bebel ist besonders aus dem Grunde gegen die Gültigkeit der Wahl, weil in diesem Falle die preussische Regierung entgegen dem Wahlgebot, wonach die Wahl „sofort“ stattfinden müsse, wiederum volle sechs Monate mit Ansetzung des Wahltermins gezögert habe. Der Reichstag müsse darauf sehen, daß der Minister das Geheh habe.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Koscielski und Müller schreitet das Haus zur Abstimmung, wobei unter Ablehnung des Antrages v. Koscielski die Commissionsbeschlüsse angenommen werden.

Darauf verlag sich das Haus.

Abg. Singer will als ersten Gegenstand für die morgige Tagesordnung den Rest der heutigen Tagesordnung setzen. Jedoch wird dieser Antrag abgelehnt.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Alters- und Invaliditätsversicherung.)

Schluß 11 Uhr.

Deutschland.

© Berlin, 9. April. [Der neue Kriegsminister.] Heute Abend bringt der amtliche „Reichsanzeiger“ endlich die lang vorausgesagte Meldung von dem Rücktritte des Kriegsministers Bronsart von Schellendorff. Der Minister hat eine große Reihe von organisatorischen Aufgaben in der Armee zu lösen gehabt und in der Vertretung seines Ressorts vor dem Reichstage immer eine unangenehme Beigabe gesehen. Seine Leistungen auf spezifisch militärischem Gebiete werden der sachmännischen Kritik unterliegen. Außerhalb der militärischen Kreise ist es schwierig, zu übersehen, welche Anordnungen auf die Rechnung des Ministers, welche auf diejenige seiner Gehilfen oder aber des Generalstabes kommen. Herr von Bronsart steht im Alter von 57 Jahren, und es ist wohl anzunehmen, daß er demnächst ein Corpscommando erhalten werde. Man hat bekanntlich schon lange gesagt, daß er als Nachfolger des commandirenden Generals von Kleist nach Königsberg übersiedeln werde. Der Nachfolger des Herrn von Bronsart, General der Infanterie von Verdy du Vernois, ist ein geborener Schlesier. Er stammt aus Freistadt, wo er am 19. Juli 1832 geboren ist, wurde im Cadettencorps erzogen und trat 1850 als Offizier in das vierzehnte Infanterie-Regiment, dessen Geschichte er für die Mannschaff bearbeitete. 1861 Hauptmann, von 1863 bis 1865 in Warschau beim Stabe des russischen Oberbefehlshabers, wurde Verdy im Jahre 1866 Major und machte den Feldzug in Böhmen im Generalstab des Obercommandos der zweiten Armee, den Krieg gegen Frankreich als Abtheilungschef im großen Generalstabe mit. Später war Verdy eine Zeit lang Chef des Generalstabes des ersten Armee-corps, dann Director des allgemeinen Kriegsdepartements im Kriegsministerium, 1883 Commandeur der ersten Division in Königsberg, zuletzt Gouverneur von Strassburg. Ohne Zweifel gehört Herr von Verdy zu den gewandtesten Offizieren aus der Schule des Grafen Moltke. Er hat sich als Militärschriftsteller, als Stratege und als Militärpädagoge in ungewöhnlichem Maße ausgezeichnet. Sein Antheil an dem Generalstabswerk über den französischen Krieg ist ein bedeutender. In seinen Arbeiten zeigt Verdy einen ebenso klaren als formvollendeten Stil. Er verfügt über eine umfassende Belesenheit und eine vielseitige Bildung. Auch Witz und Humor stehen ihm ebenso zu Gebote wie die Gabe der Rede. Im Verkehre mit dem Parlament hat Herr von Verdy stets die angenehmsten Formen beobachtet. In der Armee und über die deutschen Grenzen hinaus ist Verdy bekannt durch seine Studien über Truppenführung, seine kriegsgeschichtlichen Werke, seinen Beitrag zum Kriegsspiel, seine Leitung der ersten Generalstabsübungsreise im Festungskriege. Er hat zuerst durch die Studien über Truppenführung die applikatorische Lehnmethode auf die Kriegsführung angewendet. Er ist auch der intellektuelle Urheber der Cavallerieübungsreisen und der systematischen Ausbildung höherer Truppenführer für den Festungskrieg. In früheren Jahren hat man zumeist geglaubt, Verdy sei bestimmt, der Nachfolger des Grafen Moltke als Chef des Generalstabes der Armee zu werden. Daß er nach seiner ganzen wissenschaftlichen und militärischen Bedeutung für das Amt des Kriegsministers hervorragend befähigt ist, unterliegt keinem Zweifel. Wie das Verhalten des neuen Ministers zum Parlament und zu den Fragen gesetzgeberischer Reformen auf militärischem Gebiete, beispielsweise hinsichtlich der Gerichtsbarkeit, sein wird, läßt sich heute natürlich nicht voraussagen. Nach der Vergangenheit des neuen Ministers müßte man jedoch die besten Hoffnungen hegen. Jedenfalls wird die liberale Partei keine Ursache haben, die Ersetzung des Herrn von Bronsart durch Herrn von Verdy zu bedauern.

[Die Sammlungen des Reichspost-Museums] sind in letzter Zeit wieder um einige bemerkenswerthe Gegenstände bereichert worden. Für das Vertriebswesen in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts ist ein Galapagos mit Biergepaß bezeichnend, welcher sich auf einer von Melin im Jahre 1630 getriebenen Silbertafel befindet. Das Original wird im Reichsmuseum zu Amsterdam aufbewahrt. Dem Postmuseum ist ein Gipsabguss dieser trefflichen, figurenreichen Arbeit überwiesen worden. Der Wagen ist seitlich nicht geschlossen, sondern hat einfach ein von vier römischen Säulen getragenes Dach, so daß der Insasse allem Volke sichtbar ist. Ungemein umfangreich sind die Modelle von zwei britischen Postwagen, welche auf der London-Nordwest-Eisenbahn laufen und mit Vorrichtungen zum Fangen und Abwerfen der Briefbeutel versehen sind. Die Modelle sind im Maßstab 1 zu 6 in den Waggonwerken zu Wolverton im Jahre 1888 gefertigt worden. Das Dach beider Wagen ist zum Aufklappen eingerichtet, so daß ein Blick in den Innenraum mit seiner postähnlichen Ausstattung gestattet ist. Die Fächer für die Briefschaften ziehen sich an der einen Langseite mit einem schmalen Tisch hin, während die andere frei geblieben ist, so daß sich auf diese Weise ein ziemlich breiter Gang durch den ganzen Waggon hinzieht. An den Perons der beiden Wagen befinden sich vorspringende Thüren, welche durch einen schmalen Gang von Leder mit einander verbunden sind. Seitlich des einen Waggons ist ein Regner vorgerichtet, dessen oberer Rahmen in einem Ständer der Station aufgehängt Briefbeutel bei voller Zuggeschwindigkeit abstreift, so daß diese in das Reg fallen und so geborgen werden können. Nicht minder sorgfältig wie diese Modelle ist ein solches des Postdampfers „Marie Wörmann“ der „Afrikanischen Dampfschiffahrt-Aktiengesellschaft Wörmann-Linie“ ausgeführt. Dasselbe, im Maßstabe 1 zu 48, bildet ein Geschenk des Herrn Adolf Wörmann. Die Dedication des Dampfers entspricht bis in die kleinsten Einzelheiten dem Original. Endlich ist noch ein großes Modell des Rettungsbootes „Reichspost“, welches auf der Station Langoog-Weiland in Thätigkeit ist, zu erwähnen. Das prächtig gebaute Originalboot wurde aus den Beiträgen der Reichspost- und Telegraphen-Beamten im Jahre 1887 beschafft. Das Modell ist von der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger dem Museum als Geschenk verehrt worden.

[Notenbanken.] Bei der Bedeutung, welche in der gegenwärtigen Erörterung die Frage der Umgestaltung der Verhältnisse der Reichsbank und der Notenbanken überhaupt einnimmt, wird in den „B. Pol. Nachr.“ eine Uebersicht über diejenigen Banken gegeben, welche noch zur Ausgabe von Banknoten berechtigt sind: Als das Bankgesetz vom 14. März 1875 erlassen wurde, gab es solcher Banken 33, deren ungedeckter Notenumlauf 385 000 000 Mark betrug. Davon haben inzwischen auf die Befugnis zur Notenausgabe verzichtet: die Ritterchaftliche Privatbank in Pommern (Stettin), die Bank des Berliner Kassenvereins, die Communalständische Bank für die Oberlausitz (Görlitz), die Landgräflich hessische concessionierte Landesbank, die Leipziger Bank, die Rostocker Bank, die Weimarer Bank, die Oldenburgische Landesbank, die Mitteldeutsche Creditbank in Meiningen, die Privatbank zu Gotha, die Anhalt-Desauische Landesbank, die Thüringische Bank (Sondershausen), die Geraer Bank, die Niedersächsische Bank (Hildesburg), die Lübecker Privatbank und die Commerzbank in Lübeck. Der diesen Banken zustehende Antheil an dem Gesamtsumme des der Steuer nicht unterliegenden ungedeckten Notenumlaufs ist gemäß § 9 des Bankgesetzes dem Antheile der Reichsbank zugewachsen, und erfuhr der letztere dadurch eine Steigerung von 250 000 000 M. auf 274 834 000 M. Die letzte Bank, deren Notenumsatz in Höhe von 1 251 000 M. vor noch nicht langer Zeit der Reichsbank zuwuchs, war die Königsche Privatbank. Gegenwärtig sind zur Notenausgabe demnach nur noch 16 Banken berechtigt, und zwar: die Reichsbank, die Städtische Bank zu Breslau, die Magdeburger Privatbank, die Danziger Privatbank, die Provinzial-Actienbank des Großherzogthums Posen, die Sannoverische Bank, die Frankfurter Bank, die Bayerische Notenbank, die Sächsische Bank zu Dresden, der Leipziger Kassenverein, die Chemnitzer Stadtbank, die Wirtembergische Notenbank, die Badische Bank, die Bank für Süddeutschland, die Braunschweigische Bank und die Bremer Bank.

[Ueber das Gefecht bei Bagamono,] in welchem die beiden durch Buhiri aus dem Stationshause in Bagamono geraubten Krupp'schen 7,5 und 4,7 cm Geschütze zurückerobert wurden, entnimmt der „Hann. Cour.“ dem Privatbriefe eines deutschen Matrosen vom ostafrikanischen Geschwader folgende Einzelheiten: Am 3. März machten die Aufständischen unter Führung des Arabers Buhiri während der Morgendämmerung abermals einen Angriff auf das Stationsgebäude. Nachdem sie sich während der sehr dunklen Nacht in die Stadt hineingeschlichen und eine gut gedeckte Stellung eingenommen hatten, eröffneten sie bei Tagesgrauen unter Benutzung obgenannter Geschütze ein heftiges Feuer gegen das Usagara-haus. Lieutenant zur See Meier, welcher die dort stationirte Wache von S. M. S. „Leipzig“ commandirte, machte sofort mit 14 Matrosen und 40 schwarzen Soldaten einen Ausfall gegen die Araber, indem er seine Truppe theilte und den Feind von zwei Seiten zugleich angriff, welcher dem Schnellfeuer Stand hielt und sich erst zurückzog, als die Wache mit der blanten Waffe unter „Marisch, Marisch, Surrah!“ auf ihn eindrang. Plötzlich bemerkten unsere Leute auf der linken Flanke das 4,7 cm-Geschütz, welches die Araber mitzuschleppen eifrig bemüht waren, aber schon flüchtig vier Matrosen auf dasselbe und es gelang ihnen bald, dasselbe zurückzuerobern. Kurz darauf sah man auch auf der rechten Flanke das schon während des Bajonetangriffs von seiner Mannschaft verlassen 7,5 cm-Geschütz. Beide Geschütze wurden in Sicherheit gebracht und der Feind alsdann verfolgt, bis er auf der Straße nach Dunda im Busch verschwand. An Munition wurden erbeutet 7 Stück 4,7 cm-Granaten, von denen noch zwei mit scharfen Zündern versehen waren, und 5 dicke eiserne Bolzen, welche die Araber für das 7,5 cm-Geschütz geschmiedet hatten, das auch noch mit einem solchen geladen war. Untererlebens sind weder Verluste an Menschenleben noch Verwundeten zu verzeichnen, dagegen blieben acht Araber auf dem Platze und mehrere Verwundete fielen in unsere Hände. Unter den Letzteren befand sich ein Schwarzer, Slave von Buhiri, welcher ausrief, daß sein Herr während dieses Gefechtes ebenfalls einen Schuß in den Fuß erhalten habe. Die Stärke des Feindes betrug ungefähr 200 Mann.

[Die Antwort des Prinzregenten von Baiern] auf das Memorandum der Bischöfe wurde in ihren wesentlichsten Punkten bereits mitgetheilt. Zur Ergänzung bringen wir noch Folgendes: Die Bischöfe hatten sich über die Altkatholiken folgendermaßen geäußert:

„Schmerzlich sind die legitimen katholischen Oberhirten Baierns durch die seitberige Auffassung der sogenannten Altkatholikenfrage berührt. Seit dem Jahre 1872 war den bayerischen Bischöfen der ihnen verfassungsmäßig zustehende Rechtschutz in dieser Angelegenheit nicht bloß verweigert geblieben, sondern es wurden sogar Eingriffe in das Eigenthum der ihnen untergebenen Gotteshäuser gestattet. Diesen Ercheinungen gegenüber halten dieselben heute noch an der Ueberzeugung fest, daß das Concordat, welches einen integrirenden Bestandteil der bayerischen Staatsverfassung bildet, im Artikel 1 nur eine „römisch-katholische, apostolische Religion“ kennt, und daß diese die nämliche ist, deren Befenner § 9, Tit. IV der Verfassungs-Urkunde und § 24 des Religions-Edictes unter den öffentlich anerkannten drei Religionsgesellschaften aufgeführt werden, daß aber den von der katholischen Kirche ausgeschiedenen sogenannten „Altkatholiken“ das Recht einer öffentlichen kirchengesellschaft verfassungsmäßig nicht zukommt.“

Hierauf erwidert der Prinzregent:

„Im engsten Zusammenhange mit dem Placetum regium steht die in Ziffer 4 des Memorandums demängelte seitherige staatliche Auffassung der Altkatholikenfrage. Die bisherige staatliche Behandlung dieser Frage ist nichts anderes als die pflichtmäßige Beobachtung der Vorschrift in § 58 der II. Verfassungsbeilage. Die Staatsregierung hat jede auf den Vollzug der Concilsdecrete vom 18. Juli 1870 abzielende Handlung unterlassen, da für jene Decrete das Placet nicht erteilt ist und dieselben deshalb, wie die citirte Gesetzesstelle bestimmt, nicht vollzogen werden dürfen. Die Staatsregierung hat es demnach einfach abgelehnt, zum Vollzuge der erwähnten Concilsdecrete der Kirche den staatlichen Schutz bereitzustellen und mit Gewalt gegen jene vorzugehen, welche sich denselben nicht unterwerfen zu können glaubten.“

Der auf den Unterricht bezügliche Passus der Antwort des Prinzregenten lautet:

Vor Allem sind die Universitäten in Betracht zu ziehen. In dem bishöflichen Memorandum wird der an denselben herrschende materialistische Geist angeklagt, welcher dem Christenthume vielfach zuwider sei, und welcher von den Hochschulen aus bis in die untersten Schichten der Bevölkerung dringe. Hieran wird die Bitte gerichtet, der Staat möge zur Wiederherstellung der christlichen Weltanschauung die Kirche in der Restauration der christlichen Wissenschaft unterstützen. Es kann nicht zugegeben werden, daß die Schöpfung des Memorandums von dem an den Landesuniversitäten herrschenden Geiste den wirklichen Thatsachen entspricht. Auch unter den Lehrern der bayerischen Hochschulen findet sich, wie in allen Kreisen der Bevölkerung, neben mancher Ungebundenheit tiefreligiöser Gesinnung und Lebensweise. Wenn aber auch die bayerischen Hochschulen auf dem Grundsatze der Freiheit des Forschens und der Lehre aufgebaut sind, und wenn die Staatsregierung auch im Vereine mit den akademischen Behörden bei Befestigung der erledigten Lehrstühle bemüht war, für jeden derselben den möglichst tüchtigen, wissenschaftlich hervorragenden Mann zu gewinnen, so ist darum doch die religiöse Gebahrung der Candidaten für die betreffenden Lehrstühle nicht schlechthin außer Beachtung geblieben. Die Staatsregierung würde Anstand genommen haben und Anstand nehmen, auf einen Lehrstuhl einen Mann zu berufen, von dem bekannt oder nur mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen wäre, daß er auf dem Rathgeber der Irreligiosität das Wort rede oder den Glauben seiner Hörer untergrabe.

Die Staatsregierung hat ferner auch bisher schon auf die Wünsche der kirchlichen Organe insofern billige Rücksicht genommen, als sie an den Universitäten München und Würzburg für die Lehrfächer der Geschichte und Philosophie, auf welchen Gebieten am ehesten eine Verletzung religiöser

Empfindungen möglich ist und verschiedene Richtungen am ersten noch Berechtigung haben mögen, mehrere Lehrer, und zwar einen der streng kirchlichen und einen der freieren Richtung aufgestellt hat.

In dem bischöflichen Memorandum wird ferner angeregt, es möchten zu Vorständen der Lehrerbildungsanstalten wieder ausschließlich Geistliche berufen werden, welche sich wegen ihres Standes, ihrer Würde und höheren Bildung im Allgemeinen hierzu besser eignen als Laien. Dieser Meinung kann nicht unbedingt beigepflichtet werden. Bei Besetzung der bezeichneten Stellen ist auch darauf zu sehen, daß der Inspector eines Schullehrerseminars die für sein Amt erforderlichen speziellen Fachkenntnisse sowie die nötige Erfahrung im praktischen Schuldienste besitzt. Diese Qualitäten aber werden akademisch gebildeten Geistlichen wie Laien trotz ihrer höheren Bildung nicht ohne Weiteres beigegeben werden können. Die seitherige Behandlung der einschlägigen Angelegenheit hat die Bestimmungen des Normativs über die Bildung der Schullehrer vom 29. September 1866 zur Grundlage, wo in § 55 bestimmt ist, daß an jedem Schullehrerseminar entweder der Inspector oder der Präfect dem geistlichen Stande angehören soll. Ein geistlicher Präfect aber, welcher als solcher ebenso gut für die Befestigung der religiösen Grundfälle in den Schülern und für die Pflege des religiösen Geistes an der Anstalt Sorge tragen kann wie als Inspector, findet sich fast an allen katholischen Lehrerseminaren. Ueberdies ist die Beförderung eines tüchtigen, in der Pädagogik wie im Schulfache sich bewährenden geistlichen Präfecten zum Inspector durchaus nicht ausgeschlossen.

Die weitere Bitte, es möchten jene Bestimmungen, welche die Vorbereitung künftiger Candidatinnen für das Lehramt „ohne Nothwendigkeit in drückender Weise“ erschweren, in Wegfall kommen und denselben wieder die früheren „Befugnisse“ gewährt werden, bezieht sich offenbar auf die staatliche Anordnung, daß die künftigen Lehramts-Candidatinnen die gleiche Vorbereitung für das Lehramt nachzuweisen haben, wie sie für die weltlichen Candidaten und Candidatinnen vorgeschrieben ist. In dieser Hinsicht aber kann eine mildere Behandlung der künftigen Candidatinnen, eine Exemption derselben von den allgemeinen Prüfungsvorschriften nicht in Betracht kommen. Die künftigen Lehrerinnen wollen in der gleichen Weise und mit gleichen Rechten wie das weltliche Lehrpersonal das Lehramt verwirklichen. Es ist deshalb nur ein Gebot der Gerechtigkeit und liegt im eigenen Interesse der treffenden Lehrer selbst, daß sich ihre Candidatinnen den nämlichen Prüfungen unterziehen, wie die weltlichen Lehrerinnen.

[General der Cavallerie, Freiherr von Schlottheim.] bisher Commandeur des ersten Artilleriecorps, ist, wie bereits gemeldet, am 8. April in Kassel gestorben. Er war erst vor wenigen Tagen in den Ruhestand getreten. Am Sonntag wohnte der General dem Gottesdienste in der Hof- und Garnisonkirche bei und machte später einen Besuch bei einer befreundeten Familie. Als er nachmittags gegen 3 Uhr nach Hause zurückkehrte, wurde er plötzlich von einem Schlaganfall betroffen, der eine Seite des Körpers stark lähmte. Es trat alsbald Bewußtlosigkeit ein, und im Laufe der Nacht trat in Folge eines abermaligen Schlaganfalles der Tod ein.

[Ein Ehescheidungsproceß] schwebt, der „Konstanzer Zeitung“ zufolge, gegenwärtig bei dem dortigen Landgericht. Derselbe richtet sich gegen den samoaanischen Minister Brandeis, der früher Offizier in der badiischen Armee und eine Zeit lang in Stodach anässig war, und geht von der aus Freiburg gebürtigen und dort wohnenden Frau des Brandeis aus. Die Anklage wurde dem Beklagten nach Apia zugestellt. (Brandeis ist nicht nur Minister des Königs Tamafese, sondern auch dessen Schwiegerohn; da auf Samoa wenigstens äußerlich das Christenthum herrscht, so ist diese Ehe jedenfalls vor einem christlichen Geistlichen geschlossen und es läge somit ein Fall von Bigamie vor. Brandeis ist übrigens auf der Reise nach Berlin begriffen, wo er persönlich Bericht erstatten soll.)

[Der Versand von Fischen, frischem Fleisch, Geflügel, Wildpret] mit der Post unter Verpackung von Eis ist neuerdings auch unter Benutzung von Körben gestattet. Der Korb ist dabei am Boden mit einer dichten Lage Stroh zu versehen, darüber ist Pergamentpapier zu breiten, über das letztere eine starke Schicht Sägespäne zu streuen und auf diese Eis in nicht zu großen Stücken zu legen. Die Waare (Fische, Fleisch u. s. w.) kommt sodann auf diese Unterlage und ist demnach auf allen Seiten mit Pergamentpapier und einer hinreichenden Strohhülle zu umgeben. In der Aufschrift der Sendungen mit Eiseisbeige muß der Vermerk „Eis“ angebracht sein. Diese Verpackung ist namentlich auch bei Sendungen nach dem Auslande anzuwenden.

Frankreich.

[Der Rektor der Pariser Gelehrtenwelt, der Chemiker Michel Eugene Chevreul,] ist, wie bereits gemeldet, im Alter von 103 Jahren gestorben. Einer der populärsten Männer der Wissenschaft, dessen Name auch in Deutschland einen guten Klang hat, ist mit ihm dahingegangen. Aus seinem langen, verdienstvollen Leben seien folgende kurze Daten angeführt: Chevreul war am 31. August 1786 in Angers

geboren, studierte in Paris und wurde 1809 Assistent seines Lehrers Baudouin. Bereits 1813 erhielt er eine Professur am Lycée Charlemagne, wurde 1820 Examinator an der Polytechnischen Schule, 1824 Director der Färberei in der königlichen Gobelinmanufaktur, 1826 Mitglied der Academie und 1830 Professor der Chemie am College de France. Sein Hauptgebiet war die Chemie der Farben, über welche er eine Reihe bahnbrechender Untersuchungen veröffentlicht hat. Ueberaus erfolgreich war auch Chevreuls Lehrthätigkeit und seine Vorlesungen gehörten viele Decennien hindurch zu den zahlreichsten Besuchen, bis er vor zehn Jahren in den Ruhestand trat. Bis zu seinen letzten Lebensjahren belag Chevreul einen lebhaften Geist und feinen, schlagfertigen Witz; unähgig sind die Anekdoten und Schwänke, die man von ihm und über ihn erzählt.

Großbritannien.

[Die Herzogin von Cambridge.] Wie bereits gemeldet, ist in dem hohen Alter von fast 92 Jahren am Sonnabend Nachmittag 12 1/2 Uhr im St. James Palace zu London die verwitwete Herzogin von Cambridge am Altersschwäche gestorben. Der Tod trat so rasch ein, daß kein einziges Mitglied ihrer Familie Zeuge desselben sein konnte. Die Königin Victoria von England empfing die Trauerrachricht, während sie bei einem Ministerrathe im Windsor-Schloß den Vorfall führte. Sie reiste sofort per Sonderzug nach London und begab sich zum Bahnhof direct nach dem St. James Palace, wo sie etwa eine Stunde verweilte und dann nach Windsor zurückkehrte. Die Prinzessin von Wales stattete ebenfalls einen Beileidsbesuch im St. James Palace ab. Auf Anordnung des Ministers des Innern ließ der Lordmayor von London Abends die große Glocke der St. Pauls-Kathedrale läuten, wie dies in der Regel im Falle des Ablebens eines Mitgliedes der königlichen Familie geschieht. Die verstorbene Herzogin war die Tochter des Landgrafen Friedrich von Hessen-Kassel und wurde im Juli 1797 geboren. 1818 vermählte sie sich mit dem Prinzen Adolphus Frederick, ersten Herzog von Cambridge und Earl von Tipperary, welcher der siebente Sohn des Königs Georg III. von England war. Der Herzog starb 1850 und sein Nachfolger wurde der gegenwärtige Herzog von Cambridge, der bekanntlich Hochkommandirender der britischen Armee ist und vor wenigen Tagen seinen 70. Geburtstag feierte. Die Herzogin war große Musikliebhaberin und eine geistreiche Anekdoten-Erzählerin. Die Beisetzung der Leiche erfolgt voraussichtlich in der Gruft des königlichen Palastes in Kew, woselbst der verstorbene Gemahl der Herzogin ruht.

[Zum Unglück in Samoa.] Ein schönes Beispiel von Gerechtigkeitsempfindung giebt der Brief des Contradmirals Scott an die „St. James Gazette“ über das Schiffsunglück bei Samoa. Angehts des Geschehens, welches viele Blätter über die nautische Ueberlegenheit der Engländer anstimmen, weil es der „Calliope“ gelang, die hohe See zu erreichen, erklärt der britische Marineoffizier, daß die „Calliope“ von allen Schiffen, vielleicht mit Ausnahme der „Trenton“, das einzige war, welches hinlängliche Maschinenkraft zu dem waghalsigen Unternehmen besaß, dessen Gelingen zudem an einem Faden hing. „Unter diesen Umständen war es nur weise, wenn die deutschen und amerikanischen Schiffe vor Anker blieben, indem darin ihre einzige Hoffnung auf Rettung lag.“

Russland.

[Die Verwaltung der russischen Staatsbahnen] hat die letzten Tage beschlossen, mit dem 1./13. April für Ansiedler nachfolgenden ermäßigten Tarif eintreten zu lassen: für die Fahrt der Leute selbst 3/10 Kop. pro Werst, wobei Kinder unter 10 Jahren gratis befördert werden, für die Beförderung ihres Gepäcks (toten Viehthatsinventars u. s.) 1/2 Kop. pro Pud-Werst und für lebendes Inventar (Ochsen und Pferde) 1/2 Kop. pro Stück und Werst. Eine weitere Erleichterung besteht darin, daß den Ansiedlern — bei Vorstellung der betreffenden Legitimationen — auch für die Rückreise dieser ermäßigte Tarif zu Gute kommt. Die Ermäßigung ist eine sehr beträchtliche, indem sonst das Eisenbahnbillet 3. Klasse etwas über 1.4 Kop., auf einigen Linien fast 1 1/2 Kop. pro Werst kostet. Von größeren Arbeiterpartien wird freilich seitens der Eisenbahnverwaltung ein geringerer Betrag erhoben. Die Niga-Dünaburger Eisenbahn verlangt z. B. von Arbeitern, die in größerer Zahl zusammen reisen, je 1 Rubel für die 204 Werst umfassende Länge dieser Bahn, also 1/2 Kop. pro Werst. Der neue Tarif der Verwaltung der Staatsbahnen ist aber noch erheblich niedriger und um so mehr ins Gewicht fallend, als es sich bei Ansiedlungen vielfach um sehr weite Strecken handelt. Der „Herold“ giebt der Hoffnung Ausdruck, daß diesem Beispiel demnächst die Privatbahnen und, wo es sich um sehr weite Entfernungen handelt, auch die Dampfschiffahrts-Gesellschaften folgen.

werden. Die Steigerung des Verkehrs und Besiedlung steht oder Landstriche längs der Verkehrsstraßen würden diesen Preisnachlass vielfach hereinbringen. Für den wirtschaftlichen Aufschwung des Reiches aber werde die Zunahme der Ansiedlungen aus oft zu dicht besiedelten Gebieten nach solchen, welche, um ertragreich zu werden, nur der Ansiedler bedürfen, überaus förderlich sein. Das Blatt erinnert an die wirtschaftliche und politische Bedeutung einer raschen und starken Besiedlung längs des Zuges der im Plan begriffenen sibirischen Eisenbahn, wo es sich zugleich um den Grenzschutz gegen Centralasien und China handle. Das Blatt begrüßt die Eingangs erwähnte Verfügung als die Einleitung zu einer großen inneren Entwicklung des russischen Reiches.

[Ueber eine Elefanten-Revolution im Circus Salomonst] berichtet die „Nagaz Zeitung“: „Die desirten acht Elefanten des Mr. Artingstall sollten sich am Sonntag vom hiesigen Publikum verabschieden, um dann die Rückreise nach Hamburg anzutreten. Die Artigkeit, mit der sich diese ausgezeichnete dressirten Vierfüßler bisher aufgeführt, artete jedoch in der Nachmittags-Vorstellung in wilde Unart aus. Was den Thieren in den Dickschädel gefahren, ist nicht ermittelt, kurz, beim feierlichen Umzuge in der Arena hob der letzte der acht Elefanten plötzlich den Rüssel und stieß trompetenähnliche Angstlaute von sich. Das war das Signal zu allgemeiner Auflehnung. Statt in der Arena ihren Rundgang fortzusetzen, wandte sich die Dickschädel-Genossenschaft sofort zum Ausgang für das Publikum zur Paulucci-Strasse hin. Der Thürhüter bemerkte rechtzeitig die nicht planmäßige Uebergriffung, schlug die beiden hölzernen Eingangsthore zu und steuerte sich gegen dieselben. Der erste der Elefanten trat an das Thor heran, durch welches soeben eine Dame gleichfalls in das Freie zu gelangen sich bemühte, sah sie das weibliche Wesen mit dem Rüssel um die Taille und legte sie nicht eben sanft energisch bei Seite; dann gab er mit seinem Eisenschädel der Thürhüter einen gelinden Wink und — die Thüren flogen auf, der dahinter stehenden Thürwärter bei Seite schiebend. Nun traten die Gemüthlichen des Thierreichs ungehindert in den Corridor, der an dieser Seite um den inneren Circusraum sich hinzieht. Vorher hatte einer der Elefanten, aller Disciplin spottend, noch den bewährten Leiter der Karawane, Mr. Artingstall, der den Ausbruch seiner Pfleglinge verhindern wollte, so rücksichtslos an die Wand gedrückt, daß derselbe eine nicht unbedeutende Verletzung am Beine davontrug. Beim Austritt in den schmalen Corridor sah sich einer der vordersten Elefanten um und entdeckte hinter dem zurückgeschlagenen Thürflügel den Thürhüter. Im Moment war derselbe auch bereits aus seiner Ecke hervorgeholt, triumphirend einmal herumgedreht und dann wie ein lästiger Spielball weit hinweggeschleudert worden. Mit wenigen Schritten hatten die Bestien den Corridor durchgemessen, nicht ohne hier und da ein Fenster einzubrüchen oder anderweitigen Unfug anzurichten, dann standen sie für einen Augenblick vor dem erleuchteten Billettschalter still, lugten hinein, und da nichts von Interesse daselbst zu entdecken, ging es links zum Ausgangsthor in den Hofraum, welches übrigens verriegelt war. Die einfache Mechanik des Verchlusses war im Handumdrehen entdeckt, die Thore wurden ungeschoffen, und nun führte die führerlose Schaar in den Hof, woselbst in unbändiger Freude ein regelrechter Kriegszug unter Begleitung trompetenähnlicher unarticulirter Laute ausgeführt wurde. Daß hierbei einige Bäume niedergebreteten wurden, war den gewaltigen Vierfüßlern offenbar höchst Pomade. Der enge Raum bot keinen Ausweg, und hier gelang es, den schlimmsten herbeieilenden Wärttern, die wilderregten Thiere zu beruhigen und zu fesseln. Aber die allzukurz genossene Freiheit hatte den Elefanten gar zu sehr gefallen. Den ganzen Tag über suchten dieselben in verschiedenartiger Weise ihrer Freude über den gelungenen Streich Ausdruck zu geben, und als in der Nacht der Transport der Thiere zur Eisenbahn stattfand, da gelang es zwei Thieren, sich gewaltsam zu befreien, und in kurzem Trab ging es zurück zu der Stätte ihres künstlichen Wirtens, dem Circus. Der Orts-sinn schien aber die Thiere im Stich gelassen zu haben, denn am der Paulucci-Strasse beim Hause Nr. 3 hielten die Flüchtlinge inne und spazierten wohlgemuth in den Hofraum. Erst nach längerem Bemühen gelang es, die Elefanten von dort abzubringen. Endlich machten einige Elefanten noch auf dem Bahnhof einen mißlungenen Fluchtversuch, indem sie vom Perron herabsprangen.“

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 10. April.

In Sachen der Brieske-Wiese und des Bände-Waldchens (vergl. Nr. 250 der „Breslauer Zeitung“) werden uns heute von

Der Ankläger Boulangers

(Jules de Glouvet.)

Die französischen Rechtskundigen, die Führer der noblesse de robe zumal, haben allzeit Werth darauf gelegt, ihre literarischen Fähigkeiten nicht bloß in Fachschriften zu betheiligen. Neben den berühmten Kanzlern und Präsidenten vom Schloß der d'Aguesseau, L'Hopital, Montesquieu, Lamouisse de Malesherbes, hat es eine Reihe von munteren Feuilletonisten, Coupletbildern, Vaudevillisten in der an Gerichtstagen so düster gekleideten, so feierlich ernst dreinschauenden Schaar gegeben. Man kann keine Sammlung von Chansons aufschlagen, ohne Schelmen-Liedlein zu finden, die ein munterer Robin des vorigen oder unseres Jahrhunderts zuerst angestimmt, seine Anthologie französischer Reiseschilderungen durchblättern, ohne auf die italienischen Briefe des Kanzlers des Proceß zu stoßen. Daneben treiben die Leutchen gern allerhand juristische Alotria, eröffnen neue Gerichts-Sessionen bald mit tiefer gehenden Specialuntersuchungen zur Landes- und Sittengeschichte, bald mit Erörterungen der reichen Cavitel, welche Shering überschrieben: „Scherz und Ernst in der modernen Jurisprudenz“. Uebt doch die spitzfindige Dialectik der civilistischen Sachwalter den Scharfsinn, wie andererseits die flüchtige Beschäftigung des Criminalisten mit den Nachtseiten des menschlichen Lebens entweder zu phantastischer Contrafaktur herausfordert, wie bei E. A. Hoffmann oder zu eindringender Darstellung von Land und Leuten, wie in Immermanns, des Düsseldorf's Gerichtsraths, westfälischem Oberhof.

In die Reihe dieser ernsteren Erzähler haben wir den jüngstgenannten Pariser General-Procurator, den bisherigen General-Advocaten Beaurepoire zu stellen, dessen Krieger-Name Jules de Glouvet in der literarischen Welt Neu-Frankreichs so guten Klang hat, daß kein Geringerer als Jules Lemaitre sich bewogen fand, seiner künstlerischen Eigenart den kritischen Stedbrief auszustellen. (Les contemporains par Jules Lemaitre. Paris, Lecène et Oudin, 1887, Band II, 141—169.)

Beaurepoire-Glouvet ist Jurist aus angeborener Neigung, Erzähler aus Liebhaberei, reicher Grundbesitzer kraft Erbanges. In allen diesen Lebensberufen hat er Glück und Talent bewährt. Er gilt als trefflicher Gerichtsbereiter, seine Vorgeschichten erleben Auflagen über Auflagen, seine Guttsnachbarn und -Zugehörigen sind mit ihrem in Maine ansässigen Freund und Muster-Landwirth wohl zufrieden. Er hat einen offenen Blick für die Vorzüge und Gebrechen, die Leiden und Freuden seiner braven Dörfer, die er als Criminalist scharf in's Verhör genommen und als Sitten-Schilderter eifrig bemoralisirt hat. Seine Geschichten wählen seine Heimath-Provinz zum Schauplatz, während André Theuriet Voithringen, Alphonse Daudet die Provence, Ferdinand Fabre die Cevennen verberlicht; als Helden begegnen uns Wildhüter und Schäfer, als Fabeln jumeist Gerichts-dramen. Nicht alle Glouvet'schen Novellen und Studien (i. l'idéal) halten sich streng an diese Eigenart des ena umgrenzten drame rural,

die meisten und die besten (Le berger, Le forestier, l'Etude Chandoux, La famille Bourgeois) dagegen entsprechen diesem Typus.

Man merkt es den Studien und Novellen Glouvet's Blatt für Blatt an, daß er seinen Leutchen Herzen und Nieren geprüft hat. Er kennt die Besonderheiten der Landschaft, der Sitten und Gebräuche, der Tugenden und Laster seiner Rechtsbefohlenen so genau, vielleicht noch genauer, als ihr Beichtvater. Er hat sie in Handel und Wandel, bei Erb-Zertheilungen und Rechtskämpfen, als Gewohnheits-, Proceßhanseln wie als Verbrecher kennen gelernt. Und — seiner Weisheit letzter Schluss lautet trotzdem oder ebendarnum: „Bleibe im Lande und nähre Dich redlich.“ In der „Etude Chandoux“ wie in der „Famille Bourgeois“ predigt er den Bauern, ja nicht um trügerischen Gewinnes willen die väterliche Scholle zu verlassen und trügerischem Gewinn in der Stadt nachzujagen.

Man höre z. B. die Leidensgeschichte der wackeren Pächterin Rose Chandoux.

Die verkauft ihren Maierhof, um aus ihrem Sohn einen Rechts-gelehrten zu machen. Sie übersteht mit ihrem Vögel in die Stadt, steckt ihn in ein Gymnasium, in dem er nichts lernt, und kauft ihm nach mühselig überstandenen Studienjahren ein Notariat. Die Hoffnung, daß den allmählig bedrängten Vermögensverhältnissen der Chandoux durch eine passende Geldheirath würde nachgeholfen werden, zerrinnt. Der Bauern-Notar geräth in immer drückendere Nothlage. Er läßt sich in allerhand zweifelhafte, hernach schmutzige Handel ein, findet einen bösen Verräther vom Schloß des Hippus in Gustav Freytag's „Soll und Haben“, macht endlich nichtswürdige Streiche und endet im Zuchthaus, wohin Herr Beaurepoire ihn verurtheilt mit hineinbefördert, nicht ohne zuvor seinen „Fall“ Herrn Jules Glouvet zur epischen Behandlung in einem warnenden Exempel zu empfehlen.

Ganz ähnlich, wie der Mutter Chandoux, welche ihrem Häftsel-sohne zu Gefallen das Liebesglück ihrer Tochter und das Erbe ihrer Vorfahren zum Opfer gebracht hat, ergeht es der Tante Genevieve Bourgeois. Diese brave, alte Jungfer hält es für ihre Pflicht, sich der verwahrlosten Kinder ihres Bruders anzunehmen. Auch sie wird von dem dunklen Drange getrieben, die Kasten-Wirtschaft zu brechen, aus diesen Abkömmlingen von Bauern etwas Anderes, vermeintlich Besseres zu machen, als wiederum Ackerbürger. So wendet sie ihr ganzes Vermögen daran, ihren Nefsen studiren und ihre Nichte im Sacré Coeur heranbilden zu lassen. Die ehrgeizige und herzlose Kleine — Adele — bringt in die städtischen Verhältnisse nur die bauerlichen Erzähler mit. Sie will ihre Hab- und Pugsucht befriedigen; deshalb heirathet sie einen alten begüterten Krüppel. Nachdem sie in wenigen Jahren dessen ganzes Besitztum durchgebracht, beginnt sie ein Lotterleben und beschließt ihre ränkevolle Provinzialaufbahn als Pariser Courtisane. Ihr Bruder wiederum ergiebt sich dem Wüßig-gang und verkommt schließlich in Ausschweifung und Gend.

Mit Recht hat man in diesen auf die unmittelbare Tendenz-wirkung zugeschnittenen Geschichten einen gewissen spießbürger-lichen Grundzug nachgewiesen. Allein, abgesehen davon, daß die hier

gepredigte Lebensweisheit ferngesund ist, verstand und versteht es Glouvet rein künstlerisch seinen Mann zu stellen. In seinen Beschreibungen offenbart sich der Schuler Vergils, in seiner satirischen Sprache mehr als einmal der genaue Kenner der Mundart und ihrer Bedeutung für die Wahrung und Aufrechterhaltung der herkömmlichen Umgangsprache.

Außerdem gelang es ihm, rein poetische Gestalten und Vorfälle als echter Dichter zu erschauen und zu verseligen. So in seiner „Wittwe.“ Eine arme Arbeiterin, Maria Anna, hat das Herz eines reichen Loire-Schiffers gewonnen, der sie zu seiner Gattin macht, am Morgen nach der Hochzeit aber bei einem Schiffsunfall verunglückt. Von Stund' an gelobt sie, niemals mehr auf dem Lande zu verweilen, sondern ihr ganzes Leben auf der Loire zu verbringen, welche die Wiege, das Hochzeitsbett und nun auch das Grab ihres Louis getragen. Zugleich schwur sie, nie ihre Wittventrauer abzulegen. Und niemals hat ein Weib ihren Schwur treuer erfüllt! Gut, stolz, ernst, tapfer lebt sie ihrem Leide gemäß, unbekümmert darum, daß sie verdächtigt und verleumdet wird (car les femmes qui vivent sur l'eau sont suspectes dans le pays). Bei einer Ueberfluthung rettet sie nichtswürdige Verwandte ihres Mannes mit Gefahr ihres Lebens; zum Dank dafür trachtet man ihr nach dem Leben. Sie entgeht diesem tödtlichen Anschlag — nur um bald darauf, wie sie es gewollt und gelobt, auf ihrem Loire-Boot zu sterben.

In solchen heroischen Gesinnungen und Erscheinungen, in unwürdigen Naturen von starkem Willen und reiner Ueberzeugung, in tugendhaften Schäfern und Schiffen, Hirten und Wüsten sucht Glouvet die Kraft und das Heil Frankreichs. In diesen ländlichen Tugendhelden offenbart sich ihm die Hoffnung und Zukunft Neu-Frankreichs, wie ja die Monarchie durch die Heldenjungfrau von Orleans, die erste Republik durch die Bauernschöne der Provinz gerettet wurde. Glouvet-Beaurepoire kennt andererseits die schwachen und kranken Seiten der heimischen Landbevölkerung genau genug, um nicht in den Stuhl der Segner und Florian, der Idyllendichter und Zuckerbäcker zu verfallen. Er weiß, wie nach Rohheit und Thatskraft, Frömmel und Dealer Aufschwung, Hasten am väterlichen Beruf und schmutziger Geiz an einander grenzen. Allein niemals befehrt er den Bauernstand mit General-Verdächtigungen und Pauschal-Verleumdungen, wie das Zola in La Terre gethan. Er spricht recht eigentlich mit Chamisso: „Der Bauer ist kein Spielzeug.“ In einem starken Bauernstand und einem arbeitsamen, gebildeten Bürgerstand, in Sitte und Redlichkeit hofft er Genesung und Rettung für die schmachvolle Wirtschaft der französischen Machtthaler alter und neuer Zeit, für die Verirrungen der jüngsten naturalistischen Literatur. Er zweifelt nicht an Recht und Ordnung, er glaubt an den Bund von Tugend und Freiheit.

Daß ein Mann von solchen sittlichen und künstlerischen Grund-sätzen von Boulanger und seinen Leuten nichts wissen will, ist begreiflich; daß er seine Anklage aus vollster Ueberzeugung erhob, nicht zu bezweifeln. Ob sein Programm überhaupt, ob es heute noch sich verwirklichen läßt — wer wagt, das zu prophezeien? E.

Herrn Stadt-Archivar Professor Dr. Markgraf folgende Mittheilungen gemacht: Die vor einigen Tagen angeregte Frage nach dem Ursprunge der Bezeichnungen Brieke-Wiese und Bunde-Waldchen in Scheitnig hat mir Gelegenheit gegeben, zu ermitteln, daß ursprünglich der ältere Theil des jetzigen Parks bis heran an die Grenze von Korbbeutle die Brieke, Briecke, früher Bräcke, Brucke, Prucke geheißen hat. Der vom Kriegsrath Neuwerk im Jahre 1761 gezeichnete Plan von Scheitnig läßt das deutlich erkennen. Der Name kommt schon im 17. Jahrhundert in den Scheitniger Schöffenbüchern vor und hängt offenbar mit dem Namen der Familie Prucke, Brucke, Prucke, Bräcke, Briecke zusammen, die von 1547 bis in den Beginn der preussischen Zeit in den Schöffenbüchern des Dorfes in vielen Gliedern auftritt. Dieselben hatten lange Zeit das Scholzenamt inne. Ob der Name der Brieke herzuweisen ist, mag dahingestellt bleiben. Es kann Beides möglich sein, doch ist das Letztere wahrscheinlicher. Inmitten etwas höher gelegenen Terrains bildete die Brieke einen Thalgrund, der theils mit alten Eichen bestanden war, theils Wiesenland, aber auch einige Ackerstücke trug. Als im Jahre 1789 der damalige Gouverneur der schlesischen Truppen, Prinz Hohenlohe-Ingelfingen, sich in Scheitnig aufhielt, brachte er auch den größten Theil des Thalgrundes der Brieke an sich und schuf daraus den Park, dessen wir uns jetzt Alle erfreuen. Er legte auch 1789/90 einen geraden Weg von der Stadt nach seiner Besitzung an, welcher noch jetzt nach ihm die Fürstengasse heißt. Aus der Brieke wurde auf die Weise der Fürstengarten, und der alte Namen haften nur an einigen Stellen weiter, die in häuslichem Besitze verblieben. Da er durch das Stück Wiese, welches die Stadt 1858 zur Abrundung des von ihr bereits viel früher erworbenen Parks gekauft hat, wieder zu allgemeinerer Kenntniß gelangt ist, so darf er als ein gutes historisches Recht wieder eingeleitet werden. Vielleicht unterliegt auch ein Cymologus die ursprüngliche Wortbedeutung. — Das Bunde-Waldchen findet sich auch schon auf der Karte von 1761. Eine Erklärung des Namens weiß ich aber nicht zu geben. Es bleibt der Phantasie eines Jeden überlassen, ob er denselben von einem oder einer Bunde herleiten will.

Die neueste Nummer der „Statistischen Correspondenz“ giebt eine Uebersicht der Leistungen der Landarmenverbände für Beihilfen an unvermögende Ortsarmenverbände in Preußen, aus welcher hervorgeht, daß nach den Ermittlungen bei Gelegenheit der Armenstatistik für das Kalenderjahr 1885 gezahlt wurden:

von	an unvermögende Ortsarmenverbände	Markt
16 Kreisen (Landarmenverbänden) der Provinz Ostpreußen	47	5 050
Landarmenverbände der Prov. Westpreußen	11	2 317
Landarmenverbände der Prov. Brandenburg	37	7 953
Landarmenverbände der Prov. Pommern	11	952
Landarmenverbände der Prov. Posen	62	8 999
Landarmenverbände der Prov. Schlesien	125	14 422
Landarmenverbände der Prov. Sachsen	12	1 845
Landarmenverbände der Prov. Schleswig-Holstein (ohne Lauenburg)	2	446
Landarmenverbände des Kreises Herzogthum Lauenburg	—	—
Landarmenverbände der Prov. Hannover	8	3 344
Landarmenverbände der Prov. Westfalen	11	1 645
Landarmenverbände des Reg.-Bez. Rassel	13	1 132
Landarmenverbände des Reg.-Bez. Wiesbaden	27	6 765
Landarmenverbände der Rheinprovinz	23	9 710
Landarmenverbände der Provinz Hohenzollern	—	—
im ganzen Staatsgebiete	389	64 580

Vorhanden waren überhaupt 47 368 Ortsarmenverbände mit

45 622 075 Mark Ausgaben für Armenzwecke nach Berechnung der Erstattungen. Die finanzielle Erleichterung durch Beihilfe der Landarmenverbände betrifft mithin nur einen kleinen Theil der Ortsarmenverbände, wie auch der von denselben im Ganzen zu leistenden Ausgaben: von letzteren noch nicht 1 1/2 Promille. Sie ist eben besten Falles nur die vom Gesetzgeber gewollte Entlastung für den äußersten, an absolutes Unvermögen heranreichenden Nothfall und weit davon entfernt, eine Ausgleichung der Armenlasten herbeizuführen, ja selbst nur Fälle einer gewissen relativen Ueberlastung auszuschließen. Die Grundsätze, nach denen die Beihilfen gewährt werden, sind in den einzelnen Landarmenverbänden sehr verschieden. In den ostpreussischen Kreisen entscheidet in der Regel das freie Ermessen des Kreis-ausschusses nach Erwägung der Gesamtlage des Ortsarmenverbandes; hier und da wird ein bestimmtes Verhältniß der Armen- oder der gesamten Communalabgaben zu den direkten Staatssteuern zu Grunde gelegt; doch kommt es auch vor, daß neben der finanziellen Leistungsfähigkeit und Belastung des Ortsarmenverbandes auch die Art der vorliegenden Unterstützungsfälle in Betracht gezogen wird, besonders soweit es sich um Anstaltskostenfrage handelt. Der Kreis erscheint in solchen Fällen als eine Art Mittelglied zwischen Special- und Land-Armenverband. Auch die Provinzial- und Landescommunalverbände weichen in der Behandlung der Beihilfenfrage erheblich von einander ab. In der Regel bilden in Westpreußen 300, in Posen und Rheinland 200, im Regierungsbezirk Wiesbaden 150 pSt. (hier ausschließlich der Ausgaben für Schulzwecke), in Schlesien 150 pSt. Communalzuschläge aller Art zu den direkten Staatssteuern die Grenze, bei welcher die Armenausgaben ganz oder zum Theile auf Landarmenverbände übernommen werden. Rassel beginnt damit bei 100 pSt. Communalzuschlag ohne Einrechnung der Landwegebaulast, Hannover bei 100 pSt. Zuschlag für Armenzwecke allein, jedoch unter Mitberücksichtigung des Druckes der übrigen Communalabgaben. Die übrigen Landarmenverbände haben für die Gewährung der Beihilfen weniger oder gar keine bestimmten Normen und verfahren nach Ermessen von Fall zu Fall.

Statistische Nachweisung

über die in der Woche vom 24. März bis 30. März 1889 stattgehabten Sterblichkeits-Vorgänge.

Namen der Städte.	Einwohner pro Tausend.	Verhältniß pro 1000 Einw.	Namen der Städte.	Einwohner pro Tausend.	Verhältniß pro 1000 Einw.	Namen der Städte.	Einwohner pro Tausend.	Verhältniß pro 1000 Einw.
London	4 351	17,7	Dresden	264	20,5	Braun-	92	24,2
Paris	2 260	24,2	Düsseldorf	268	23,7	schweig.	89	24,2
Berlin	1 453	29,2	Brüssel	181	22,8	Halle a. S.	89	17,4
Petersburg	928	34,2	Leipzig	185	19,8	Dortmund	86	25,1
Wien	800	27,1	Köln	261	25,5	Posen	70	22,2
Hamburg	510	27,5	Frankfurt	167	23,6	Eisen	70	20,5
incl. Vorort	442	31,1	am Main	158	23,0	Würzburg	57	29,7
Budapest	442	31,1	Königsberg	150	36,9	Görlitz	59	23,6
Warschau	444	27,8	Benedig	119	27,0	Frankfurt	56	24,1
Rom	391	31,0	Danzig	175	23,7	a. d. Ober	52	26,0
Breslau	318	25,0	Magdeburg	122	40,5	München	49	30,7
Prag und Vorort	300	28,5	Chemnitz	105	20,8	Glücksb.	47	40,3
München	284	32,9	Stettin	—	—	Regen	—	—

*) mit den Stadtgemeinden Deutz und Ehrenfeld und sieben verschiedenen Landgemeinden.

* Von der Universität. Als voraussichtlicher Nachfolger des von Wien nach Leipzig berufenen Professors Lupo Brentano wird der Münchener „Allg. Ztg.“ in einer Correspondenz aus Wien Professor v. Maszkowski von der hiesigen Universität bezeichnet. Derselbe weilt zur Zeit in Wien. In hiesigen Universitätskreisen spricht man davon, daß Professor v. Maszkowski außer dem Ruf nach Wien einen Ruf an die landwirthschaftliche Hochschule in Berlin erhalten habe.

* Verbundene Verkehrsströmung. Der Verkehr auf der Strecke Marienau-Liegenhof des Directionsbezirk Bromberg ist wieder eröffnet.

* Vom Lobetheater. Paul Einbauss neuestes Lustspiel „Die beiden Leonoren“ wird morgen, Donnerstag, zum ersten Male zum Benefiz für den Regisseur Herrn Oskar Teuscher zur Aufführung kommen. Die Wiener Hofburgschauspieler beginnen ihr Gastspiel am 15. mit „Des Meeres und der Liebe Wellen“.

* Benefiz für Felix Schnelle. Wir haben bereits mitgeteilt, daß am Sonnabend, 13. April, im Lobetheater das Benefiz für Herrn Schnelle stattfand. Der Sänger, der während der Direction Paul zu denjenigen Mitgliedern des Lobetheaters gehörte, die sich rasch die Gunst unseres Publikums errungen hatten, scheidet mit Ablauf dieser Saison aus dem Verbands der genannten Bühne, der er während seiner thätigen Tätigkeit zur Zierde gereichte. Felix Schnelle verfügt außer über eine sehr sympathische Tenorstimme auch über einen lebenswichtigen Humor. Herr Schnelle wird in der lustigen Offenbach'schen Operette „Pariser Leben“ drei Rollen singen: den „feinen Brasilianer“, den „Schuster Frid“ und den „Diener Prosper“, ein Bravourstück, auf dessen Bewältigung man gespannt sein darf.

* Oberlandesgerichtspräsident von Annowski hat sich heute zur Erörterung einer baulichen Angelegenheit des Amtsgerichts in West dort hin begeben.

* Nr. 3 der „Zeitschrift der Anwaltskammer im Oberlandesgerichtsbezirk Breslau“ enthält folgende Beiträge: Beschlüsse und Mittheilungen des Vorstandes der Kammer; Rechtsanwalts-Ordnung, Breslauer Handelsgebräuche; Urtheile in Civilsachen; Beschlüsse und Verfügungen; Strafrechtspflege; Grundbuchsachen und Notariat; Gerichtskosten und Anwaltsgebühren; Personal-Veränderungen.

—d. Mädchenschauturnen. Am 9. d. M. veranstaltete Rector Roskeutcher in der Privat-Turnhalle, Palmstraße 18, ein Mädchenschauturnen. Die Mädchenschau setzte sich zumeist aus Schülerinnen der höheren Mädchenschule des Fr. Malberg zusammen. Dem Schauturnen wohnten der Rector genannter Schule, Geh. Reg.-Rath Professor Dr. Schröter, ferner Reg.-, Schul- und Confistorial-Rath Eismann, Stadt-Schulinspector Dr. Handloß, Stadtrath Schmoof, sowie viele Anverwandte der turnenden Mädchen bei. Rector Roskeutcher, welcher seit nahezu 25 Jahren Turnunterrichtscurse geleitet, hat sich ein eigenes System herausgebildet, aus dem alle Uebungen ausgeschieden sind, welche auf den weiblichen Organismus schädlich einwirken könnten. Dagegen werden alle Uebungen gepflegt, welche die Gesundheit der Mädchen zu kräftigen und die Anmuth ihrer Bewegungen zu fördern geeignet sind. Deshalb legt Rector Roskeutcher ein Hauptgewicht auf die Frei- und Ordnungsbewegungen (letzte bestehen in Vor-, Hinter- und Nebenreiten und Platzwechsel). Eröffnet wurde das Schauturnen mit einem Aufmarsch der Mädchen, welcher in der Darstellung verschiedener Figuren, in Gegen- und Durchzügen bestand. Die folgenden Frei- und Ordnungsbewegungen waren ziemlich umfassend und zeigten den Fortschritt von den einfachen zu den zusammengefügten und darum schwierigeren Uebungen. Die Uebungen mit dem kurzen Schwungseil wurden zuerst am Ort und dann mit mehrfachen Schritten vom Ort vorgeführt. Die Stabübungen (mit eisernen Stäben) zerfielen in 2 Theile. Zunächst wurden einfache Uebungen am Ort ausgeführt, die sich zu reigenartigen Uebungen im 1/2- und 1/4-Tacte erweiterten. Der zweite Theil dieser Uebungen schloß mit einem vollständigen Reigen, wobei namentlich die Uebungen mit gekreuzten Stäben ganz besonderes Gefallen erregten. Auf den Schwefelarten wurden verschiedene Schrittarbeiten ausgeführt, wobei viele der Mädchen gräßliche Bewegungen zu entwickeln Gelegenheit fanden. Die Gerätheübungen beschränkten sich auf Hang- und Schwungübungen mit dem schrägen Leiter und am Schwebel. Das nun folgende Spiel mit dem Federball ließ erkennen, daß die Mädchen eine große Geschicklichkeit und Geschmeidigkeit des Körpers, sowie ein geschärft Auge erlangt haben. Zum Schluß wurde ein vielfach zusammengefügter Reigen ausgeführt, bei dem die Anmuth der Bewegungen ganz besonders angenehm ins Auge fiel. Bei der Leitung des Turnens wurde Herr Roskeutcher durch eine tüchtige turnerische Lehrkraft, Fr. Gertrud Schulze, wader unterstützt.

* Studierende Japaner in Breslau. Vor einigen Tagen sind hier zwei junge Japaner eingetroffen, welche in Breslau ihren Studien obliegen wollen. Dieselben sind der deutschen Sprache vollständig mächtig und haben alsbald den Umgang mit hiesigen deutschen Commilitonen angeknüpft, mit denen sie in herzlicher Weise verkehren. Der eine hat bereits den Doctorgrad erworben.

* Die Prüfung für Vorsteher an Taubstummen-Anstalten wird in diesem Jahre am 18. September beginnen. Meldungen zu derselben sind bis zum 1. August d. J. bei demjenigen Provinzial-Schulcollegium, in dessen Aufstufungskreise der Bewerber angestellt oder beschäftigt ist, unter Einreichung der in § 5 der Prüfungsordnung von 1881 bezeichneten Schriftstücke anzubringen.

* Marienburger Geldlotterie. Wie verlautet, ist die Ziehung der IV. Marienburger Geld-Lotterie, welche am 11., 12. und 13. d. M. stattfinden sollte, auf den 5., 6. und 7. Juni verlegt worden.

Litterarisches.

Strasburg vor hundert Jahren. Ein Beitrag zur Culturgeschichte von Hermann Ludwig. Stuttgart (vormals Jena), Friedrich Frommann's Verlag (G. Hauff).

Mit großer Fähigkeit hatte während des ersten Jahrhunderts französischer Herrschaft Strasburg, einst „des Heiligen Reiches starke Vor-mauer“, deutsche Art und deutsche Sprache sich zu erhalten gewußt, wenn auch von seinem einst auf demokratisch-republikanischer Grundlage aufgebauten Selbstregiment dank dem „gewaltthätigen Vereinheitsungs-treiben“ Ludwigs XIV. nichts als die Erinnerung daran übrig geblieben war. Strasburgs Stolz, seine nicht ohne Grund vielgepriesene Verfassung, bestand wohl noch, doch hatte „die Hand des Königs einige von nicht allzu großer Tragweite erscheinende Bestimmungen in ihr Gefüge geflochten, welche hinreichen sollten, das ganze erhabene Gebäude allmählich haltlos zu machen“. Auch der alte Bürgerfuss war hierbei nicht derselbe geblieben, was sich besonders hinsichtlich der Vertheilung des Zwanges und der Aufgabe der „Kammer der Fünfhöner“ durch die Strasburger Bürgerschaft zeigte.

„Diese Körperschaft, der als vollziehender Gewalt des städtischen Regiments im Innern zugleich der Beruf eines Wächters und Hüters des öffentlichen Sitten- und Rechtszustandes zufiel, welcher der Schutz der alten Ordnungen und die Aufrechterhaltung der Ueberlieferungen aus der Väter Zeiten oblag, bildete ursprünglich eine der ausgezeichnetsten republikanischen Einrichtungen der Strasburger Verfassung. Ein an die Ephoren Spartas erinnernder Zug antiker Größe ging durch diese Vereinigung einer hohen sittlichen, auf Alle wirkenden und doch durch weite vertheilte Gegengewicht im übrigen Stadtrechtssystem über Ueberbretung gewährten, mit der praktischen Beaufsichtigung des bürgerlichen Lebens in seinen Einzelheiten betrauten Macht. Vor hundert Jahren aber entwickelte sich gerade auf diesem Punkte allseitige, beständige Unzufriedenheit. Magistrat und Beamte der Stadt nahmen die Uebung des hohen Berufs der Fünfhöner im Sinne absichtlicher Eingriffe und Verleumdungen auf, die Fünfhöner glaubten sich durch die in ihren Rechten gekränkte, wenn überlebte Einrichtungen zum Beistand des allgemeinen Verkehrs befreit werden sollten, Käufer wie Verkäufer zeigten sich beiderseits gleich sehr unzufrieden mit der Preisbestimmung der Lebensmittel u. s. f.“

Zum nicht geringen Theil hatten die Fünfhöner selbst durch Härte, Willkür und Anmaßung zur Verminderung ihres Ansehens beigetragen, mehr aber war an dem ganzen Rückgang des politischen Lebens in Strasburg die „ebenfalls flug berechnend gewärende wie unerbittlich verändernde königliche Herrschaftsgewalt schuld“. Die freireichstädtischen, verfassungsmäßigen Rechte wurden langsam aber um so sicherer untergraben durch das 1685 eigens für Strasburg, später auch in die andern freien Städte des Landes eingeleitete Amt eines königlichen Prätor's, der „sowohl Bürgern und Schöffen die beim Magistrat zu verhandelnden Angelegenheiten zum Theil erleichtern, wie dabei die Absichten des Königs kundgeben sollte, sobald es sich um Wohl und Vortheil seines Dienstes handelte.“ Noch nachhaltiger war auf das Wohl und den Vortheil des königlichen Dienstes der 1698 nach Kolmar verlegte, die Vorrechte der französischen Parlamente genießende königliche Hohe Rath des Elsasses (Conseil souverain d'Alsace) bedacht, dessen Machtbefugnisse sich mittelbar und unmittelbar auf alle Gerichtsbarkeiten der Provinz erstreckten.

„Jeder Tag“, bemerkt H. Ludwig, „arbeitete erfolgreich an der Vernichtung alter Ordnungen und Freiheiten und langsam und sicher bereitete sich die in Frankreich herrschende Einheit von Gesetz und Rechtsverfahren auch hier vor.“

Auch das Directorium der gleich Strasburg schon seit 872 reichs-unmittelbaren freien unterallodialischen Ritterchaft hatte seine Selbstständigkeit und Macht durch den Willen des Königs einer bloßen Form weichen lassen müssen. Neben der Militärgewalt, der vor hundert Jahren in

Strasburg gleich den anderen weltlichen Gerichtsbarkeiten wenn nicht der Untergang, so doch eine sehr wesentliche Umwandlung bevorstand, bestanden als geistliche Behörden, „welche als solche Wesen und Grundlage ihrer Gewalt und Gestaltung in der Hauptsache ziemlich unverändert aus der staatlichen und gesellschaftlichen Umwälzung in die Gegenwart hinübertraten“, die bischöfliche Officialität und das Consistorium, die jährlich einmal tagende und aus Abgeordneten der verschiedenen geistlichen Körperschaften des Bisthums zusammengesetzte bischöfliche Kammer, und die geistliche Gerichtsbarkeit der Kirche Augsburger Bekenntnisses, deren Besitz, Bestand und Rechte die Capitulationsurkunde vom 30. September 1681 verbürgte, die in den Händen des Magistrats lag, welcher zur Zeit der Reformation bischöfliche Rechte erhalten hatte.

So wenig erfreulich ein Einblick in die zerbröckelten politischen Verhältnisse Strasburgs vor hundert Jahren ist, um so günstiger erscheint uns der durch die Lage der Stadt, ihre besonderen Freiheiten und die Sorge der französischen Regierung für Erleichterung des Verkehrs blühende Wohlstand der „Burg an der Straße“. Blicke man von den Wällen der Stadt auf die umliegende Landschaft, so bot sich dem Auge „im Wechsel des reichlich von Baumwerk, Flüssen und Canälen durchzogenen wohlgepflegten Wiesen, Acker- und Gartenlandes ein malerisches Bild“. Gaben die Gärten, deren Kunst „seit Jahrhunderten den dichten und frischen Kranz einer ausgezeichneten Bodenbebauung um die nächste Umgebung der Stadt gezogen hatte“, den Vorstädten ein eigenes Gepräge, so bot der Fährdamm der Ill nicht bloß der Küche des Königs ansehnliche Vierzungen, sondern verhalf Manchem, wie dem um Strasburgs Fährdamm hochverdienten Meister Dürr zu Ansehen und Reichthum. Auf dem Kreuzungs- und Uebergangspunkt Wälder verbindender Land- und Wasserstraßen gelegen, war Strasburg der bedeutendste Handelsplatz im Gebiet des Oberrheins. „Die königliche freie Stadt vermochte, politisch unbeeinträchtigt von der Krone Frankreich, auf Grund eigener Verträge ihre alten lebhaften Beziehungen mit Deutschland, Holland und der Schweiz bis zur Revolution aufrecht zu erhalten“, und die Kaufmannschaft war sich dessen wohl bewußt. „Eine Menge unmittelbar in Verkehr und Wohlstand eingreifende Beziehungen zum ehemaligen Vaterlande hielten im Strasburger Gewerbe bis zur Revolution deutsches Wesen vorherrschend aufrecht. Letzteres bewachte sogar hier im jüngsten Bürger ein Bewußtsein eigenen Werthes, ein lebendiges Selbstgefühl, welches in den Reichstädten jenseits des Rheins seit dem dreißigjährigen Kriege durch misleitete nationale Entwicklung traurige Rückschritte gemacht hatte.“ Die Fünfte, zwanzig an der Zahl, unter welche 83 Gewerbe vertheilt waren, boten in gewissem Sinne im Kleinen ein Bild der städtischen Verfassung. Trotz des günstigen Standes der gewerblichen Verhältnisse hatte aber die Vermögenslage des städtischen Gemeinwesens und die Steuerbelastung der Bürgerschaft seit der Vereinigung mit Frankreich immer drückendere Formen angenommen.

1789 zählte Strasburg 49 948 Einwohner, zur Hälfte protestantisch, zur Hälfte katholisch, unter denen besonders seit Ludwig XVI. ein vornehmlicher Geist herrschte. Es gab damals 5528 Bürger, die zu zwei Fünfteln katholisch waren. Die in obige Bevölkerungsliste nicht eingezeichnete Belastung betrug 1789 im Ganzen 12 000 Mann. — Große Sorgfalt verwandte man auf die Straßenreinigung, welche vor den Häusern der Bürger von den Bediensteten ihrer Häuser, auf den öffentlichen Plätzen von den städtischen Armen befragt wurde. Groß war die Fürsorge für die Armen, Wittwen und Waisen, zumal von privater Seite. Was das Unterrichtswesen betrifft, so suchte man sich schon vor 100 Jahren in Strasburg von der Zöglingsschule zu befreien und machte damals schon den Versuch, „eine den allgemeinen Bildungsgang mit der Vorbereitung zur künftigen praktischen Berufstätigkeit möglichst vereinende Unterrichtsweise in der Art einer Realschule zu schaffen.“

Vor Allen hatte die protestantische Hochschule während des Jahrhunderts

fremder Herrschaft trotz aller Anstrengungen gegen sie die feste Grundlage der Kirche Augsburger Bekenntnisses gebildet und war die fruchtbar machende Wächterin deutschen Wesens geblieben. Neben beachtenswerthen wissenschaftlichen Bestrebungen Frankreichs und der katholischen Kirche bildeten doch deutscher Bildungsgang und protestantisches Religionsbekenntnis in Strasburg die breiteste Grundlage des geistigen Lebens, das in der Muttersprache das Mittel lebendigsten Ausdrucks fand. Hundert Jahre der französischen Herrschaft hatten noch nichts vermocht über dieselbe; immer noch redete der Kern der eingetretenen Bevölkerung seine ursprüngliche Sprache; daneben freilich bemühten sich die Gebildeten, durch die Erlernung des Französischen die Aussichten für das Fortkommen in ihrem Berufe zu erweitern. „Auch im Aeußeren verlegte man nicht das Deutsche. Besonders anmuthend erscheint das weibliche Geschlecht, dessen durch Gewandtheit der Bewegungen bei biegenem vollem Körperbau, Haarreizthum und lebhaften, meist blauen Augen, zierlichen Händen und Füßen, ausgezeichnete Schönheit unter Deutschen wie Franzosen zahlreiche Bewunderer fand. Die trotz manches unter der Jugend schnöfnich auf die Pariser Mode gerichteten Blickes im Bürgerstand bis hinauf in seine höheren Kreise noch immer vorherrschend aufrecht erhaltene einheimische, sogenannte deutsche Tracht trug nicht wenig dazu bei, die Reize der Strasburgerinnen in ein günstiges Licht zu setzen.“

Die verderbliche Neigung zur Nachahmung der Modetheorien aber gab auch vor hundert Jahren schon Anlaß zu lauten Klagen. Zeitgenössische Stimmen ziehen in öffentlichen Blättern mit Spott und Ernst dagegen zu Felde. Wie wenig sich in dieser Beziehung in hundert Jahren geändert hat, möge folgende Stelle aus dem „Magazin für Frauenzimmer“ (Februar 1788) hier angeführt werden: „Können Sie den Ton billigen“, heißt es da, um Aufklärung zu geben, warum viele Mädchen alte Jungfern werden, „der ihr herrscht? Mädchen, die ihre Geburt kaum zur mittlern Klasse bestimmte, die weder besondere Anlage, noch eigentlichen Geschmack zur Musik haben, werden, bloß um der Mode zu folgen, den größten Theil ihrer Zeit, der so kostbaren Zeit, die sie der gründlichen Erlernung der Haushaltungskunst, der Ausbildung ihres Verstandes durch nützliche (nicht durch Romanen-) Lectüre, ja sogar der Erwerbung der so nöthigen Kenntnisse der Religion rauben, an Erlernung der Musik. Sie klumpen stundenlang am Claviere, ohne etwas dabei zu fühlen, glauben sich eine blinde Paradies — (diese blinde Virtuofin ist feiner meiner Leserinnen unbekannt) — wenn sie eine Sonate fast herpfeilen können, und athmen stolz den Weyrauch ein, den Schmeichler, die oft im Herzen ihrer spotten, ihnen streuen. Wie oft schon gereichte dieses manchen sonst guten Herzen zur Falle! Wenn aber auch diese Wirkung nicht erfolgt, so ist es doch traurig, wenn man sieht, daß meistens das liebste Instrument nach der Verheirathung der Wiege Platz macht. Ja, wenn die Musik allein zur Erholung und angenehmen Zerstreuung dienen sollte, wenn sie nicht dieses Geschäft mit hundert anderen Sachen theilte, so würde ich die Erlernung derselben auch beim mäßigsten Vermögen, nicht mißbilligen, denn Erholung muß der Mensch haben; aber so lange Tanz, leere Besuche, Schauspiele, Paradespaziergänge einen großen Theil unserer Zeit hinnehmen, so lange kann ich's nicht gut heißen, wenn man sie lernt, ohne viele Tausende zu besitzen.“

Wer Lust verspürt, mehr über „Strasburg vor hundert Jahren“ zu erfahren, der verschaffe sich das von uns zu vorsehender Stelle benützte Buch von Hermann Ludwig, es wird ihm eine Fülle wertvoller, culturgeschichtlicher Bilder von nicht bloß localem Interesse bieten. Wenn, wie H. Ludwig bemerkt, das Strasburg des 19. Jahrhunderts im Gesamtverbande Frankreichs nichts mehr und nichts weniger bedeutete, als den Vorort einer Provinz — der „France allemande“ —, welche der Franzose als „ein unter den Nebeln des Rheins begrabenes Bioten“ zu bezeichnen pflegte, so werden die Franzosen jetzt wohl erkannt haben, wie aus den Nebeln des Rheins in alter Herrlichkeit Strasburgs Stern am deutschen Himmel immer heller und heller aufsteigt, Frankreich zum Trub, Deutsch-land zu Ruh.

—d. Petition. Der Verein schlesischer Handelsgärtner hat, in Uebereinstimmung mit dem Verbands der Handelsgärtner Deutschlands, an das preussische Abgeordnetenhaus vor acht Tagen eine mit zahlreichen Unterschriften aus den Kreisen der Handelsgärtner und Baumschulbesitzer Schlesiens bedeckte Petition gerichtet: „Dasselbe wolle bei Beschlußfassung über die Wildschadenangelegenheit auf dem Wege der Landesgesetzgebung dahin wirken, daß die Handelsgärtner und Baumschulbesitzer Preussens vor Schäden, welche durch jagdbares Wild, insbesondere durch Hasen- und Kaninchenfraß an Gartenproducten entstehen, nachhaltig geschützt werden möchten.“ Zur Begründung der Petition wird angeführt, daß in Folge der immerwährenden Klagen über Wildschaden im Winter 1886/87 bei einer kleinen Anzahl von Handelsgärtnern und Baumschulbesitzern Umfrage gehalten worden, welche folgendes Ergebnis gehabt habe. Auf einer Gesamtfläche von 464,33 ha eingefriedigter Gärten (und zwar in der Provinz Brandenburg 45,25, in Hannover 24,15, Hessen 10,00, Holstein 119,75, Ostpreußen 49,00, Posen 71,80, Rheinland 29,63, Provinz Sachsen 36,25, Schlesien 38,75, Westfalen 1,25, Westpreußen 38,50 ha) bezieht sich der im Winter 1886/87 angegebene Wildschaden, trotz umfassender Schutzvorrichtungen auf 71100 M., welche sich in folgender Weise vertheilen: Provinz Brandenburg 7680 M., Hannover 2650 M., Hessen 3550 M., Holstein 8095 M., Ostpreußen 31500 M., Posen 4020 M., Rheinprovinz 1105 M., Provinz Sachsen 5325 M., Schlesien 6640 M., Westfalen 325 M. und Westpreußen 210 M. Im Durchschnitt ist mithin auf 1 ha Land über 153 M. Wildschaden zu rechnen. Vernichtet wurden durch Wildschaden in fast allen Fällen Obstbäume und zwar in dem verschiedensten Alter, von der einjährigen Veredelung an bis zum 20jährigen tragbaren Baume; in einzelnen Fällen außerdem die verschiedensten Ziersträucher, Alleebäume, Weißdorn, Akazien, Coniferen, Rosen, besonders auch Kissen, Laub und Gemüse. Der größte Theil der betroffenen Gartenbesitzer meldete trotz sorgfältiger Einfriedigung einen jährlich wiederkehrenden Wildschaden. Die Ursachen werden auf schlechte, fütterarme Winter, insbesondere aber auf mangelhafte Jagdausübung, auf ungenügende oder gänzlich fehlende Fütterung des Wildes bei hohem Schnee, auf die Nähe von Wäldungen, verwilderten Böschungen, auf die Ueberhandnahme von wilden Kaninchen, sowie auf das in der Nähe von Häusern herrschende Jagdverbot zurückgeführt. Die getroffenen Schutzvorrichtungen, wie dichte Mauern, Bretterplanen etc., haben sich in schneereichen Wintern bei eingetretenen Schneewehen als illusorisch erwiesen; auch überwindet hungerndes oder zufällig gejagtes Wild die Hindernisse hoher Einfriedigungen mit Leichtigkeit. Es genügt oft eine Nacht und das Eindringen nur einzelner Thiere, um die schönsten Obstbaumstämme zu vernichten. Ein Hase ist im Stande, in wenigen Stunden mehr als 100 Bäume zu tödten. Das Aufstellen von Schreckbildern, Klappern etc. hat sich in allen Fällen als ganz unzureichend erwiesen, indem diese Gegenstände das hungernde und dadurch dreist gewordene Wild höchstens momentan stutzig zu machen vermögen. Desgleichen hat sich, abgesehen von der Unmöglichkeit der Durchführung in den mit Tausenden von Stämmen bestetzten Baumschulen, die Wirksamkeit eines Bestreichens der Bäume mit Fett, Blut, Kalk nie sicher bewährt. Aus allen diesen Gründen strebt die Petition eine Verringerung des Jagdschutzes an, welche den Selbstschutz der Handelsgärtner bezw. Baumschulbesitzer gesetzlich insofern gestattet, a. daß den in Schutzweite von Städten und Ortschaften wohnenden Handelsgärtnern bezw. Baumschulbesitzern erlaubt werde, die Tödtung des Wildes auf ihrem Areal selbst zu betreiben und b. daß nach eingeholter polizeilicher Erlaubnis gestattet sei, Hasen und Kaninchen in eingefriedigten Grundstücken auch während der Schonzeit zu tödten, zumal der Werth des Schadens oft das Tausendfache des Jagdwertes übersteigt. In beiden Fällen könnte die Ablieferung des erlegten Wildes an den Jagdpächter bezw. an die Polizei-Organen als strenge Pflicht aufgestellt werden.

* Villa-Versteigerung. Die dem Baron von Sobierak in Deutsch-Wissa bisher gehörende Villa, welche für morgen, Donnerstag, zum öffentlichen Verkauf gestellt wird, ist, wie wir erfahren, am heutigen Tage für die Summe von 51000 Mk. an einen Grafen Matuschka verkauft worden. Der Graf soll auch die gesamte sehr elegante Einrichtung, die ebenfalls morgen zur Versteigerung gelangen sollte, übernommen haben.

—Glogau, 10. April. [Rothenburger Sterbekasse.] Gestern Abend fand im Schauerhofsäle eine von weit über 300 Mitgliedern der Rothenburger Sterbekasse besuchte Versammlung statt, auf deren Tagesordnung die vom Herrn Regierungspräsidenten für notwendig befundene Revision der Statuten stand. Der Einberufer der Versammlung, Major a. D. Dr. Meves, führte Folgendes aus: „M. H. ich habe Ihnen in Betreff der Sterbekasse leider traurige Eröffnungen zu machen. Wir Alle haben derselben das größte Vertrauen entgegengebracht, dasselbe scheint aber nicht in gewünschter Weise gerechtfertigt zu sein. § 29 des Statuts schreibt vor: Die Vereinsgelder dürfen nur in deposital-mäßigen Papieren oder in pupillarisch sicheren Hypotheken angelegt werden. Diese Forderung ist zunächst in dem einen Fall nicht erfüllt worden. Es ist amtlich nachgewiesen, daß auf ein Mittergut, das in seiner jetzigen Beschaffenheit nach einer schon vor Jahren stattgehabten Taxirung höchstens 100000 Mark Ertragswerth hat, von Seiten der Direction der Sterbekasse die Summe von 90000 Mark, ausgehend mit 210000 Mark, geleihen worden ist, jedoch der glückliche Besitzer der mit 210000 Mark ausgehenden Hypothek die Rothenburger Sterbekasse ist. Der Regierungspräsident Prinz Handberg ist von diesen Verhältnissen verständigt worden und unterzog sofort die Sterbekasse persönlich einer Revision, bei welcher die größten und, milde gesagt, statutenwidrigen Ungehörigkeiten constatirt wurden; unter Anderem ergab sich, daß im vergangenen Jahre die Summe von nicht weniger als 75000 Mark an die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsberechtigten vertheilt worden sind. (Große Bewegung.) Ja, wie ich von dem Herrn Regierungspräsidenten erfahren, sind von den 282 Hypotheken nur 19 pupillarisch sicher. (Gewaltige Aufregung.) Die Vertheilungen sind allerdings auf Grund einer Taxation erfolgt, über deren Beschaffenheit ich mich heute jeden Anspruch enthalten will. Der Herr Regierungspräsident unterzog sich darauf der Mühe, selbst ein neues Statut auszuarbeiten, das fernere Ungehörigkeiten unmöglich macht, vor allen Dingen dadurch, daß der Kreis-Ausschuß des Kreises Görtlich die Verwaltung der Kasse übernimmt, während die staatliche Aufsicht (§ 36) der Regierungspräsident in Regnitz übernimmt. Nachdem zugestimmt worden ist, daß dieses Statut die ministerielle Genehmigung erhalten wird, hat der Regierungspräsident für Sonnabend, den 13. April, in Görtlich eine General-Versammlung anberaumt, in welcher über die Statutenänderungen beraten werden soll. An uns ist es nun, selbst Hand anzulegen, da alle unsere Interessen gefährdet sind, und ich fordere Sie deshalb auf, möglichst vollständig auf der General-Versammlung in Görtlich zu erscheinen. An diese Mitteilung schloß sich eine längere Discussion, in welcher verschiedene Redner aus Glogau, Grünberg, Polkwitz und anderen Orten auf Schärfe das Vorgehen des Verwaltungsrathes tabelten, welcher die Befamntmachung der General-Versammlung nicht in allen Localblättern, wo sich Mitglieder befinden, sondern nur in sechs Zeitungen, die in mancher Gegend gar nicht gelesen werden, veröffentlichte, und die Einwohner nur erluchte, gelegentlich den Mitgliedern etwas von der General-Versammlung mitzutheilen. Das neue Statut wurde gutgeheißen bis auf den Passus, daß die Rothenburger Sterbekasse auf den Landkreis Görtlich beschränkt bleiben solle, und schließlich das möglichst zahlreiche Erscheinen auf der General-Versammlung empfohlen.

* Bunzlau, 8. April. [Präparandenanstalt.] Der Cultusminister hat nunmehr genehmigt, daß die Präparandenanstalt an der hiesigen Königl. Waisen- und Schulanstalt mit Beginn des neuen Schuljahres endgültig ins Leben tritt. Der Unterricht wird von Lehrern des Seminars und des Waisenhauses erteilt werden. Aus der ersten Mittelschulklasse treten in die Präparandenklasse 5 Jünglinge über, wovon 4 Beneficiaten sind. Das Verhältnis der Beneficiaten zur Anstalt ändert sich in keiner Weise.

—Glogau, 8. April. [Kreisschulinspektion. — Bahneröffnung.] Für die durch den Tod des Königl. Kreisschulinspectors Dr. Stange erledigte Kreisschulinspektorstelle ist der Kreisschulinspektor Illgner aus Pleschen, Reg.-Bez. Posen, berufen worden. — Am 5. April c. ist die Bahnstrecke Mittelteine—Braunau feierlich eröffnet worden. Sowohl preussische als auch österreichische Beamte nahmen an der Eröffnungsfeier Theil. Weder liegen die Züge für den Personenverkehr sehr ungünstig. Es gehen täglich von Mittelteine zwei Züge nach Braunau und von dort nach Mittelteine zurück.

—Frankenstein, 7. April. [Verschiebenez.] An Stelle des am 1. April beim 2. Schlesischen Grenadier-Regiment Nr. 11 (Kronprinz Friedrich Wilhelm) als Einjährig-Freiwilliger eingetretenen Pfarvicars Sedez ist Vicar Regelm aus Groditz, Kreis Falkenberg, zuletzt in Königs-hain, Kreis Görtlich, als Hilfsgeistlicher an der evangelischen Kirche hierher berufen worden. — Im Militär-Verein hielt Dr. Rosenthal einen Vortrag

über: „Die ansteckenden (Infectionen-) Krankheiten und ihre Bedeutung für die Armee.“ — Der hiesige Vorkurs-Verein hält am Mittwoch, den 10. April c., Abends um 7 Uhr, im Saale des Stadthauses eine ordentliche General-Versammlung ab. Zur Erlebigung kommen u. a.: Rechnungslegung pro 1888, Festsetzung der Dividende, Vertheilung des Geschäfts-gewinns.

—Landes-, 9. April. [Communes.] Nach dem städtischen Verwaltungsbericht pro 1888/89 hat die Stadtgemeinde ein Vermögen im Gesamtwerthe von 2414325 M., bestehend aus Gebäuden in der Stadt (Werth 184500 M.), aus Gebäuden im Bade (Werth 973000 M.), in Heilquellen (Werth 480000 M.), Fort (845 ha groß im Werthe von 600000 M.), Acker- und Wiesenland (Werth 55800 M.), Anlagen im Bade (Werth 300000 M.) etc. Der Surplusfonds des Bades beträgt 56950 M. Die Schulden der Stadt belaufen sich auf 992080 M.

—Brieg, 7. April. [Von den städtischen Schulen.] Am 1. April c. ist an den hiesigen evangelischen Elementarschulen eine Lehrers-telle neu eingerichtet worden, so daß sämtliche vier evangelischen Ele-mentarschul-Systeme nunmehr zu sechs-klassigen ausgebaut sind. Außer-dem befindet sich hier eine sieben-klassige Bürger- und Lärchschule und eine katholische Schule von je sechs Knaben- und Mädchenklassen. Für die katholische Schule ist die Anstellung eines Rectors von der Stadt-Schulen-Deputation beschlossen worden. — Die Seminar-Übungsschule an dem neu errichteten katholischen Lehrer-Seminar hieselbst wird zum nächsten Herbst eingerichtet werden.

—Grottkau, 10. April. [Zur Unfallversicherung.] Die Ressort-minister haben den Kreis Grottkau für leistungsfähig erklärt, diejenigen Laster zu übernehmen, welche durch die Unfallversicherung bei den von dem Communalverbande in anderen, als Eisenbahnbetrieben, als Unter-nnehmer ausgeführten Bauarbeiten entstehen werden. Als Ausführungs-behörde für die dem Communalverbande des Kreises Grottkau hiernach obliegende Unfallversicherung bei den bezeichneten Bauarbeiten ist der Kreis-ausschuß und als Sitz des für den Bezirk der Ausführungsbehörde zu bildenden Schiedsgerichts die Stadt Grottkau bestimmt worden. Zum Vor-sitzenden haben die Minister den Regierungs-Rath Schacht und zu dessen Stellvertreter den Regierungs-Rath Vitz, beide zu Oppeln, ernannt. Wegen Bildung des Schiedsgerichts und der hierfür vorzunehmenden Abgaben wird das Erforderliche alsbald in die Wege geleitet werden.

—nn. Kreuzburg, 8. April. [Einführung.] In der Aula des hie-sigen Gymnasiums fand am Sonnabend die feierliche Einführung des neuen Gymnasial-Directors Dr. Jaenicke durch den Provinzial-Schulrath Hoppe-Breslau statt, welcher ihm nach einer längeren Ansprache die könig-liche Beistellungsurkunde überreichte. Hierauf hielten Bürgermeister Müller als Vertreter der Stadt und des Patronats und Oberlehrer Jaroslawski im Namen des Lehrer-Collegiums Begrüßungsansprachen. Director Dr. Jaenicke sprach in seiner Antrittsrede seinen Dank für das allseitige freundliche Entgegenkommen aus und ermahnte die Schüler zu Fleiß, Frömmigkeit und gutem Betragen. Die Schulfeste begann und endete mit dem Gesange eines Chors. Nach der Schulfeste fand zu Ehren des Directors ein Festessen im Leipziger Hotel statt.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

—Breslau, 10. April. [Schwurgericht.] Der Kaufmann Jacob Wiener aus Breslau übernahm am 1. Juli 1885 ein Eclairer, Spiritus- und Essig-Fabrikations-Geschäft. Das Geschäft arbeitete bei einer durchschnittlichen Tageslosung von 50 bis 60 M. aufseinerseits während mit Unterbilanz; Ende 1888 befand sich Wiener bereits im Zustande der Zahlungsunfähigkeit. Zu dieser Zeit wurden einzelne Zwangsvoll-streckungen gegen ihn ausgebracht. Am 8. Januar 1889 eröffnete das königliche Amtsgericht auf den Antrag einzelner Gläubiger den Concurs über das Geschäft und Privatvermögen des Wiener. Der Kaufmann Schmidt wurde vorläufig zum Verwalter der Masse bestellt und später seitens der Gläubigerversammlung bestätigt. Die Activa bestanden nach den von Wiener gemachten Angaben aus 19 zur Essigfabrikation gehörenden sogenannten Bildern und den sonstigen Vorräthen etc., einem Pferde, Vorräthen im Betrage von 270 Mark, barem Gelde in Höhe von 1 Mark 32 Pf., ausstehenden Forderungen im Gesamtbetrage von 554 M. und 511 leeren Fässern, welche von den verschiedenen Kunden in der Provinz noch nicht zurückgeliefert waren, endlich dem Mobilien in der Wohnung im Werthe von 1500 M.; die ge-richtliche Taxe ergab zusammen 4203 M. Diefen standen an Passiva als bevorrechtigte Forderungen 3200 M., als Forderungen ohne Vorrecht aber 18500 M. gegenüber; außerdem war das Inventar von einem Verwandten angeblich mit 1000 M. beliehen. Dieser Vermögensstand erschien den Gläubigern nicht richtig. Auf die mit Rücksicht hierauf bei der könig-lichen Staatsanwaltschaft erstattete Anzeige erhielt der Criminal-Commissarius Stein den Auftrag, im Wege der Hausdurchsuchung nach weiteren Vermögens-gegenständen zu forschen. Da in der Wohnung und in dem Geschäftslocal alles gerichtlich inventarisiert worden war, konnte eine Hausdurchsuchung in diesen Räumen zu keinem Resultate führen, Stein verfügte sich deshalb in die Wohnung der Schwiegermutter des in Concurs gerathenen Kaufmanns, die dem Commissar eine Anzahl Pfandscheine des städtischen Leihamts, welche sämtlich auf den Namen des Wiener ausgestellt waren, aushändigte, indem sie mittheilte, daß sie diese Pfandscheine von ihrem Schwiegersohn lediglich zur Aufbewahrung erhalten habe. Die Pfandscheine lauteten auf Gold- und Silberfachen, sowie auf Eichwäse, welche zu der Wohnungsausstattung des Angeklag-ten gehört hatten. Der auf die Verhaftung gegebene Pfandschilling betrug insgesammt 330 Mark, die Taxe des Leihamts schätzte die zweifelhafte noch höherem Werth stehenden Gegenstände auf 415 Mark. Außer diesen Pfandscheinen fand Stein nur noch einige Flaschen Rum und Viqueur aus dem früheren Geschäft des Schwiegersohnes vor. Wiener wurde, da er Angaben betrefss der in Verfaß gegebenen Gegenstände bisher nicht gemacht hatte, die Geschäftsbücher auch keine Entrichtung hierüber ent-bielten, unter dem Verdacht des betrügerischen Bankerotts — Versteigerung von Vermögensstücken — in Unteruchungshaft genommen. Nach dieser Haftnahme wurden die Gläubiger durch Verwalter des Wiener beirichtigt.

Das Strafverfahren erlitt hierdurch keine Unterbrechung, so daß Wiener heute vor den Geschworenen stand. Er bestritt in allen ihm zur Last ge-legten Fällen, daß er in der (den betrügerischen Bankrott bedingenden) Absicht gehandelt habe, seine Gläubiger zu benachtheiligen, er gab eventuell nur nachlässige Handlungsweise (einfachen Bankrott) zu. Die im Leihamt untergebrachten Gegenstände will der Angeklagte lediglich als Noth verfaßt haben. Die vorgeführten Flaschen Viqueur habe er lediglich als Gelegenheits-Geschenke an seine Schwiegermutter gegeben. Concursverwalter Schmidt hält diese Aussage wegen des ge-ringen Objects, welches hierbei in Frage kommt, für glaubhaft. Wiener hat im Jahre 1888, und zwar zweimal im Frühjahr und außerdem am 21. und 28. December durch den Gerichtsvollzieher Esser Auktionen seiner Baarenvorräthe veranstaltet lassen. Der Erlös aus diesen Auktionen ist in den Büchern nicht zu finden gewesen; die Anlagebehörde hat deshalb angenommen, daß auch die Auktionen lediglich zur Verstei-gerung von Vermögensstücken gedient haben sollen. Wiener gab heut betrefss dieser Auktionen eine Aufklärung, welche ihn von dem gehegten Verdacht befreite.

Wiener soll außerdem erdichtete Rechtsgeschäfte aufgestellt haben, doch auch hierin kam die Anlage zu Falle. Zur Zeit als das jetzt geltende Spiritusgesetz in Kraft trat, also am 1. Juli 1887, wurde in den Aus-führungen bestimmt, daß die Rückgewähr für denjenigen Spiritus, welcher „denaturirt“ werden würde, 16 M. per 100 Liter à 100 pSt. betragen solle, für die drei Monate bis 1. October 1887 sollte diese Steuererüder-gütung aber das Dreifache, also 48 M. per 100 Liter betragen. Auf diese Bestimmung fußend, suchte sich Wiener einen Compagnon, welcher, im Besitz flüssiger Geldmittel, auch geneigt war, sich an einem ansehnlichen sicheren Speculationsgeschäft zu betheiligen. Es wurden am 1. Juli 4813 Liter Spiritus à 95 pSt. zum Preise von 3109 Mark gekauft und von dem Compagnon auch bezahlt. Da bald darauf seitens des Ministers be-kannt gemacht wurde, daß die dreifache Rückgewähr nur für dasjenige Quantum gegahlt werde, welches nicht höher sei, als der Verbrauch im gleichen Zeitraum des Vorjahres, so war dieses Geschäft nur auf ein geringes Maß beschränkt, anstatt der erhofften 2100 Mark entfielen nur 200 Mark auf die Speculation. Der Angeklagte hat die Buchung dieses Geschäfts-Abchlusses in seinen Büchern unter-lassen und seinen Compagnon lediglich in einem Buche als Gläu-biger bezeichnet. Ein weiterer Vorwurf, der dem Angeklagten gemacht wird, besteht darin, daß dieser zugestandenemal sein Jahre lang im Gebrauch gewesenes Kassenbuch kurz vor Ausbruch des Concurses durch ein neues Buch ersetzt habe, er hat angeblich volle Abschrift der früheren Buchungen genommen und das alte Buch dann verbrannt. Das Ver-brennen des alten Buches hält der Sachverständige Schmidt für ein schwerwiegendes Verdachtsmoment; er ist der Meinung, es mögen in den Uebertragungen auch andere Zahlen untergelegt worden sein, insonderheit

erscheinen die Tageslosungen für die ganze Zeit des Bestehens des Ge-schäfts um etwa 5 bis 20 Mark pro Tag niedriger eingestellt, wo-durch sich die Differenz zwischen Activen und Passiven erklärt. — Durch die sich auf mehr als 20 Zeugen erstreckende Beweisaufnahme konnte der Nachweis nicht geführt werden, daß der Angeklagte absichtlich zum Nachtheil seiner Gläubiger gehandelt habe. Staatsanwalt Rentwig brachte deshalb selbst die Frage des „einfachen Bankerotts“ in An-trag und befürwortete in seinem Plaidoyer die Bejahung der Schulfrage nur in diesem Sinne, da durch das Gutachten des Sachverständigen und das theilweise Geständnis des Angeklagten die unübersehbare Buchführung fest-gestellt worden sei. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Cohn II, schloß sich diesem Antrage an. Die Geschworenen verneinten die auf betrügerischen Bankrott lautenden Haupt- und Nebenfragen, sie erklärten den Ange-klagten nur des einfachen Bankerotts für schuldig. Die vom Gerichts-hof erkannte Strafe lautete, übereinstimmend mit dem Antrage des Staatsanwalts, auf 6 Monate Gefängnis, wovon 2 Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet wurden. Die vom Vertheidiger empfohlene vorläufige Haftentlassung des Verurtheilten wurde genehmigt.

A. Reichsgerichts-Entscheidung. Wird vom Bergwerksbesitzer die Abtretung eines fremden Grundstücks zur Benutzung für seine berg-baulichen Zwecke im Sinne der §§ 64 und 135 des Preuß. Allg. Berg-gesetzes vom 24. Juni 1865 verlangt und kommt der Grundeigentümer, ohne sich selbst von der Nothwendigkeit der Abtretung im vorliegenden Falle überzeugt zu haben, diesem Verlangen gültig nach, so ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, V. Civil., vom 9. Februar 1889 die Abtretung als eine nothwendig zu erachten und fällt unter die Bestimmungen der §§ 135 ff. des Berggesetzes. Tritt jedoch durch die Benutzung eine Werthverminderung des Grundstückes ein, so kann der Grundeigentümer fordern, daß der Bergwerksbesitzer das Eigenthum des Grundstückes erwerbe.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung. Neichstag.

* Berlin, 10. April. Der Reichstag sollte eigentlich morgen, Donnerstag, schon über den wichtigen neuen Commissionsantrag zu den die Rentenberechnung betreffenden §§ 18 bis 19 beraten, ohne daß bisher eine Berechnung der finanziellen Ergebnisse dieser Be-schlüsse vorgelegt worden wäre. Heute vor dem Eintritt in die Tagesordnung machten die Abgeordneten Schmidt (Elsersfeld und Ricker) auf diesen Mangel aufmerksam, der um so fühlbarer ist, als über den wichtigen Antrag nur mündlich Bericht erstattet werden soll. Präsident von Levetzow sagte zu, daß er die §§ 18 bis 19 nicht eher zur Berathung stellen werde, bis nicht die Berechnung vorgelegt sei, die von Seiten der Regierung in Aus-sicht gestellt ist. Die Berathung ging heute, da es sich fast nur um Ausführungsbestimmungen handelte, sehr schnell vorwärts; man kam vom § 40 bis zum § 83; eine längere Debatte knüpfte sich dabei nur an den Abschnitt 4, das Verfahren betreffend, und zwar wesentlich nur an den § 63. Danach muß ein Anspruch auf Invalidenrente bei der unteren Verwaltungsbehörde angemeldet werden; das wird in Preußen der Landrath sein. Mit Ausnahme der Regierung und der Con-servativen war man überall nicht ganz einverstanden damit, daß der Landrath außer dem Gutachten von Vertrauensmännern auch sein eigenes Gutachten über jeden Fall abgeben soll. Das Centrum und die Freisinnigen wollten das Gutachten des Landrathes ganz streichen, dagegen aber dem Gutachten der Vertrauensmänner dadurch ein größeres Gewicht geben, daß ein Ausschuß von Krankenkassenvor-sänden eingesezt werden sollte, dem auch ein Vertreter der unteren Verwaltungsbehörde beizuwohnen kann. Das Gutachten dieses Aus-schusses sollte dann allein genügen. Die Nationalliberalen wollten eine ähnliche Einrichtung schaffen; aber nicht obligatorisch, sondern nur durch die Statuten der Landesanstalten sollten sie ein-gerichtet werden. Die Conservativen und die Regierungen hielten es allerdings für ganz unerhört, daß man die Landräthe im Verdacht haben könnte, sie würden sich bei ihren Entscheidungen einmal durch politische Rücksichten leiten lassen. Allein das Auftreten so mancher Landräthe rechtfertigte die gestellten Anträge, die aber abgelehnt wurden, da die Nationalliberalen nicht einmal für ihre eigenen Anträge tha-tkräftig eintraten. Aus der ferneren Debatte ist nur hervorzuheben, daß der Versuch, gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte die Berufung statt der Revision einzuführen, scheiterte. Morgen wird die Berathung um 12 Uhr fortgesetzt.

58. Sitzung vom 10. April. 11 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Böttcher, v. Marschall. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt der Abg. Schmidt. Elsersfeld das Wort: Es ist uns gestern Abend ein Bericht der Com-mission über die §§ 18, 18a, 18b und 19 und die dazu vorliegenden An-träge zugegangen; aber es ist der von mir in der Commission aus-gesprochene Wunsch, daß uns eine genaue Berechnung über die finanziellen Folgen der Beschlüsse der Commission vorgelegt werden möge, nicht erfüllt worden; ich möchte bitten, daß diese Berechnung nachträglich noch geliefert werde.

Geh. Rath v. Böttcher: Die Berechnung dieser Berechnung wäre eigentlich Sache der betreffenden Antragsteller; aber die Regierung ist bereit, helfend einzutreten, und hat angeordnet, daß die Berechnungen sobald als möglich angefertigt werden.

Abg. Schmidt: Den Antragstellern kann doch die Regierung die Auf-stellung der Berechnung nicht zumuten.

Geh. Rath v. Böttcher erklärt nochmals die Bereitwilligkeit der Regierung, die Berechnung vorzulegen.

Abg. v. Frankenstein weist darauf hin, daß die Regierung diese Bereitwilligkeit bereits in der Commission ausgesprochen habe.

Abg. Ricker: Es ist uns nur ein mündlicher Bericht vorgelegt, während wir bei einer so wichtigen Sache einen schriftlichen verlangt haben. Ich möchte bitten, daß der Bericht nicht früher auf die Tages-ordnung gesetzt wird, als bis wir die rechnerische Grundlage vor uns haben.

Abg. Strudmann: Ich weiß eigentlich nicht, weshalb Herr Schmidt heute vor der Tagesordnung das Wort nimmt, da die Regierung doch bereits zugestimmt hat, seinen Wunsch zu erfüllen.

Abg. Schmidt: Das habe ich gethan, weil der Präsident die Absicht hat, die betreffenden Paragraphen morgen auf die Tagesordnung zu setzen. (Abg. Strudmann: Woher wissen Sie denn das?) Der Herr Präsident hat es mir selbst gesagt. (Hört! Hört! links. Weiterkeit.)

Abg. v. Frankenstein: Ich glaube auch, daß es sich empfehlen wird, den Commissionsbericht nicht früher auf die Tagesordnung zu setzen, als bis die Berechnung vorliegt.

Darauf wird die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung fortgesetzt.

Die §§ 40–50, welche sich auf die Geschäftsführung des Ausschusses beziehen, werden ohne erhebliche Debatte angenommen.

Nach § 51 soll für den Bezirk einer jeden Versicherungsanstalt zur Wahrung der Interessen der übrigen Versicherungsanstalten und des Reiches von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Reichskanzler ein Commissar ange stellt werden, der mit beratender Stimme allen Verhandlungen der Organe der Anstalt und der Schiedsgerichte bei-zuwohnen kann.

Abg. Frihen (C.) beantragt, dem Commissar die Theilnahme an den Verhandlungen der Schiedsgerichte nicht zu gestatten.

Abg. Schrader will den Commissar vom Reichskanzler im Einver-nehmen mit der Landesregierung bestellen lassen. Nach unerheblicher Debatte, in welcher der Antrag des Abg. Frihen durch den Abg. Hahn etwas verändert wird, wird § 51 mit diesem veränderten Antrage ge-nehmigt.

Ohne Debatte werden §§ 52–57 angenommen.

* Es folgt der dritte Abschnitt, Schiedsgerichte, §§ 58 bis 62.

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen

(Fortsetzung.)

Abg. Schrader wünscht, daß eine möglichst große Anzahl von Schiedsgerichten eingerichtet werden möchte, weil es nöthig sei, bei dem Invaliditätsverfahren möglichst die Parteien selbst zu vernehmen.

Abg. Grillenberger will eine Bestimmung einfügen, daß die Schiedsgerichte mindestens je zwei Beisitzer aus der Klasse der Arbeitgeber und der Arbeiter haben müssen.

Abg. Hahn hält die Vorschrift für überflüssig.

Der Antrag Grillenberger wird angenommen.

Abg. Schmidt-Eberfeld will das Schiedsgericht nur in einer Besetzung von fünf Mitgliedern, dem Vorsitzenden und je zwei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter, entscheiden lassen.

Abg. Grillenberger wünscht, daß die Sitzungen möglichst Abends stattfinden, damit die Arbeiter denselben beizubehalten können.

Staatssecretär v. Bötticher hält den ersten Antrag für bedenklich, weil dadurch die Beisitzer zu sehr belastet werden. Solche speciellen Bestimmungen, wie sie Herr Grillenberger wünscht, sollte man nicht in das Gesetz aufnehmen, sondern der Entscheidung der Vorstände überlassen.

Die Abg. Hahn und Buhl widersprechen diesen Anträgen, welche mit großer Mehrheit abgelehnt werden.

Es folgt Abschnitt 4: Verfahren.

§ 63 handelt von der Feststellung der Rente: Der Anspruch auf Invalidenrente ist unter Beifügung der Quittungsarten und der sonstigen zur Begründung dienenden Beweismittel bei der unteren Verwaltungsbehörde anzumelden. Diese Verwaltungsbehörde soll die für den Wohnort des Antragstellers zuständigen Vertrauensmänner hören und auch dem Vorstand der Krankenkasse, welcher der Antragsteller angehört, Gelegenheit geben, sich zu äußern.

Abg. Richter beantragt, für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde einen Bezirksausschuß von Vertrauensmännern einzusetzen, welcher gutachtlich gehört werden muß.

Abg. Gebhard beantragt, eine Invalidenrente mit Beschränkung auf eine bestimmte Zeit, jedoch höchstens auf 2 Jahre, zu gewähren. Ferner will er durch Statut die Bestimmung zulassen, daß die untere Verwaltungsbehörde ihr Gutachten nach Zuziehung eines Vertrauensmänners auszusprechen habe.

Die Abg. Hise und Spahn beantragen, die gutachtliche Äußerung des Landrathes über Invaliditätsanträge überhaupt wegzulassen. Abg. Hise: Es ist bedenklich, daß die unteren Verwaltungsbehörden ein Gutachten über die Invalidität abgeben sollen. In dem Kreise wird also der Landrath darüber zu entscheiden haben, und ein politischer Beamter darf hierbei nicht mitreden, um so weniger, da er nicht im Stande ist, alle Arbeiter seines Bezirks zu kennen und sich also auf Informationen seiner Unterbeamten verlassen muß. Der Arbeiter wird nach diesen Bestimmungen das Gefühl haben, als ob er fortwährend beobachtet würde, und es wird sich thätig eine politische Ansicht entwickeln, die durch das Gesetz nicht beabsichtigt wird. Auf das Endurtheil der Schiedsgerichte kann man uns nicht verlassen, denn die Schiedsgerichte werden ebenso entscheiden, wie die Vorinstanzen. Die Tragweite des Antrages Richter läßt sich in diesem Augenblick noch nicht übersehen; es ist möglich, daß dadurch ein besser geordnetes Verfahren erreicht wird. Die Arbeiter dürfen nicht dem discretionären Ermessen einer Behörde bei ihren Ansprüchen auf Invalidität preisgegeben werden; diese Bestimmung allein kann vielleicht für mich maßgebend sein, gegen das ganze Gesetz zu stimmen; ein Mißtrauen gegen die Beamten will ich damit nicht aussprechen, aber das Gefühl, daß die Beamten nicht immer objectiv entscheiden werden, besteht in weiten Kreisen.

Abg. Schmidt-Eberfeld: Unser Antrag unterscheidet sich von dem des Abg. Gebhard wesentlich dadurch, daß wir nicht durch Statut die Zusammensetzung eines Collegiums von Vertrauensmännern auflösen wollen, sondern dieselbe obligatorisch in das Gesetz hineinbringen, und auch dadurch, daß wir noch die Vertreter der betreffenden Krankenkassen hineinziehen wollen. Nach der Fassung des Paragraphen soll den Vorständen der Krankenkassen nur Gelegenheit gegeben werden, sich zu äußern; die Entscheidung liegt aber doch schließlich bei den unteren Verwaltungsbehörden. Der Vorstand der Versicherungsanstalten wird immer den größten Werth auf das amtliche Gutachten der Behörden legen, nicht auf die Stimmen der Vertrauensmänner. Die untere Verwaltungsbehörde wird nicht erfreut über diese Befähigung sein. Der Landrath wird sich auch erst informieren müssen, und das wird in der Regel erfolgen durch den regierenden Genarum. Ob dieses Urtheil immer objectiv ausfällt, möchte ich bezweifeln. Man soll politischen Beamten nicht eine Entscheidung in diesen Dingen zuweisen, da die Antragsteller, die mit ihren Ansprüchen auf Invalidität abgewiesen werden, leicht auf den Gedanken kommen können, daß ihnen wegen ihrer politischen Stellung Unrecht geschehen sei; andererseits können auch die Ortsbehörden im Interesse der Verringerung der Armenpflege zu leicht die Invalidität auszusprechen. Es ist deshalb besser, das Gutachten nicht einer Person, sondern einem Collegium zu zuweisen, das zu bilden ist aus einem von der unteren Verwaltungsbehörde zu bestellenden Vorsitzenden, Vertretern der Krankenkassen und Vertrauensmännern in gleicher Zahl aus den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern.

Abg. Gebhard: Ich traue den unteren Verwaltungsbeamten zu, daß sie mit dem ernstesten Bestreben und in aller Objectivität an die Ausführung des Gesetzes im Interesse ihrer Bezirkseingesessenen gehen werden. Wie kann es bedenklich sein, daß sich ein Arbeiter mit seinen Anträgen auf Invalidität an seine vorgesetzte Behörde, den Landrath, wendet? Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer allein können für sich nicht objectiv entscheiden; deshalb müssen sie zu einem Collegium vereinigt werden. Die unteren Verwaltungsbeamten, wenn sie auch nicht alle ihre Bezirkseingesessenen kennen, werden doch immer besser informiert sein als der Vorstand der Versicherungsanstalt. Im Interesse der praktischen Ausführung des Gesetzes bitte ich daher um Abänderung des Antrages Hise. Unser Antrag verdient den Vorzug vor dem des Abg. Richter, weil er die statutarische Bestimmung über die Bildung eines Collegiums zuläßt. Nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse kann es an manchen Stellen schwierig sein, ein solches Collegium zu bilden, während an anderen Stellen keine Schwierigkeiten vorhanden sind; deshalb muß nach Lage der Verhältnisse das Statut darüber entscheiden. Wird ein solches Collegium gebildet, so werden die Arbeiter ein größeres Vertrauen in die Ausführung des Gesetzes setzen, und auf dieses Vertrauen ist das größte Gewicht zu legen. Wir beantragen sodann, in gewissen Fällen nur eine Rente auf Zeit zu gewähren, wenn nämlich der betreffende Rentenempfänger wieder arbeitsfähig wird. Es ist nöthig, in weitgehendem Maße eine Kontrolle über die Rentenempfänger zu üben, die allerdings außerordentlich schwer sein und die Folge haben wird, daß der Rentenempfänger sich fortgesetzt beunruhigt fühlt. Aus diesem Grunde muß die Kontrolle auf die unbedingt notwendigen Fälle beschränkt werden, und das will unser Antrag. Ich fürchte nicht, wie Andere, daß das Gesetz die freie Liebesthätigkeit und die Selbstfürsorge beschränken wird. Im Gegentheil wird nach dieser Richtung das Gesetz eine Mahnung sein und sich als solche bewähren. Aber die Befürchtung besteht, daß die Reue, sich Renten zu verschaffen, auf welche man keinen Anspruch hat, hervortreten wird. Es liegt darin kein Vorwurf gegen die Arbeiter; sondern die Reue, sich mühelos Erwerb zu schaffen, ist in allen Kreisen vorhanden, ist menschlich und psychologisch erklärlich, so daß darin kein Mißtrauen gegen die Arbeiter liegt. Diese an sich vorhandene Reue könnte in weiten Kreisen durch das Gesetz verbreitet und dadurch der Glaube an die Gerechtigkeit erschüttert werden, und tritt diese Reue in größerem Umfange ein, so wird eine Schmälerung der Bezüge der wirklich berechtigten erfolgen, oder wenn sie nach dem Gesetz nicht möglich ist, jedenfalls eine Steigerung der Beiträge. Wer also aufrichtig will, daß das Gesetz in vollstem Maße und in wohlwollendster Weise zur Ausführung kommt, muß alles begrüßen, was solche Mißbräuche verhindert, und das ist die Absicht unseres Antrages. Es kommen besonders in Betracht die Fälle, wo die Wahrscheinlichkeit einer dauernden Erwerbsunfähigkeit vorhanden, aber ein definitiver Beschluß noch außerordentlich schwer ist, und ferner die Fälle, wo von Anfang an wahrscheinlich ist, daß keine dauernde Erwerbsunfähigkeit eintritt. Hier ist die Bestimmung der Invalidität viel schwieriger, als bei der Ausführung des Unfallgesetzes, wo es sich nur um die Feststellung eines einzelnen Unfalls handelt. Eine solche Bestimmung, wie wir sie vorschlagen, wird auch den auf Rente Antragenden in allen den Fällen nützen, wo noch nicht sicher ist, daß der Betreffende erwerbsunfähig ist, aber zahlreiche Momente vorliegen, um die Rente wenigstens vorläufig zu gewähren. Man wird leichter eine Rente gewähren, wenn die Berechtigung derselben nach zwei Jahren von Neuem geprüft werden soll. Die Berechtigten werden dadurch nicht beeinträchtigt, da sie nicht nach Ablauf der zwei Jahre einen neuen Antrag auf Rente zu stellen brauchen, sondern die nochmalige Prüfung von Amtswegen erfolgt. Der

Rentenempfänger braucht also seinerseits nichts zu thun, um sich den Fortgang der Rente zu sichern. Nach der zweiten Prüfung soll die Rente dauernd sein.

Abg. Frohme wünscht, daß die Gutachten nicht auf die Vorstände der Zwangskassen beschränkt werden, sondern daß auch die Vorstände der freien Hilfskassen gehört werden. Die Auslassung der freien Kassen in diesem Betracht sei wohl nur auf ein Versehen zurückzuführen. Redner glaubt, daß die unteren Verwaltungsbehörden sich bei ihren Entscheidungen durch die politische Stellung des Arbeiters beeinflussen lassen.

Director Boffe: Nicht aus irgend einem Mißtrauen haben wir die freien Hilfskassen nicht aufgenommen, sondern nur deshalb, weil eine Äußerung des Vorstandes der freien Hilfskassen absolut keinen Sinn hat. Wie könnte wohl bei der Centralisation der freien Kassen z. B. der Vorstand in Hamburg gefragt werden, ob ein Mann in Konstanz invalid ist?

Abg. v. Kardorff: Die Theilnahme des Reichstags an diesen Verhandlungen scheint mir keine sehr lebhafte zu sein. Die Herren sind wohl etwas ermüdet. Ich darf aber eine Äußerung des Abg. Frohme nicht unbedacht lassen; ein Mißtrauen gegen die unteren Verwaltungsbehörden herrscht höchstens in den von Socialdemokraten aufgestellten Arbeiterkreisen. (Hoh! links.) Daß die Verwaltungsbehörden sich bei ihren Entscheidungen den Arbeitern gegenüber von politischen Rücksichten leiten lassen, ist absolut unrichtig; eine solche Behauptung ist unerhört. (Vizepräsident bittet den Redner, gegen ein Mitglied des Hauses den Ausdruck: unerhört, nicht zu gebrauchen.) Auch der Abg. Hise hat sich von einem Mißtrauen gegen die Landräthe nicht frei gehalten. Ich bin selbst Landrath, und kann Ihnen sagen, Sie würden den Landräthen den allergrößten Gefallen thun, wenn Sie ihnen nicht diese gewaltige Geschäftslast aufbürdeten. (Abg. Richter: Möchten wir gern!) Aber welcher Behörde wollen Sie denn überhaupt die ersten Ermittlungen übertragen? Selbst wenn Sie das Gutachten des Landrathes streichen, so werden die Schiedsgerichte schließlich doch eine Rückfrage an den Landrath stellen. Die Gefahr liegt in einer ganz anderen Richtung, nämlich darin, daß jeder Landrath bestrebt sein wird, möglichst die Arbeiter invaliditätsfähig zu lassen, um seinem Kreise möglichst viele Vortheile zu zuwenden. Der Schmidt'sche Antrag auf collegiale Vorentscheidung ist ganz dazu angethan, dieses ohnehin schon complicirte Gesetz noch complicirter und vollständig unburchführbar zu machen.

Abg. Windthorst: Das Wortum des Landrathes wird in den allermeisten Fällen das Entscheidende sein, und es unterliegt keinem Zweifel, daß so der Einfluß des Landrathes über die Arbeiterbevölkerung einen großen Zuwachs erhalten wird. Das würde ich nun keineswegs bedenklich finden, wenn wir nicht die Erfahrung gemacht hätten, daß die Herren Landräthe mehr, als ihnen selber lieb ist, in politische Bahnen gedrängt werden. Also nicht aus Mißtrauen gegen die Landräthe, sondern gerade um sie zu schützen gegen Zumuthungen, die sie selbst gern ablehnen möchten, empfehle ich Ihnen den Antrag Hise. Schließlich möchte ich wünschen, daß die Gutachten der Vertrauensmänner in schriftlicher, protocollarischer Form der Entscheidung unterbreitet werden. In dem Gesetz scheint mir das nicht ausgedrückt zu sein.

Director Boffe pflichtet der Auffassung des Abg. Windthorst in Bezug auf die schriftliche Einreichung der Gutachten der Vertrauensmänner bei. Eine besondere Forderung dieser Bestimmung haben die verbundenen Regierungen für überflüssig gehalten.

Abg. Strudmann hält auch das Mißtrauen gegen die unteren Verwaltungsbehörden, zu denen auch die Magistrate gehören, für unbegründet und tritt für den Gedanken einer vorläufigen Invalidität ein.

Abg. Hahn bezieht, daß von dieser Befugnis in der Regel auch dann Gebrauch gemacht werden könne, wo der Betreffende schon erkennbar erwerbsunfähig sei. Es würde kleinlich sein, die Landräthe nur deshalb nicht gutachtlich hören zu wollen, weil sie sich von politischen Rücksichten gegen die Arbeiter leiten lassen. Es komme nur darauf an, woher die Versicherungsanstalt die besten Informationen bekommen könne, und das seien die unteren Verwaltungsbehörden, also auch der Landrath.

Abg. Hise: Das Mißtrauen gegen die Landräthe mag ja unbegründet sein, aber es existirt nun einmal in Arbeiterkreisen. Wir wollen mit unserem Antrage den Landrath gerade gegen ein Vorurtheil schützen.

Staatssecretär v. Bötticher: Wenn der Vorredner das Mißtrauen gegen die Landräthe für unbegründet hält, dann sollte er nicht einen Antrag stellen, der, einmal angenommen, das Anerkenntnis enthielte, daß das Mißtrauen begründet ist. Ich weiß, daß Mißtrauen weit ab von dem sehr lehrreichen Stande der Landräthe. (Beifall rechts.) Es ist absolut kein Grund anzunehmen, daß die Landräthe auch nur am Niedereinstehen oder sonst nicht die Pflichten erfüllen, die ihnen ihr Amt auferlegt. Es liegt also kein Grund vor, dem Commissionsbeschluss nicht zuzustimmen. Auch hier wieder trägt man politische Gesichtspunkte in eine Frage hinein, die lediglich nach Zweckmäßigkeitseigenschaften beurtheilt werden muß. (Beifall rechts.)

Abg. Schrader: Um dem Einwande des Directors Boffe zu begegnen, beantrage ich, an Stelle des Vorstandes der freien Hilfskassen die örtlichen Verwaltungsstellen gutachtlich zu hören. Die Geschäftsbefugnis der unteren Verwaltungsbeamten wird durch die Voruntersuchungen außerordentlich gesteigert werden. Auf jeden Landrath dürften etwa 2 bis 300 Fälle, in Berlin auf das Polizeipräsidium 7 bis 8000 Voruntersuchungen kommen. Diese Geschäftslast reicht aus, eine Behörde vollständig zu beschäftigen. Die Frage wird sein, daß die Untersuchungen nicht von den höheren Beamten, sondern den unteren Organen geführt werden müssen. Daß die Landräthe und speciell die preussischen in großem Umfange von ihrer Stellung als politische Beamte Gebrauch machen, ist ja offenbar; aber ich theile doch die Bedenken des Abg. Hise in dieser Hinsicht nicht in dem Maße, weil ich das Vertrauen habe, daß die gegenwärtigen Zustände doch einmal aufhören, und der Landrath sich weniger als politischer Beamter fühlen wird. Unser Antrag ist vielmehr aus dem Bestreben hervorgegangen, Einrichtungen zu treffen, durch welche die Voruntersuchungen und Entscheidungen gründlich und sachgemäß erfolgen. Vor dem Antrag Gebhard verdient der unsrige deswegen den Vorzug, weil wir das, was wir für notwendig halten, gleich in dem Gesetze aussprechen wollen. Den Antrag des Abg. Gebhard auf zeitweise Rente empfehle ich ebenfalls.

Abg. Frohme (Soc.): Die Einwendungen des Directors Boffe gegen unseren Antrag sind nicht zutreffend. Es handelt sich nur um eine Vorzugung der Zwangskassen gegen die freien Hilfskassen. Diese Maßregel gehört zu denen, mit welchen man überhaupt den freien Hilfskassen beizukommen sucht. Das Mißtrauen gegen die Landräthe befindet sich nicht bloß auf Seiten der Socialdemokraten, auch die Abgg. Hise, Windthorst und Schrader haben sich in gleichem Sinne geäußert. Wer in den Kreisen der Arbeiter selbst steht, kann mit gutem Gewissen behaupten, daß dieses Mißtrauen nicht ganz unbegründet sei; mit dieser Thatsache muß man rechnen.

Director Boffe: Von Maßregeln gegen die freien Hilfskassen ist uns nichts bekannt. Die freien Hilfskassen und die örtlichen Verwaltungsstellen passen nicht in den Rahmen dieses Gesetzes.

Abg. Richter: Warum man gerade durch den Landrath auf die beste Weise zu den Informationen kommen soll, ist von keiner Seite dargelegt. Ich kenne auch die ländlichen Verhältnisse und die landrätlichen Gesetze, und bestreite auf das Allerentschiedenste, daß dies der richtige Weg ist. Die Landräthe haben gar nicht so viel Zeit, auf eigener Anschauung und Kenntniss der Verhältnisse begründete Gutachten abzugeben. In Berlin würden mehrere Räte und Subalternbeamte nöthig sein, um die Arbeit gewissenhaft zu beforschen, und ähnlich liegen die Verhältnisse beim Landrath. Aus der Annahme des Antrages Hise ist nicht der Schluss auf Anerkennung des Mißtrauens gegen die Landräthe zu ziehen. Aber bei uns in Preußen ist thätiglich das Mißtrauen gegen die Landräthe, welche leider ihre politische Stellung benutzen, wo sie nicht hingehört, nicht unbegründet. Auf anderem Wege läßt sich die Sache praktischer und besser machen. Versuchen Sie die Landräthe mit dieser Last; der Apparat der Bureaucratie muß immer stärker anwachsen, wenn Sie diesen Beamten immer mehr aufspaden. Im Interesse der Landräthe selbst bitte ich Sie, den Antrag Hise anzunehmen.

Staatssecretär v. Bötticher: Die Landräthe haben sich bei der Unfallversicherung ganz vorzüglich bewährt, und man wird deshalb wahrscheinlich darauf kommen, sie auch als die untere Verwaltungsbehörde zu bezeichnen, welche bei der Begutachtung mitzuwirken hat. Es steht das aber noch keineswegs fest; die Landes-Centralbehörden haben ja die untere Verwaltungsbehörde zu bestimmen; es liegt also die Möglichkeit vor, auch andere Behörden als die Landräthe zu wählen. Wenn wirklich ein Mißtrauen gegen die Landräthe in den betreffenden Arbeiterkreisen vorhanden sein sollte, dann sollte Jeder, der es mit dem Lande gut meint, das Miß-

trauen zerstreuen und nicht durch einen solchen Antrag dazu mitwirken, daß dasselbe neue Nahrung erhält. (Beifall rechts.)

Abg. Gebhard: Vernünftigerweise wird man immer den Landrath hören; er wird immer derjenige sein, der am besten über die Verhältnisse Bescheid weiß. Unser Antrag will Befestigung der Schreiberei und Vereinfachung des Verfahrens.

Abg. Hise: Wenn die Thatsache des Mißtrauens gegen die Landräthe besteht, dann rechne ich damit, wenn ich dasselbe auch nicht theile. Die Schlussfolgerung, die der Staatssecretär aus der etwaigen Annahme des Antrages zieht, ist deshalb nicht begründet.

Unter Ablehnung aller Anträge wird § 63 unverändert angenommen; ebenso werden ohne Debatte die §§ 64—66 angenommen.

Nach § 67 soll gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts nur die Revision zulässig sein.

Die Abg. Hise und Spahn, sowie Abg. Debel beantragen, statt der Revision die Berufung zuzulassen.

Abg. Meister weist darauf hin, daß die große Zahl der Mitglieder der freien Kassen an der Wahl der Schiedsgerichte nicht theilnehme, daß diese daher kein richtiges Vertrauen zu den Schiedsgerichten haben könnte; deshalb solle man die Berufung gegen die schiedsgerichtliche Entscheidung zulassen, wie dies bei der Unfallversicherung bereits der Fall sei. Das Reichsversicherungsamt hat sich ein großes Vertrauen bei den Arbeitern erworben.

Abg. Hise tritt ebenfalls für die Einführung der Berufung ein und hebt hervor, daß das Reichsversicherungsamt sich das Vertrauen der Arbeiter erworben habe.

Die Anträge werden abgelehnt; dagegen wird ein Antrag Borch angenommen, wonach die Berufung nicht nur bei Nichtanwendung oder falscher Anwendung des bestehenden Rechts und bei wesentlichen Mängeln des Verfahrens, sondern auch dann eingelegt werden kann, wenn die Entscheidung auf einem Verstoß wider den klaren Inhalt der Acten beruht.

Ohne Debatte erledigt dann das Haus noch die §§ 69 bis 83, welche u. A. die Vorschriften über das Rechnungsbureau enthalten, und verlegt um 4½ Uhr die weitere Berathung bis Donnerstag 12 Uhr.

Landtag.

* Berlin, 10. April. Das Abgeordnetenhaus hielt heute seine letzte Sitzung vor den Osterferien. Nach Erledigung einiger Petitionen kam der Antrag der Dänen Johannsen und Lassen wegen Aufhebung einer die dänische Unterrichtssprache betreffenden Oberpräsidialverordnung zur Verhandlung. Derselbe wurde nach kurzer Debatte abgelehnt, nachdem der Cultusminister festgestellt hatte, daß der Oberpräsident im vollsten Einverständnis mit ihm vorgegangen sei. Der Antrag wegen Befestigung der fischalischen Brückenzölle wurde der Budgetcommission überwiesen. Nächste Sitzung am 30. April.

Abgeordnetenhaus. 54. Sitzung vom 10. April. 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Gohler.

Eingegangen ist ein Antrag der Abgg. v. Dziembowski und Gen. auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die Befestigung der durch die Hochwasser im Frühjahr des Jahres 1889 herbeigeführten Verheerungen.

Ueber die Petitionen von Justizsubalternbeamten wegen Verbesserung ihrer Lage, geht das Haus nach dem Antrage der Justizcommission zur Tagesordnung über.

Es folgt die Berathung des Antrages der Abgg. Johannsen und Lassen, der dahin geht, die Anweisung des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein vom 18. December 1888, betr. den Unterricht in den nordfriesischen Volksschulen, aufzuheben.

Abg. Lassen (Däne): Die Verfügung des Oberpräsidenten ist gleichbedeutend mit der vollständigen Ausschließung der dänischen Sprache aus den nordfriesischen Volksschulen. Wir haben unser Ziel, die bisher geltenden Bestimmungen weiter bestehen zu lassen, auf dem gewöhnlichen Wege nicht erreichen können und unterbreiten Ihnen deshalb diesen Antrag, nachdem auch eine Deputation abschlägig vom Cultusminister beschieden ist. Die Instruction verfügt geradezu gegen die Verfügung; nicht einmal der Religionsunterricht soll ausschließlich in dänischer Sprache erteilt werden, sondern in zwei Stunden in deutscher Sprache, während doch die meisten Kinder des Deutschen gar nicht so mächtig sind, um die ersten Religionsbegriffe auffassen zu können. Die Bevölkerung Schleswigs wird bald sittlich, religiös und kirchlich in Verfall gerathen, wenn die Verfügung nicht aufgehoben wird. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Minister v. Gohler: Der Vorredner geht von der Ansicht aus, daß das Vorgehen des Oberpräsidenten gesetzlich unzulässig sei, daß es gegen die Verfassung verstoße. Art. 112 der Verfassung spricht ausdrücklich davon, daß bis zum Erlasse eines Gesetzes es hinsichtlich des Schulunterrichts bei den bis dahin geltenden Bestimmungen bleiben soll. Als die preussische Verfassung in Schleswig eingeführt wurde, galt damals eine Verordnung, durch welche der Minister berechtigt war, innerhalb der neu erworbenen Landestheile dieselben Maßregeln einzuführen, wie in den alten Landestheilen. Auf Grund dieser allgemeinen Verordnung sind die Verfügungen über die Lehrpläne getroffen. Der Vorredner und seine Freunde haben es wesentlich durch ihr Auftreten in sprachlicher Hinsicht erreicht, daß die Schulverwaltung und die politischen Behörden eingehender auf ihre Thätigkeit Acht haben und versuchen müssen, die Quellen der Agitation zu verstopfen, namentlich auf dem Gebiete der Volksschule. Die Unterrichtsverwaltung ist nicht weiter gegangen, als sie in schulfachlicher Hinsicht gehen muß. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Die Regierung ist in keiner Weise gewillt, dem Antrage entgegenzukommen; sie wird unentwegt an den staatsrechtlichen Grundbegriffen festhalten, die sie im Interesse der Einheit des Staates für notwendig erachtet.

Abg. Jürgensen (natl.): Ich halte die betreffende Verfügung für vollständig correct und richtig, und ein großer Theil der nordfriesischen Bevölkerung ist gleichfalls mit den Maßregeln der Regierung vollständig zufrieden, wie mir zahlreiche Briefe aus meiner Heimat beweisen. Ich wünsche, daß die gegentheilige Agitation in der dortigen Gegend aufhöre, und bitte Sie, den Antrag abzulehnen. (Beifall.)

Nachdem noch der Abg. Johannsen für den Antrag eingetreten, wird der letztere mit großer Majorität abgelehnt.

Es folgt die Berathung des Antrages v. Liebermann, betreffend die Befestigung der fischalischen Brückenzölle.

Abg. Olzem (natl.): Der Antrag ist ein alter Bekannter des Hauses, und wiederholt hat dieses sich für die Aufhebung der Zölle entschieden; denn ebenso wie die Aufhebung des Schaufeelgeldes ist die der Brückenzölle gerechtfertigt. Diese wirken hindernd und hemmend für den Verkehr und deshalb volkswirtschaftlich nachtheilig. Jeder Anhänger unserer Socialpolitik wird ferner für die Aufhebung der Brückenzölle stimmen müssen, da sie besonders die kleinen Leute belasten. Unsere gegenwärtige Finanzlage ist auch so, daß das früher gegebene Versprechen des Wegfalls der Brückenzölle heute eingelöst werden kann, und daß endlich ein Zoll abgeschnitten wird, der nicht mehr in unsere Zeit paßt.

Sehr geehrte Rath Schmidt: Der Finanzminister Bitter hat früher nur persönlich erklärt, daß er gegen die Befestigung der Zölle nichts habe. Er hat damals dem Project nicht näher treten können, weil die finanzielle Lage es verbot. Es kommen heute an fischalischen Brückenzölle 300.000 M., während über 400.000 M. zur Unterhaltung der Brücken notwendig sind. Die Regierung kann deshalb dem im Antrage ausgesprochenen Wunsch nicht Folge geben; gleichwohl wird sie da, wo der Ertrag der Zölle nicht mit der Befestigung des Verkehrs im Einklang steht, einer Aufhebung nahe treten.

Abg. von Tiedemann-Bonst (fr.) bittet, den Antrag zur Vorberathung in die Budgetcommission zu verweisen, und bemerkt, daß er sehr erhebliche materielle Bedenken gegen denselben habe.

Abg. Berger weist darauf hin, daß man bei der Aufhebung der Schaufeelgeld nur die Brückenzölle vergessen habe, und bittet um Annahme des Antrages.

Abg. Graf Limburg-Stirum (cons.) bemerkt, daß die Aufhebung des Schaufeelgeldes ein Fehler gewesen sei, den man jetzt durch Aufhebung des Brückenzolls nicht noch größer machen dürfte.

Abg. Stökel bittet um Annahme des Antrages.

Geh. Oberfinanzrath Lehner: Die finanzielle Seite ist für die Regierung nicht entscheidend. Gerade mit Hinsicht auf den guten diesjährigen Etat sind wir bei der dritten Berathung von Mitgliedern dieses Hauses zur Sparsamkeit ermahnt. In der Fürsorge für die kleinen Leute wird

die Regierung durchaus nicht unter den Willkürherrschaften dieses Hauses zurückstehen, aber die Brückenwerke werden auch von Wohlhabenden getragen. Bei Wegfall der Brücke würde wahrscheinlich auch der Bau neuer Brücken sehr langsam vor sich gehen. Ich bitte gleichfalls, den Antrag abzulehnen. Der Antrag wird der Budgetcommission zur Vorberatung überwiesen. Präsident v. Koller: Ich schlage dem Hause vor, sich zu vertagen. Nach der Lage unserer Geschäfte fühle ich mich nicht in der Lage, noch eine Sitzung vor den Osterferien dem Hause vorzuschlagen. (Zustimmung.) Die Regierungsvorlagen sind bis auf drei, die zum Theil erst in allerlester Zeit dem Hause zugegangen, erledigt, und die Beratung der noch vorliegenden Einträge wird von den Antragstellern selbst ausgedehnt nicht gewünscht. Eine Fortsetzung unserer Beratungen scheint deshalb nicht angezeigt. Ich schlage deshalb vor, die nächste Sitzung Dienstag, den 30. April, Mittags 12 Uhr, abzuhalten. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, den 30. April, 12 Uhr. (Petitionen, kleine Vorlagen.)

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 10. April. Heute Nachmittag sind die beiden ersten Reichstagspräsidenten v. Levetzow und Buhl von der Kaiserin Friedrich empfangen worden. Der Sitzung präsidirte der zweite Vizepräsident v. Unruhe (Bomfi).

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Aufhebung des Verbots der „Volkszeitung“. Die sofort heute Abend ausgegebene Nummer enthält eine Ansprache, überschrieben „An unsere Freunde!“, welche triumphirend die Freigabe meldet: Der lange geplante Stoß auf Leben und Tod sei abgeklungen an der stählernen Rüstung ihres guten Rechts. Es soll fortan ihre ganze Kraft eingesetzt werden, da gefürchtet und gehäht zu bleiben, wo ihre frühere Thätigkeit im Dienste des Volks sie gefürchtet und gehäht gemacht hat. „Wir sind und wir werden sein, wie wir alle Zeit gewesen sind, und wie wir, wie unsere Freunde die alten geblieben sind, so bleibt auch unser Programm das alte. Wir stehen auf dem Boden des verfassungsmäßigen Rechts im Reich und Staat, wir achten jedes verfassungsmäßige Recht und wir erfüllen jede verfassungsmäßige Pflicht, aber den gesetzmäßigen Ausbau, die geschichtliche Entwicklung der vaterländischen Zustände kennen und unterstützen wir nur in einem Sinne, nur im Sinne des alten demokratischen Wahlspruchs: „Alles für das Volk und alles durch das Volk“. Und wie auf politischem, so halten wir auch auf sozialem Gebiet fest an unseren alten Bestrebungen. Es ist nicht wahr, was während der Zeit unserer Unterdrückung verleumdende Zeitungen zu jäheln nicht müde wurden, daß wir mit demagogischen Schlagworten den sozialen Unfrieden zu nähren versucht haben. Wir sind nichts als die Opfer der schändlichsten Verleumdung, wenn uns nachgeredet wird, daß unsere sozialpolitische Forderung der vollen politischen Freiheit der arbeitenden Klassen und einer tiefgreifenden Schutzgesetzgebung für dieselben eine andre Wirkung und andre Zwecke haben könne, als der modernen Arbeiterbewegung den einzig möglichen Weg einer friedlichen Entwicklung zu sichern.“ — Gleichzeitig meldet die „Volkszeitung“: „Wie wir schon von unserm Rechtsanwalt erfahren, ist das in der Untersuchungssache wider Oldenburg und Genossen wegen der Leitartikel zum 15. Februar und 9. März gegen die beiden Redacteure der „Volkszeitung“ Goldheim und Lebebur eingeleitete Zeugniß-Zwangsverfahren von der Staatsanwaltschaft zurückgezogen worden. Gezeichnet ist die Nummer von Mehring.“

Wie die „Post. Ztg.“ erfährt, ist über den Beschluß der Reichscommission, welcher das Verbot des fernern Erscheinens der „Volkszeitung“ aufhebt, noch während des gestrigen Abends dem Kaiser und dem Reichskanzler Bericht erstattet worden. Die mit Gründen versehene Entscheidung, welche im Gegensatz zu den gerichtlichen Entscheidungen die Namen der Mitglieder, welche an der Sitzung theilgenommen, verschweigt, trägt allein die Unterschrift des Vorsitzenden der Reichscommission.

Die Reichscommission für das Socialistengesetz hat in derselben Sitzung, worin das Verbot der „Volkszeitung“ aufgehoben wurde, auch das Verbot des Flugblattes „An alle Maurer“ aufgehoben.

Zu dem Telegramm des „Standard“ aus Washington, wonach Bismarck Amerika vorgeschlagen habe, die Flotten beider Marinen vor Samoa nicht erheblich zu verstärken, bis die Entscheidung der Berliner Konferenz erfolgt sei, bemerkt die Kreuzzeitung, daß von einer Absicht, die Flotte zu verstärken, hier überhaupt nichts bekannt sei.

In Newyork wird, wie den „Daily News“ gemeldet wird, sehr bezweifelt, daß Fürst Bismarck den amerikanischen Delegirten Bates empfangen werde, weil derselbe nach seiner Ernennung im Aprilheft des „Century Magazine“ einen Artikel veröffentlicht, worin Deutschland und das Verhalten seiner Vertreter in Samoa scharf angegriffen wird.

Die Begründung der von der Civilgesetzbuch-Commission ausgearbeiteten Grundbuchordnung für das Deutsche Reich ist unter der Controle des Geh. Ober-Justizraths Johow fertiggestellt. — Zur Ausarbeitung der noch ausstehenden Begründung des Entwurfs des Zwangsversteigerungsgesetzes ist vom stellvertretenden Vorsitzenden der Commission der bisherige Hilfsarbeiter der letzteren, Oberlandesgerichtsrath Achilles, welcher mit den Vorarbeiten betraut war, in Vorschlag gebracht worden. Es ist zweifellos, daß, wie die übrigen Theile des bürgerlichen Gesetzbuches, so auch der letztere Entwurf der Öffentlichkeit übergeben werden wird.

Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Entwurfs, betreffend die Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse der Provinz Schlesien trat heute in die Specialberatung der Vorlage ein. Für Art. 1 beantragte Abg. von Schalka (C.) folgende Fassung: Die Verbindlichkeit für die Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in der Provinz Schlesien geht auf die Provinz über. — Winkelberg (nld.) will den Artikel 1 wie folgt formulieren: „Auf Antrag oder mit Zustimmung des Provinzialausschusses kann nach Anhörung des Kreisauausschusses und der Kreisräthe die Verbindlichkeit zur Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse oder einzelner Theile derselben denjenigen Kreisen übertragen werden, in deren Bezirken sich das Gewässer befindet, und welche zu dem Zwecke zu einem Verbande vereinigt werden“, während Abg. v. Holz (C.) für Article 2 folgende Fassung vorschlägt: „Wird gegen diese Uebertragung seitens des Kreisauausschusses oder des Kreistages wegen nicht gehörigen Ufer- und Räumungszustandes Einspruch erhoben, so kann der Kreisverband erst nach vorgängiger, seitens der bisher Verpflichteten zu bewirkender Instandsetzung des Flusses zur Unterhaltung verpflichtet werden. Soweit hierfür nach dem Ermessen der Ressortminister die Leistungsfähigkeit oder die Verpflichtung der Beteiligten nicht ausreicht, können Staatsmittel an den Kreisverband zur gehörigen Instandsetzung des Flusses gewährt werden und den Kreisen hiermit die Verpflichtung zur Unterhaltung des hergestellten Zustandes übertragen werden.“ — Abg. Ebertz (hr.) schlägt vor, Art. 1 von den Worten „Theilen derselben“ folgendermaßen zu fassen: „denjenigen

Kreisen übertragen werden, deren Gebiet das Gewässer durchfließt. Befindet sich das Gewässer im Gebiet nur eines Kreises, so werden die Kosten der Unterhaltung zu einem Drittel von dem Kreise, die übrigen Kosten von der Provinz und vom Staate getragen.“ — Nach dreistündiger Discussion kam es heute noch nicht zur Abstimmung, vielmehr wurden die weiteren Verhandlungen bis nach Ostern vertagt, damit in der Zwischenzeit die Abgeordneten mit den betreffenden Kreisen Fühlung zu nehmen in der Lage sind.

Die Unterrichts-Commission hat über die Regelung der Schulpflicht nunmehr schriftlichen Bericht erstattet; sie beantragt, die Regierung zu ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Beginn und das Ende der Schulpflicht für den preussischen Staat geregelt wird, und zwar mit der Maßgabe, für den Beginn das vollendete 6. und für das Ende das vollendete 14. Lebensjahr festzusetzen mit der Befugniß für die Schulaufsichtsbehörden, aus örtlichen und persönlichen Gründen die Termine hinausschieben zu können.

Am 28. April 1888 hatte die „Freis. Ztg.“ die Mittheilung gebracht, Fürst Bismarck, der vom Kaiser Friedrich den Herzogstitel erhalten sollte, habe denselben aber mit Rücksicht auf seine materiellen Verhältnisse abgelehnt. Drei Tage später fand sich im Beiblatt der „Freis. Ztg.“ ohne Bezugnahme auf den anderen Artikel eine Briefkastennotiz folgenden Inhalts: Westfalen. Wir wissen nicht, ob Professor Biedermann den Wink verstanden und eine weitere Sammlung für den unbemittelten Millionär eingeleitet hat. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage, weil, wenn man beide Artikel in Verbindung bringe, der zweite Artikel Bismarck als einen durch eine Sammlung aufzubehenden, unbemittelten Millionär im Auge habe; denn es sei notorisch, daß sich Biedermann in Leipzig hervorragend an der Sammlung zur Bismarckspende betheiligt. Der Gerichtshof erkannte heute unter kostenloser Freisprechung an, daß die beiden Notizen zwar im Zusammenhange stehen und die Worte vom armen, unbemittelten Millionär sich auf den Fürsten Bismarck beziehen müßten, hierin allein aber eine Beleidigung des Fürsten Bismarck nicht gefunden werden könne; objectiv liege keine Beleidigung vor.

Nach der „Post“ entbehren die Nachrichten über den bevorstehenden Personenwechsel im Oberhofmarschall- und Ober-Ceremonienamt der Bestätigung, jedenfalls hinsichtlich des ersteren. Herr v. Riebenau wird nach Beendigung einer vierwöchentlichen Badercur Ende April seinen Dienst wieder übernehmen.

Nach der Kreuzzeitung sind die Erörterungen über die neue Hoftracht auch für nicht uniformirte Eingeladene noch nicht abgeschlossen.

Ein Consortium französischer und russischer Capitalisten plant eine Telephonverbindung zwischen Berlin, Moskau und Warschau.

Der plattdeutsche Dichter Burmeister, der Verfasser von „Harten Lena“, hat sich, wie der „Post“ aus Tübingen gemeldet wird, wegen Mittellosigkeit im Sachsenwalde erhängt.

Anknüpfend an die Nachricht, daß Prof. Dr. Schweinfurth nach einer dreimonatlichen sehr erfolgreichen Forschungsreise im Innern Süd-arabiens am 23. März in Aden eingetroffen ist, schreibt Dr. Ewald Glaser der „Nat.-Ztg.“: Leider scheinen die Erfolge, so bedeutend sie auch sein mögen, für die weiteren Forschungen in Süd-Arabien theuer erkauft worden zu sein. Ich erhielt nämlich unter dem 7. März seitens eines in San'a etablirten italienischen Kaufmanns Mittheilungen, daß die Reise des Herrn Dr. Schweinfurth von den Behörden zum Anlaß genommen wurde, sowohl diesem wie allen künftigen wissenschaftlichen Forschern fortan zu unterlagen, weiter als bis zur Stadt Renaka, halbwegs zwischen Hodeyda und der Vilajethauptstadt San'a, vorzubringen. In der That wurde mir in einem großen eingelaufenen Schreiben eines meiner arabischen Freunde vom 13. März 1889 die unangenehme Nachricht gemeldet, daß die Behörde einem im Vilajet befindlichen „preussischen Reisenden“ (Prof. Schweinfurth) die Erlaubniß verweigerte, nach San'a zu gehen, so daß er genöthigt gewesen sei, nach der Küste, vermuthlich Hodeyda, zurückzukehren. Offenlich gelang es Schweinfurth trotzdem, auf dem Landwege nach Aden zu kommen, was für die botanische Kenntniß jenes Landstrichs auch trotz der Reiten anderer Botaniker (Dorsal, Botha und Desfers), welche eine Theilstrecke dieser Route und trotz der Touren des Italiensers Manzoni und meiner Wenigkeit, welche den in Frage stehenden Landstrich zu topographischen Zwecken bereisten, von sehr erheblicher Bedeutung wäre. Das würde wenigstens den Verlust, daß künftighin kein Reisender mehr in das Innere des Vilajets vordringen darf, weniger fühlbar machen, obgleich noch in allen Theilen Süd-arabiens großartige wissenschaftliche Schätze zu heben sind.

!! Wien, 10. April. *) Im Abgeordnetenhaus ereignete sich heute bei Beratung des abgeänderten Wehrgesetzes eine sensationelle Scene. Der Antisemit Türk bemerkte, die Majorität des Parlaments halte nur aus Interesse an dem deutschen Bündnisse fest und fügte hinzu: Gott behüte Deutschland, auf Oesterreichs Hilfe angewiesen zu sein; es würde nur eine laue oder gar keine Hilfe bekommen. (Bewegung.) Plover wies unter allgemeinem Beifall darauf hin, daß die Antisemiten das Ansehen Oesterreichs vor dem Ausland auf das Empfindlichste schädigen, die Armee erniedrigen und den Werth des Bündnisses, auf welches der Deutsche Kaiser, der Reichskanzler und die hohen Generale hohen Werth legen, herabsetzen. Es sei tief bedauerlich, daß die sogenannten Deutschenationalen (Rufe links: „sogenannte“) das Bündniß so verächtlich behandeln und zugleich die patriotische Pflicht jedes Abgeordneten hintansetzen. Die Regierung sollte derartige auf das Entchiedenste zurückweisen. (Stürmischer Beifall.) Minister Belfersheim bedauert, daß sich im Abgeordnetenhaus Stimmen finden, welche die Selbstachtung, die wir uns und dem Staate schuldig sind, heruntersetzen. Er halte es unter seiner Würde, auf die Aeußerungen Türks näher einzugehen, er begnüge sich jedoch auf das Freudige die kräftigen Worte des Vorredners und schließt sich denselben an. Er halte damit diesen Herrn für abgethan. (Lebhafter Beifall.) Hierauf erhoben sich nach einander die Obmänner sämtlicher Fractionen des Hauses: Rieger, Janowski, Prinz Liechtenstein, Coronini, Graf Hohenwart und Steinwender, um mehr oder minder scharf gegen die Aeußerung Türks zu protestiren. Selbst der Antisemit Fieglsch schloß sich zur Erklärung veranlaßt, daß Türk nicht im Namen des Verbandes gesprochen habe. Endlich sprach noch der Präsident seine Mißbilligung und Rüge aus. Türk behauptete, die thatsächliche Berichtigung Plovers habe seine Worte verdreht, was aber allseitigen stürmischen Widerspruch hervorrief. Hiermit war der Zwischenfall geschlossen.

!! Wien, 10. April. Ueber die Verschiebung der russischen Truppen nach den westlichen Gouvernements meldet die „Russ. Corr.“ aus Kiew: In Podoilien und Wolhynien sind bereits 8 ukraine und 6 kubanische Kosaken-Regimenter eingetroffen und escaadronweise in den Dörfern einquartiert. In Uman sind 3 Dragoner-Regimenter eingetroffen und mehrere kubanische Kosaken-Regimenter sind auf dem Marsch nach Proskow an der österreichischen Grenze begriffen. In Folge des strengen Winters mußte auf dem Marsche Halt gemacht werden.

t. Paris, 10. April. *) Im Odeontheater ohrfeigte gestern Redacteur Vervoot von der „Presse“ den Führer der äußersten Linken

Naret, der aber Vervoot's Schwester, die Rochefort nach Belgien begleitet hat, Ehrenrühriges im „Radical“ geschrieben hat.

m. Washington, 10. April. *) Blaine nahm vorbehaltlich des Ergebnisses der Konferenz den Vorschlag Bismarcks an, die Seestreitkräfte in Samoa nicht zu vermehren.

*) Für einen Theil der Auflage wiederholt.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 10. April. Eine Melbourneur Mittheilung der „Nordb. Allg. Ztg.“ plaidirt für die Errichtung eines deutsch-australischen Bankinstituts, welches von Australien sympathisch begrüßt werden und die Handelsbeziehungen zu Deutschland beträchtlich heben würde.

Berlin, 10. April. Die „Berl. Pol. Nachr.“ melden: Die Einkommensteuernovelle dürfte nach der Annahme parlamentarischer Kreise dem Abgeordnetenhaus während der Osterpause zugehen. Die erste Lesung sei den 6. Mai in Aussicht genommen. Außerdem sei mit Sicherheit die Vorlage eines Gesetzes über die Verwendung der einbehaltenen Staatsleistungen, der sogenannten Spargelder, zu erwarten. Man werde die Vorlage in dem festen Vertrauen erwarten dürfen, daß die kirchlichen und die staatlichen Interessen zu ihrem vollen Rechte gelangen werden.

Wien, 10. April. Das Abgeordnetenhaus nahm den Gesetzentwurf, betreffend den Bau der Eisenbahn Taslo-Rzesow auf Staatskosten an und genehmigte, daß behufs der Deckung der Kosten die der Regierung gehörigen Buchtiehader Actien Litt. B. in Höhe bis zu 2300 000 Gulden verkauft werden. Prinz Liechtenstein beantragte mit Unterstützung aller Seiten des Hauses, das Ersuchen an die Regierung zu richten, dieselbe möge dafür eintreten, daß Oesterreich-Ungarn auf den Antrag der Schweiz wegen internationaler Regelung des Arbeiterzuschusses eingehe.

Abgeordneter Pfarrer Weber hat sein Mandat niedergelegt.

Wien, 10. April. Das Abgeordnetenhaus nahm mit zwei Dritteln Mehrheit das Wehrgesetz mit den Amendements des ungarischen Reichstages an.

Budapest, 10. April. Das Oberhaus nahm das Wehrgesetz in der Generaldebatte und Specialdebatte der zweiten und dritten Lesung unverändert an.

Bern, 10. April. Da bei der Beratung des Ausschusses des Nationalraths für den Auslieferungsvertrag mit Oesterreich-Ungarn sich Schwierigkeiten ergaben, beschloß der Nationalrath, die Beratung desselben bis zur Juni-Session zu vertagen.

Luzernburg, 10. April. Die Staatsminister und die übrigen Mitglieder der Regierung reisen heute Vormittag dem Herzog von Nassau bis zur Grenzstation Wasserbillig entgegen. Die Staats- und Privatgebäude prangen im Flaggenschmuck. Die Gideleistung des Herzogs auf die Verfassung findet morgen Nachmittag 3 Uhr vor der versammelten Kammer statt.

Luzernburg, 10. April. Der Herzog wurde an der Landesgrenze von dem Staatsminister Gysen willkommen geheißen, der dem Herzoge für die dem Lande geleisteten Dienste dankte und den Wunsch aussprach, das Haus Nassau möge dem Vaterlande Gedeihen und Glück bringen. Der Herzog dankte, indem er seine herzlichen Sympathien für das Land ausdrückte. Während der ganzen Fahrt war auf allen Stationen Volksmengen versammelt, die dem Herzog jubelten. Die Glocken läuteten, Böllerschüsse wurden gelöst. Der Regent trug die Uniform des Chefs der ehemaligen Nassauischen Armee, der Erbprinz österreichische Kaiseruniform mit Generalsabzeichen. In der Anrede beim Empfange des Staatsrathes erklärte der Präsident desselben gegenüber dem Herzoge, das Land sei glücklich, die Regentenschaft mit dem Prinzen und Kronerben vereinigt zu sehen, und daß die Fortsetzung der Union mit dem Hause Nassau dem Lande Jahre glücklicher Freiheit bringen möge. Nachdem der Regent die gemeldete Erwiderung gegeben hatte, trat er hinaus auf den Balcon und dankte den immer wiederholten Zurufen der Menge. Zuletzt fand der Vorbeimarsch der Freiwilligen-Compagnie statt.

Luzernburg, 10. April. Der Herzog ist um 2 Uhr angekommen. Der Einzug in die Stadt gestaltete sich äußerst festlich; die Bevölkerung bildete vom Bahnhof an dicht gedrängt Spalier, fortwährend „Vive!“ oder „Hoch!“ rufend; nur vereinzelt hörte man den Ruf: „Vive le régent!“ Im Schlosse, wo die Regierungsräthe den Herzog empfingen, erfolgte alsbald die Vorstellung des Kammerpräsidenten. Später fand ein Diner statt, an dem nur die nächste Umgebung Theil nahm. Bei Empfang des Staatsrathes erklärte der Herzog, er bringe dem Lande seine ganze Sympathie entgegen, und hoffe, in nicht ferner Zeit auch die des Landes zu erwerben, er sei bereit, für das Land den letzten Tropfen seines Herblutes herzugeben.

Luzernburg, 10. April. Nach der Ankunft des Ertrages verließen der Herzog und der Erbprinz und darauf der Staatsminister Gysen den Salonwagen. Auf dem Perron hatte eine Compagnie Freiwillige Aufstellung genommen, deren Musikcorps die Volkshymne anstimmte. Der Herzog schritt die Front ab, bestieg dann den Wagen mit dem Erbprinzen, der zu seiner Linken Platz nahm, während Staatsminister Gysen auf dem Rücksitze saß. In fünf weiteren Wagen folgten die Mitglieder der Regierung und des Staatsrathes, der Adjutant und das Gefolge.

Bukarest, 10. April. Floresco lehnte die Bildung des Ministerraths ab. Der König berief aufs neue Catargi.

Locale Nachrichten.

Breslau, 10. April.

Δ Evangelischer Frauen- und Jungfrauen-Verein „Martha“. Am Sonntag beging der Verein die Feier seines 5. Jahresfestes in würdiger Weise. Pastor Schubart hielt die Festrede, Professor Dr. Nojed einen Vortrag über die „Frauen im Hohenzollernhaus“.

Δ Bezirksverein der inneren Sanitätsanstalt. Am Freitag, den 12. d. Mts., Abends 8 Uhr, findet die nächste Versammlung in Hennigs Restauration (Hinterbleiche 7) statt. Auf der Tagesordnung steht die Erstattung des Jahres- und Kassenberichts, ein Antrag auf Genehmigung einer Geschäftsordnung und ein Vortrag des Apothekers Seibert über Deutsch-Diastila. Gäste sind willkommen.

Δ Schlesischer Provinzial-Krieger-Verband. Der diesjährige Verbandstag des Provinzial-Krieger-Verbandes für Schlesien wird am 5. Mai cr. in Breslau im Saale des Casinos, Neue Gasse, abgehalten werden. Den Verhandlungen wird eine Sitzung des Verbandsvorstandes vorausgehen.

* Die Kranken- und Sterbekasse (eingeschriebene Hilfskasse) des Instituts für hilfsbedürftige Handlungsdiener (gegr. 1774) hielt am 3. April ihre diesjährige ordentliche General-Versammlung im Institutsgebäude (Schubbrücke 50) ab. Nach dem ersten Jahresberichte zählte die Kasse am 31. December 1888 1122 Mitglieder. Es betrugen im Jahre 1888 die Einnahmen (darunter Mfr. 2000 vorüberweilend pro 1889 erhobener Institutszuschuß) Mfr. 10 016,50, die Ausgaben (darunter 3181 Mfr. Krankengelder, 1512 Mfr. ärztliche Behandlung, 356 Mfr. Kurz- und Verpflegungsgelder, 1487 Mfr. Arzneien und Heilmittel, 400 Mfr. Sterbegelder u.) Mfr. 9902,31, der Baarbestand ult. December 1888 Mfr. 114,19, das Kassenvermögen insgesammt Mfr. 1620,89. Verzüglich behandelt wurden im Jahre 1888 687 Mitglieder, Krankengelder empfingen 107 Mitglieder für 2428 Krankentage. Sterbefälle traten 4 ein. Die Versammlung beschloß, in Rücksicht auf die bisherigen unzulänglichen Einnahmen und den zu bildenden Reservefonds, die Kassenbeiträge vom 1. Juli cr. ab von 50 Rf.

London, 10. April. Wollauktion wegen starken Nebel ausgefallen.

Berlin, 10. April. [Schlussbericht.] Cours vom 9. 10. Weizen pr. 1000 Kgr. Besser. April-Mai 184 — 184 50 Septbr.-Oktbr. 187 50 188 50 Roggen pr. 1000 Kgr. Besser. April-Mai 144 — 145 — Juni-Juli 146 — 146 75 Septbr.-Oktbr. 148 75 149 25 Hafer pr. 1000 Kgr. April-Mai 143 75 142 — Mai-Juni 141 50 140 25 Stettin, 10. April. — Uhr — Min. Cours vom 9. 10. Weizen pr. 1000 Kgr. Höher. April-Mai 182 50 184 — Septbr.-Oktbr. 183 50 185 50 Roggen pr. 1000 Kgr. Fest. April-Mai 144 — 144 50 Septbr.-Oktbr. 147 50 148 — Petroleum loco .. 12 — 12 — Wien, 10. April. [Schluss-Course.] Cours vom 9. 10. Credit-Actien .. 300 15 299 10 St.-Eis.-A.-Cert. 242 — 243 25 Lomb. Eisenb. 104 25 105 25 Galizier 208 — 207 75 Napoleonsd'or .. 9 50 1/2 9 51 1/2 Paris, 10. April. 3 1/2 Rente 85, 62 1/2. Neueste Anleihe 1878 105, 15. Italiener 96, 30. Staatsbahn 517, 50. Lombarden —, —. Behauptet. 460, 50. Foncier —, —. Escompte —, —. Frankfurt a. M., 10. April. [Schluss-Course.] Cours vom 9. 10. 3proc. Rente 85 60 85 75 Neue Anl. v. 1886 .. — — — — 5proc. Anl. v. 1872. 105 17 105 12 Italien, 5proc. Rente 96 25 96 45 Oesterr. St.-E.-A. 516 25 517 50 Lombard. Eisenb.-A. 241 25 241 25 Comptoir d'Escompte 148, — London, 10. April. Consols 98, 09. 1873er Russen 102, 62. Egyptier 90, 87. Regen. London, 10. April. Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Cours vom 9. 10. Consols 98 1/2 98 1/2 Preussische Consols 106 — 106 — Ital. 5proc. Rente .. 95 1/2 95 1/2 Lombarden 91 1/2 91 1/2 5proc. Russen de 1871 — — — — 5proc. Russen de 1873 102 3/4 102 3/4 Silber — — — — Türk. Anl., convert. 15 09 15 1/4 Unificierte Egyptier. 90 7/8 91 — Frankfurt a. M., 10. April. Mittag. Credit-Actien 254, 37. Staatsbahn 206, 50. Lombarden —, —. Galizier 176, 50. Ungarische Goldrente 86, 90. Egyptier 90, 90. Laura —, —. Still. Köln, 10. April. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per Mai 19, 60, per Juli 19, 75. Roggen loco —, per Mai 14, 65, per Juli 14, 65. —. Rüböl loco —, per Mai 57, 60, per October 51, 90. — Hafer loco 14, 50. Hamburg, 10. April. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco flau, holsteinischer 155—175, Roggen loco flau, mecklenbur- gischer loco 154—166, russ. flau, loco 95—98. Rüböl ruhig, loco	Amsterdam, 10. April. [Schlussbericht.] Weizen loco unverändert, per Mai 202, per Novbr. 204. Roggen loco fest, per Mai 113, per Octbr. 116. Rüböl loco 33 1/4, per Mai 31, per Herbst 25 1/2. Paris, 10. April. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen fest, per April 24, 40, per Mai 24, 60, per Mai-August 24, 75, Juli-August 24, 60. —. Mehl fest, per April 53, 60, per Mai 54, —, per Mai-August 54, 25, per Juli-August 54, 30. —. Rüböl weichend, per April 68, 25, per Mai 65, 75, per Mai-August 63, 25, per September- December 56, 50. —. Spiritus ruhig, per April 41, 75, per Mai 42, 50. per Mai-August 43, —, per September-December 42, —. —. Wetter: bedeckt. Liverpool, 10. April. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 15 000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fest. Abendbörsen. Wien, 10. April. Abends 5 Uhr 40 Min. Oesterr. Credit-Actien 298, 65. Marknoten 58, 75. 4proc. Ung. Goldrente 102, 50. Galizier 207, 75. Schwach. Frankfurt a. M., 10. April. Abends 7 Uhr 17 Min. Credit- Actien 253, 37. Staatsbahn 207, 12. Lombarden 88 3/4, Ung. Goldrente 87, —, Egyptier 91, 05. Ruhig. Marktberichte. Löwen i. Schl., 10. April. [Marktbericht von J. Gross.] Die heutigen Marktzufuhren waren sehr klein, weshalb bei genügender Kaufkraft die vorwöchentlichen Preise, trotz vorliegender flauer Notierungen der Grossplätze, bezahlt werden mussten. Zu notiren ist per 100 Kgr. Netto: Gelbweizen 17,00—17,40 M., Roggen 13,80—14,20 M., Gerste 13,00—14,50 M., Hafer 13,20—14,00 M., Erbsen 12,50—15,00 Mark, Wicken 13,00—14,00 M., gelbe Lupinen 8,20—9,70 M., Roggenfutter 9,60 bis 10,00 M., Weizenschale bis 8,80 Mark, Rothklee per 50 Kgr. Netto 50,00—56,00 M., Weissklee 40,00—45,00 M., Thymothee 30,00—33,00 M., engl. Rheigras 13,00—15,00 M., Seradella 10,00—11,00 M. pr. 50 Kgr. Netto. Wolle, Pest, 7. April. Der Verlauf der Londoner Auction hat auch bei uns eine freundlichere Stimmung hervorgerufen, ohne jedoch die Preise zu verändern. Es wurden circa 500 M.-Ctr. verkauft, und zwar: hochfeine Tuchwollen zu 142—144 Fl., feine Stoffwollen von 114—120 Fl., mittlere Einschuren von 69—71 Fl., weisse Zweischuren von 67—70 Fl., Baranyaer Zweischuren von 56—57 Fl., fabriks- gewaschene Zackel 62—63 Fl. Vom Standesamte, 9./10. April. Aufgebote. Standesamt I. Meißner, Paul, Goldarbeiter, ev., Brüderstraße 19, Kordian, Clara, ref., Weidenstr. 5. — Güdel, Ernst, Schmiedemeister, L. Löschstr. 16. — Zergang, Emilie, geb. Hoffmann, L. Elisabethstraße 2. — Kahlert, Johann, Schneider, L. Neumarkt 8. — Kleins, Marie, L. ebenda. — Bogatsch, Adolf, Dr. med., prakt. Arzt, ev., Gartenstr. 20. — Riemann, Maria, ev., Kupferhändlerstraße 8. — Anst, Aug., Bäcker, ev., Kleine Großengasse 34. — Kionta, Selma, ev., ebenda. — Kramsch, Heinrich, Fleischer, ev., Neue Weltg. 33. — Kose, Elisabeth, ev., Neue Weltg. 34. — Koballe, Heinrich, Bäcker, L. Scheinigerstraße 15. — Scholz, Emilie, ev., Weidenbaum 4. — Serbst, Friedrich, Hausb., ev., Weintraubengasse 4. — Kahl, Aug., ev., Breitenstr. 36/37. — Willenberg, Carl, Schuhm., ev., Hummerei 15. — Schulz, Olga, ev., Friedrichstraße 36. — Neugebauer, Robert, Cigarrenmacher, L. Baulstr. 24. — Hoff, Aug., L. ebenda. — Ser- futh, Paul, Korbmacher, L. Weide, Fischstr. 45. — L. Matthäusstr. 45. Standesamt II. Baier, Hermann, Arbeiter, ev., Herdman, Wierich, Aug., ev., Vorderstr. 70. — Weiser, Arthur, Kaufmann, L. Sieben- hufenstraße 26. — Butte, Martha, L. ebenda. Sterbefälle. Standesamt I. Rössner, Mar., S. d. Arb. Robert, 1 J. — Reinert, Carl, S. d. Arb. Carl, 2 M. — Gröber, Hermann, S. d. Färbers Her- mann, 20 St. — Tiedler, Curt, S. d. Arb. Carl, 10 M. — Grünert, Kosalia, Schneider vom guten Hirten, 37 J. — Zergang, Carl, S. d. Ostenfelders Paul, 3 M. — Spieler, Elise, 2. d. pen. Bremers Carl, 5 M. — Daase, Theodor, Provinz-Steuers-Geheimrath, 44 J. — Amert,
---	---

Stadt-Theater.
Donnerstag, Anfang 6 1/2 Uhr. (Mit-
tel-Preise.) „Goethe's Faust.“
Als Mythen in 2 Tugenden
eingedrückt von Dr. Otto Desbrier.
Musik von E. Lassen. Erstes Tage-
werk in 5 Acten und 2 Vorspielen.
Freitag. (Erhöhte Preise. Parquet
4 M. u.) Erstes Gaspieldes
K. K. Kammerfängers Herrn
Theodor Reichmann. „Sans
Serif.“ Große romantische
Oper in 3 Acten und 1 Vorspiel
von H. Marschner.
Sonabend. Anfang 6 1/2 Uhr.
Mittelpreise. „Goethe's Faust.“
Zweites Tagewerk in 5 Acten und
1 Vorspiel.

Lobe-Theater.
Donnerstag. Benefiz für Herrn
Oskar Teuchner. Zum 1. Male:
„Die beiden Leonoren.“ Lust-
spiel in 4 Acten von Paul Lindeau.
Freitag. Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung: Pariser Leben.
Benefiz für Herrn Schnelle. „Des
Meeres und der Liebe Wellen“
mit den t. t. Hofburgschauspielern
Agathe Barjesen u. Josef Waga-
ner vom t. t. Hofburgtheater in
Wien.

Paul Scholtz's Establis-
sement.
Seut, Donnerstag, d. 11. April 1889.
„Von A bis Z“,
oder:
„Alte Herren.“
Lustspiel in 4 Acten von Leon
Trepton.

Singacademie.
Donnerstag, 18. April, Abends 7 Uhr,
im Concertsaal:
Die Schöpfung.
Oratorium von Haydn.
Soli: Fr. Lange, Fr. Seidelmann,
Herr Kirchner aus Berlin und Herr
Eugen Franck. [4468]
Billets zu 2 u. 1 M. sind in der
Schletter'schen Buchhdlg. zu haben.

Musikalischer Cirkel
Freitag, 12. April, Abends 7 Uhr:
Vierte Soirée.
Donnerstag, 6 Uhr: **Probe.**
Verein der Literaturfreunde.
Sitzung heut Hotel 3 Berge. Lec-
ture: Oedipus auf Kolonos. Vortrag
(ber. angek.) „Ueber Nationalepen“.

Waldmstr. = Bowle,
per St. incl. M. 1,20.
Raymond, Carlstr. 10.

Victoria-Theater.
Simmenauer Garten.
Direction: C. Pleininger.
Schlesische Tyroler,
Bosspantomime. Ausstatt. neu.
Lebensbild a. d. Riesengebirge.
12 Tyrolerinnen, Tyroler u.
Annita und Bollini, Kanonen-
Exercitien, Sans Sachs II,
Tauer u. Meingold, Mikado-
Quettisten, Mr. und Mlle.
Chrolienne, A. Bellinskaja,
russische Chansonette.
Nur noch bis 14. d. M.:
Antonio van Gofre,
in seinen unerreichten Productionen.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 60 Pf.

Panorama,
Bischstr. 3, I.
Berni Oberland.

Liebig's Etablissement.
Seute und folgende Tage:
Große [4387]
humoristische Soirée
der allbeliebten
Leipziger Quartett-
u. Concertsänger
(Direction Gebr. Lipart),
Gastspiel
des unternischen musikalischen
Clowns
Mr. Harris,
des Costumfängers
P. Schadow
und des anerkannt
besten Damen-Quintetts
Deutschlands
Man de Wirth.
Abendlich fürmischer Beifall.
Sachmischer Programm.
Billets à 40 Pf. in den be-
kannten Commanditen.
Entrée 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Hôtel „Germania“
Berlin C.,
direct gegenüber [1848]
Bahnhof Alexanderplatz.
Neu erbaut, mit 200 Zimmern von
2 M. an incl. Licht u. Bedienung.

Zeltgarten. [4472]
Auftreten des Omeers-Trio, groß-
artige Productionen auf dem
Drahttisch, des Illusionisten
Herrn Meunier mit seinem
Wunderkoffer (sensationalles,
räthselhaftes Experiment), der
Frères Edwards, Ring- und
Reckner, des Mr. Willon,
Equilibrist, Fräul. König, Fräul.
Nancy Valerie und Miss Marion
Graham, Sängerinnen, Herrn
Mariott und Fräul. Mariette,
Duettisten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 60 Pf.

Kassner's Hotel
„Zu den drei Bergen“,
Büttnerstr. 33.
In den parterre gelegenen Resta-
urationsräumen Speisen à la carte
zu jeder Tageszeit, Mittagstisch
im billigen Abonnement. Die Speise-
Marken werden schon im Abonnement
von 3 Mark an verkauft. [5836]

Edelbauer
Restaurant,
Gartenstraße 43.
Borzügl. Mittagstisch à M. 0,75,
im Abonnement M. 0,60.
= Kellner-Bedienung =

Am 9. April cr. in Carlsbad.
Sanitätsrath Dr. Wollner.
Zurückgekehrt. [1926]
Dr. Landmann.
Zurückgekehrt
halte ich meine Sprechstunden (Vorm.
10—12 Uhr, Nachm. 3—4 Uhr) nicht
mehr Freiburgerstraße 9, II., sondern
in meiner neuen Wohnung [4350]
Königsplatz 1, I.
(nördl. Nicolaisplatzgrabenende).
Dr. med. Friedrich Schaefer,
Specialarzt für chirurgisch- und
Blasen-Kranke.
Mein Atelier befindet sich jetzt
Palmstr. Nr. 5,
2. Etage. [5802]
E. Kratzert, Zahntechniker.

Dr. Emil Schlesinger,
American Dentist,
Am Rathhause 14, II. Et.
Dr. S. Gerstel,
American Dentist,
Junkernstrasse Nr. 31.
Georg Gossa,
prakt. Zahn-Arzt,
Gartenstraße Nr. 15a,
neben dem Concertsaal.
Sprechst.: Vorm. 9—11 Uhr.
Nachm. 3—5 Uhr.
Für Unbemittelte unentgeltlich.

Sand-
Mandelkleie
befördert die Auscheidung frant-
hafter Stoffe, erhöht die für die
Gesundheit notwendige Haut-
thätigkeit, giebt der Haut eine
berührend weiche Frische und
Weichheit und befreit sie in
Kürze von allen Schönheits-
fehlern. à Büchse 30 Pf. und
60 Pf. [1897]
Sand-Mandelkleie
verbunden mit
Creolin
hat dieselben Eigenschaften wie
obige und verbindet die Ueber-
tragung franthafter Stoffe;
namentlich auch den Herren
Kerzen zum trockenreiben der
Hände empfohlen. à Büchse
30 Pf. und 60 Pf.
Sand-Mandelkleie
mit Glycerin,
für besonders spröde u. empfind-
liche Haut, à Büchse 30 Pf.
und 60 Pf.
Creolin-Seife,
bei allen Hautkrankheiten an-
gewendet, ist sie ein energisch
desinfectirendes Mittel, à Stück
25 Pf. und 40 Pf.
Wiederverkäufeln billigt.
R. Hausfelder,
älteste Parfümerie-
und Toilettenseifen-Fabrik,
Schweidnitzerstraße 28,
dem Stadttheater schrägüber.

Keller's Colossalbild „Apotheose“
ist für kurze Zeit ausgestellt in der [4478]
Gemälde-Ausstellung Lichtenberg, Museum.
Bilder- sowie Spiegel-Rahmen, Consols etc. werden in eigener Fabrik
billigst angefertigt, alle Rahmen reparirt u. neu verguldet.
F. Karsch, Breslau, im Stadttheater.
Pädagogium Katscher OS. (Arnstein'sche Privatschule).
Aufnahme jederzeit, Vorbereitung für die oberen Klassen höherer Lehr-
anstalten und zur Einjähr.-Prüfung mit nachweislich bestem Erfolge,
für jüngere Schüler ermäßigtes Honorar, Prospekte kostenlos durch
den Leiter der Anstalt **Dr. Julius Krohn.**

Das Pädagogium Ostrau b. Filehne
nimmt, da es 25 Zöglinge mit dem Einjährigen-Zeugnis entlassen hat,
neue Meldungen, besonders gern von jüngeren gesitteten Knaben ent-
gegen; ältere finden in Separatursen sichere Förderung. Prospekte,
Ref. und Schülerverz. gratis. [864]

Pädagogium Lähn
b. Pirschberg i. Schl.,
in schöner Gebirgsgegend mit gesunder Luft gelegen, gewährt
treue Pflege, gewissenhafte Erziehung und gründlichen Unter-
richt in kleinen Klassen (gymnas. u. real., Serta bis zur
Prima, Vorbereitung z. Freiwilligen-Prüfung), in denen auch
der schwächer Begabte volle Berücksichtigung findet.
Prospect kostenfrei. [0244]
Oberlehrer Lange. **Dr. Hartung.**

Handelslehr-Anstalt. Ueber die im Neuen kaufmännischen Unter-
richts-Institut des Bucher-Revisor Rosenthal, Ring 31, vorgenommene
Prüfung äußert sich der gerichtlich vereidete kaufmännische Sachverständige,
Herr Director Schneider, in einem Attest, das an anderer Stelle der
Zeitung zum Abdruck gelangt.

Hypotheken.
Zur Anlage von Capitalien in Hypotheken
sowie
zur Beschaffung hypothekarischer Darlehne
auf Gütern in Schlesien und Breslauer Hausgrundstücke halten wir
unsere Dienste empfohlen. [4002]
Ed. & Em. Gradenwitz,
Breslau, Ohlauerstrasse 1, I., Kornecke.

Das alt renommierte
Hôtel zum schwarzen Adler in Oppeln
habe ich mit dem 1. April cr. übernommen. Ich werde mich bemühen,
den alten Ruf desselben nicht nur zu erhalten, sondern nach besten Kräften
zu mehren und den Wünschen des geehrten Publicums in jeder Beziehung
entgegenzukommen. Somit empfehle ich mich geschäftem allseitigem
Wohlwollen.
Herrm. Lange,
früher Hôtel „Adler“, Rawisch. [1934]

Bahnhof-Hôtel zu Kandrzin,
gegenüber dem Bahnhofgebäude,
Inhaber **Ewald Glück,** [1781]
empfiehlt seine neu eingerichteten Geschäftsräume der verehrl. Reisewelt.
Aufmerksame Bedienung. Solide Preise.
Zimmer von 1 Mark an.

Berlin
SW. König-
grätz-Str. 107.
Möbelfabriken
mit Dampftrieb
und 300 Arbeitern.
Illustrirte Pro-
slisten gratis
u. franco.
Hamburg
Neuer Wall 84.

E. Langer,
Hoflieferant
Möbel
Decorationen u.
ganze Wohnungs-
einrichtungen unter
Garantie reeller und ge-
digneter Ausführung zu
hübschen soliden Preisen.

Breslau
Ring 17.
Prämiirt auf
Ausstellungen.
Silberne und
broncene Staats-
medaillen.
Schweidnitz
Friedrichstr. 4.

Gustav Kretschmer,
prakt. Zahn-Arzt,
Schmiedestraße 58, „Stadt Danzig“.
Zähne und Plomben,
Schmerzlose Zahnertraction
Robert Peter,
Blücherplatz 13, am Riembergshof.

Cier-Mazzoth
liefert nur auf Bestellung die hiesige
Mazzoth-Bäckerei
Weißbergergasse 51.
Vertrauenslocal:
Rothmarkt 5 (Riembergshof).

Extrafeines
Veilchen-Pulver,
San Fornarina und San Remo,
zum Parfümiren von Kleidern
und Wäsche. Sehr lange nach-
haltend. Fr. Kuhn, Nürnberg.
Hier nur bei **E. Gross,**
Neumarkt 42. [1339]

Ein gutes, gebrauchtes
Blüthner-Piano
ist zu verkaufen. [4477]
Lichtenberg, Zwingerplatz 2.

Baumfuchen
für 5 Mark franco von be-
kannter vorzüglicher Güte.
Paul Lange, [1839]
Conditor, Bischofsberda i. S.

Reelle Heirathspartien
i. jüd. Familien vermittelt streng discreet
H. Friedländer, Schmiede-
Sprechst. v. 12—1 Uhr aus. Sonntags.
Für 3 junge, tüchtige Kaufleute
in Sachsen, Inhaber von Garbeneren-
Geschäften und einen Destillateur in
Schlesien, alles gutes Geschäft,
münche ich passende Partien mit
15—18 000 M. Mitgift. [5821]

Reiche Heiraths-
Vorschläge erhalten Sie sofort
discreet in fotofaler
Auswahl aus dem Bürger- und
Adelstand Deutschlands, Oesterreichs,
Ungarns. Bitte, verlangen Sie einfach
nur die Zusendung. Porto 20 Pf.,
für Damen frei. [1715]
General-Anzeiger, Berlin S.W. 61.

Die Verlobung meiner Tochter **Johanna** mit dem Kaufmann Herrn **Jean Hirnberger** in Glas beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen. Jauer, den 9. April 1889. Frau **Friederike Kalischer**, geb. **Sachs**. [444]

Die Geburt eines munteren Knaben zeigen Freunden und Bekannten hierdurch ergebenst an. Adolf **Süßmann** und Frau, geb. **Katz**. Breslau, 10. April 1889. [5787]

Ismar Creutzberger, Rechtsanwalt und Notar, **Elise Creutzberger**, geb. **Frankenstein**, Vermählte. [5803] Grünberg i. Schl., den 9. April 1889.

Statt besonderer Meldung. Am 10. d. M., Morgens 7 1/2 Uhr, entriß mir der Tod meine innigstgeliebte Frau

Heute wurde uns ein Junge geboren. Breslau, 10. April 1889. **Fritz Richter** und Frau **Käthe**, geb. **Scharke**. [5818]

Constanze, geb. **Gleis**, nach langen, schweren Leiden. Leicht sei ihr die Erde! **Oswald Beholdt**, Eisenbahn-Betriebs-Sekretär a. D., im Namen der Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Sonntag, den 13., um 10 Uhr Vorm. von der Leichenhalle des Oswäth Kirchhofes aus statt. [5839]

Heute Nachmittag 5 Uhr entschlief sanft nach schwerem Leiden unser treu sorgender, heissgeliebter Vater, Schwiegervater, Grossvater, Schwager und Onkel, der Kaufmann und Königl. Lotterei-Einnnehmer **August Scheche**, im 70. Lebensjahre. Tiefgebeugt zeigen dies an

Die trauernden Hinterbliebenen. Breslau, Posen, Charlottenburg, Berlin, Meiningen, den 9. April 1889. Die Beisetzung findet Freitag, den 12. d. M., Nachmittag 3 Uhr, vom Trauerhause Albrechtsstrasse 15 aus nach dem Maria-Magdalenen-Kirchhofe statt.

Heute Nachmittag 5 1/2 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden meine theure, unvergesslich gute Gattin, unsere geliebte Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, **Frau Minna Goldberger**, geb. **Friedlaender**, im noch nicht vollendeten 65. Lebensjahre. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten theilen dieses um stilles Beileid bittend mit

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen. Breslau, Nürnberg, Berlin, den 9. April 1889. Die Beisetzung findet Donnerstag, Nachmittag 3 Uhr, vom Trauerhause, Sonnenstr. 15, aus statt.

Heute Nachmittag 5 1/4 Uhr entschlief sanft nach längeren schweren Leiden unsere heissgeliebte Gattin, Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau **Elisabeth Koschella**, geb. **Tschöke**. Neustadt OS., den 9. April 1889. [4460]

Im Namen der Hinterbliebenen **Koschella**, Amtsgerichtsrath. Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, Nachmittag 2 Uhr, statt.

Heute Morgen 1 Uhr entschlief sanft unser innigstgeliebter guter Mann, Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Grossvater, der frühere Conditor **Herr Berthold Persicaner**, im Alter von 52 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an

Die Hinterbliebenen. Kattowitz OS., den 10. April 1889. Die Beerdigung findet Freitag, den 12. d. M., Nachmittags 2 1/2 Uhr statt.

C. E. Haupt, Königl. Gartenbau-Director, Breslau, Schweidnitzerstrasse 37, empfiehlt **Blumen-Arrangements** aus feinsten lebenden Blumen, zu zeitgemäß billigen Preisen: Braut- und Ballgarnituren, Blumenkörbchen, Bouquets und Fantasiestücke jeder Form und Grösse, Trauer-Decorationen, Palmwedel, Trauer- und Lorbeerkränze etc. in hochfeinster, neuester Ausführung mit prachtvollen Orchideenblumen. [030] Auswärtige Aufträge werden aufs beste besorgt.

Garnirte Hüte (Modelle und Copien) empfiehlt zu billigsten Preisen **J. Schaffer**, Schweidnitzerstr. 54, I. Etage. [4280]

Elegante Herren-Oberhemden, tadellos in Stoff, Form und Sitz, allen Anforderungen der Neuheit entsprechend, mit ganz solidem Preis, werden nach Mass auf Bestellung prompt und sauber angefertigt. Bis jetzt habe bei **C. Neumann**, Schloßhölle 16, 12 1/2 Jahre das Oberhemden-Geschäft selbstständig geführt und mir in der langjährigen Thätigkeit eine glänzende Anerkennung durch bewährte Erfolge erworben. **Agnes Burchardt**, Ring, Riemerzeile 22, III. Etage.

Breslau, den 11. April 1889. **P. P.** Hierdurch beehre ich mich, ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem heutigen Tage ein **Mädchen-Knaben-Confections-Geschäft**, Berlinerplatz 6, 2. Etage, eröffnet habe. Durch langjährige Thätigkeit in dieser Branche bin ich in der Lage, allen Anforderungen zu entsprechen: bei **geschmackvoller** und **sauberster Ausführung** stets das **Neueste** und **Beste** in **grosser Auswahl** zu **ausserordentlich billigen Preisen** zu bieten. Mein Unternehmen geneigter Beachtung empfehlend, zeichnet **Hochachtungsvoll V. Iwanowius**, Berlinerplatz 6, II., vis-à-vis dem Freiburger und Märktischen Bahnhof. [5805]

Schulbücher, Wörterbücher, Atlanten in **dauerhaften, billigen** Einbänden vorrätig in der **Buchhandlung von Julius Hainauer**, Schweidnitzerstr. 52.

Schulbücher, in dauerhaften, wohlfeilen Einbänden. **H. Scholtz**, Buchhandlung in **Stadttheater**.

Schulbücher in dauerhaften, wohlfeilen Einbänden für alle hiesigen **Lehranstalten** in der Buchhandlung **P. Schweitzer** Neue Schweidnitzerstr. 3 Kronen-Apotheke.

Reizende **Tricot-Cailen**. **Albert Fuchs**, Hoflieferant, Schweidnitzerstr. 49.

Strohüte für **Damen, Mädchen, Herren u. Knaben**. Grösste Auswahl. Detail-Verkauf zu **Engros-Preisen**. **Alfons Hähnlein**, Chaussee 24-25 Ecke Chausseebau.

Schulbücher, Atlanten, Wörterbücher empfiehlt **Wilhelm Koebner**, Buchhandlung und Antiquariat, Schmiedebrücke 56. [4001] **!!!! Spottbillig !!!!** **!! Damenschneiderei !!** **Schweissblätter**, Paar 18, 20, 25 Pf., **Tailenstäbe**, Dugend 13 Pf., **Gurband**, Meter 3, 5, 8, 10 Pf., **Futtergaze**, Meter 25, 30 Pf., **Stosskante**, Meter 50, 60, 70, 80 Pf., **Tailenkörper**, Meter 45, 50, 60 Pf., **Knöpfe**, Dugend 10, 15, 20, 25 Pf., **Soutache**, 50 Meter 75 Pf., **Präsidentenlitze**, 25 Meter 1 Mk., **Goldeneinsätze**, 80 Pf., 1,00, 1,50 Mk., **Kleiderbesätze**, 30, 40, 50, 80 Pf. **!! Spottbillig !! Spottbillig !!** **Albert Fuchs**, Hofl., [4375] 49 Schweidnitzerstrasse 49.

Geschw. Herrle, Damenpuh-Handlung, Schweidn. Stadtgr. 12. Auswahl in Damen- und Kinder-Hüten. [4463]

Seidenspißen, Guipur u. Chantilly, Nr. von 20 Pf., matte u. Perlbordüren, Meter von 20 Pf., 1 Paar Schweissblätter von 15 Pf., Knöpfe, Metall und Perlmutt, Dbd. von 5 Pf., Soutache, Meter von 30 Pf., Goldeinsätze von 60 Pf., Präsidentenlitze 25 Meter 75 Pf., schwarz u. coul. Seidenbänder. **Alle Schneiderzuthaten zu billigsten Preisen** nur bei **C. Friedmann**, Goldene Radegasse 61. **M. Korn**, Neuschestr. 53, I. Billigste Bezugsquelle für alle Art Waaren und Fabrik-Neft.

Das Neueste in **Damenhüten**, Modelle sowie Copien, ausschließlich vornehmer Genre, zu bekannt soliden Preisen. **J. Bachstitz**, Eckladen, Tauengienplatz 4.

Bitte zu beachten! Hierdurch die ergebene Mittheilung, dass ich **Ohlauerstrasse Nr. 42** ein **Special-Teppich-, Portiären-, Gardinen-, Tisch-, Reise-, Schlaf-, Steppdecken- und Möbelstoff-Geschäft** eröffnet habe. [4373] Durch grosse Abschlüsse mit den ersten Fabriken des In- und Auslandes bin ich in der Lage, der ganzen Concurrenz die Spitze zu bieten, und nur durch **solide und haltbare Fabrikate**, sowie durch **billige Preise** mir das Vertrauen eines hochgeschätzten Publikums zu erwerben, denn mein Geschäftsprincip ist: **grosser Umsatz, kleiner Nutzen**, und bitte ganz gehorsamt, sich von der Wahrheit meiner Worte zu überzeugen. Hochachtungsvoll **Leopold Pisk**.

Militär-Pädagogium zu Breslau, **Tauengienplatz Nr. 11**. (Staatlich genehmigt und beaufsichtigt.) **Zehrziel**: Reife für das **Freiwilligen-, Primaner- und Fähnrichs-Examen**, sowie für sämtliche Klassen höherer Lehranstalten. Besondere Abteilungen für zurückgebliebene Zöglinge. Streng geregeltes Anstalts-pensionat (auch für Schüler anderer hiesiger Lehranstalten). Programme kostenfrei. Jede weitere Auskunft wird durch den Unterzeichneten sowie durch sämtliche Mitglieder des Lehrer-Collegiums bereitwillig erteilt. Breslau, im März 1889. **Dir. Weidemann**. [3894]

Major von Donat's u. Dr. Ernst Gudenatz' Militär-Lehranstalt zur Vorbereitung für die **Freiwilligen-, Primaner- u. Fähnrichsprüfung**, 29 Neue Taschenstrasse 29. [5125] Streng geregeltes Anstalts-Pensionat. Prospekte und jede sonstige Auskunft durch die Leiter der Anstalt: **Major von Donat u. Dr. Ernst Gudenatz**, Kleine Scheitnigerstr. 11, Neue Taschenstr. 29.

Höhere Mädchenschule u. Selecta, Ring Nr. 19. Anmeldungen nehme ich täglich von 12-3 Uhr entgegen. **Marie Palm**. [1924] **Gymnasium zu Ohlau**. Beginn des neuen Schuljahres Donnerstag, den 25. April. Aufnahme neuer Schüler Mittwoch, den 24. April, im Conferenzzimmer der Anstalt. **Der Gymnasialdirector Dr. Feit**. [1937]

Höhere Knabenschule zu Kosel OS. Gymnasialklassen Sexta bis Secunda einschl. — Pensionat. **Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisse**. Anmeldungen und Prospekte bei dem Dirigenten. [1301] **G. Schwarzkopf**.

Anerkennung. Auf Grund der im **Neuen Kaufmanns-Unterrichts-Institut** des Herrn **Rosenthal**, Ring Nr. 31, vorgenommenen Prüfung bezeuge ich hierdurch, daß sowohl die Schüler als die Schülerinnen die begünstigten Lehrfächer, besonders einfache und doppelte italien. Buchführung zu meiner Zufriedenheit beherrschen. Ich kann meinerseits das gedachte Institut allen Interessenten gewissenhaft empfehlen. [3788] **Director Johannes Schneider**, gerichtlich vereideter Bücher-Revisor u. Kaufmann, Sachverständiger.

Breslauer Mosaik-Platten-Fabrik **Max Breier**, Bartschstrasse 15. Religions- und Confirmanden-Unterricht [5401] **Rabb. Dr. Fraenkel**, Schwerstrasse 5a, part.

Ein junger Mann sucht franz. **Conversations-Unterricht** bei einer Französin. [5781] Angaben über Person u. Honorar unter A. Z. 5 Briefst. b. Bresl. Stg. **Perfecte Schneiderin** empf. sich hoh. Herrsch. ins Haus pro Tag 3 Mk. Zu orfr bei Tietze Kirchstr. 12, III. Et. **Wie neu!** werden Kronleuchter, Girandoles, Hänge-, Tisch- u. Wandlampen aufbezonzt. **R. Amandi**, Schweidnitzer- u. Carlsstrassen-Eck. [5687]

Die Direction.

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des ferneren Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatsanleihe anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Berlin-Stettiner Eisenbahn**, nämlich: der vierprocentigen Prioritäts-Obligationen III. Emission (Privilegium vom 6. September 1858) dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der 3 1/2 procentigen consolidirten Staatsanleihe jetzt unter folgenden Bedingungen anbiete:

- Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der 3 1/2 procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt.
- Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitnächsten Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 1. April 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung bis einschließlich den 30. April d. J. schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Berlin, Leipziger-Platz Nr. 17, oder bei der königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kasse in Stettin unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Berlin, den 1. April 1889.
Der Finanz-Minister.
von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist. Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einstweiliger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versenden Obligationen zurückzugeben.

Die eingereichten Obligationen können nach Verlauf einiger Zeit bei derjenigen Kasse, welcher sie vorgelegt worden sind, wieder in Empfang genommen werden. Sind die Obligationen durch Vermittelung der Post eingereicht worden, so erfolgt die Rücksendung auf demselben Wege unter voller Werthangabe, wenn eine geringere Bewertung nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Formulare zu der Annahmestellung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorgenannte Kasse unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen 3 1/2 procentige Staatsanleihe wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Berlin, den 3. April 1889.
Königliche Eisenbahn-Direction.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist bei Nr. 282 die Firma

Paul Heege,
vorm. **Hugo Hartmann**
— Inhaber Apotheker Paul Georg Eduard Heege zu Greiffenstein-Neudorf — zufolge Verfügung vom heutigen Tage gelöscht.

Greiffenberg i. Schl.,
den 5. April 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist sub laufende Nr. 336 die Firma

C. Berger's Nachfolger
W. Semtner
zu Freystadt und als deren Inhaber der Kaufmann **Wilhelm Semtner** zu Freystadt heute eingetragen worden.

Freystadt, den 2. April 1889. [4453]
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister sind heute die Firmen

a. Nr. 168
Herrmann Meridies
zu Neustädte, Inhaber der Apotheker **Herrmann Meridies** zu Neustädte;

b. Nr. 261
A. Küster
in Neustädte, Inhaber der Apotheker **Hans Georg Axel Küster** in Neustädte

gelöscht worden.
Freystadt, den 3. April 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des ferneren Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatsanleihe anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Berlin-Görlitzer Eisenbahn**, nämlich: der vierprocentigen Prioritäts-Obligationen Lit. B (Privilegium vom 9. October 1871) dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der 3 1/2 procentigen consolidirten Staatsanleihe jetzt unter folgenden Bedingungen anbiete:

- Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der 3 1/2 procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt.
- Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitnächsten Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 2. Januar 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung bis einschließlich den 30. April d. J. schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Berlin, Leipziger-Platz Nr. 17, unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Berlin, den 1. April 1889.
Der Finanz-Minister.
von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist. Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einstweiliger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versenden Obligationen zurückzugeben.

Die eingereichten Obligationen können nach Verlauf einiger Zeit wieder in Empfang genommen werden. Sind die Obligationen durch Vermittelung der Post eingereicht worden, so erfolgt die Rücksendung auf demselben Wege unter voller Werthangabe, wenn eine geringere Bewertung nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Formulare zu der Annahmestellung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorgenannte Kasse unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen 3 1/2 procentige Staatsanleihe wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Berlin, den 3. April 1889.
Königliche Eisenbahn-Direction.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist heute die unter Nr. 109 eingetragene Firma

C. Berger
in Freystadt, Inhaber der Kaufmann **Johann Carl Gottfried Berger** in Freystadt, gelöscht worden. [4452]

Freystadt, den 2. April 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register wurde heute unter Nr. 752 die Firma

J. Rodewald
zu Gleiwitz und als deren Inhaber der Kaufmann **Johann Rodewald** zu Gleiwitz eingetragen. [4455]

Gleiwitz, den 4. April 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Aufhebung

der Auction in Lissa.
Wegen erfolgten Zusammenkaufs der Villa in Lissa mit dem Inventar ist der Auctionstermin aufgehoben.

G. Hausfelder,
Königl. Auctions-Commissarius.

Sichere Rente.

Auf mein hiesiges, sehr gut rentirendes Fabrikunternehmen suche ich ein Hypothekendarlehen von 10000 Mark und gewähre dafür außer den üblichen Zinsen eine Rente vom Geschäft. [5783]
Offerten unter R. E. 4. Exp. der Bresl. Ztg.

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des ferneren Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatsanleihe anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der vierprocentigen Prioritäts-Obligationen der **Schleswig'schen Eisenbahn** dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der 3 1/2 procentigen consolidirten Staatsanleihe jetzt unter folgenden Bedingungen anbiete:

- Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der 3 1/2 procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt.
- Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitnächsten Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 2. Januar 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung bis einschließlich den 30. April d. J. schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Berlin, Leipziger-Platz Nr. 17, unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Berlin, den 1. April 1889.
Der Finanz-Minister.
von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist. Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einstweiliger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versenden Obligationen zurückzugeben.

Die eingereichten Obligationen können nach Verlauf einiger Zeit wieder in Empfang genommen werden. Sind die Obligationen durch Vermittelung der Post eingereicht worden, so erfolgt die Rücksendung auf demselben Wege unter voller Werthangabe, wenn eine geringere Bewertung nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Formulare zu der Annahmestellung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorgenannte Kasse unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen 3 1/2 procentige Staatsanleihe wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Berlin, den 3. April 1889.
Königliche Eisenbahn-Direction.

Kassengelder zu 4% auf 1. Hypotheken offerirt Buchhändler **Max Cohn** in Legnitz. Rückporto erbeten.

Capitalisten, Kassen Nachweis von Hypotheken kostenfrei durch Buchhändler **Max Cohn** in Legnitz.

50,000 Mk. z. 4% pr. 1. Octbr. z. 1. Oct. auf 1 Haus in gut. Lage v. Selbst-darleiher. Gewinnt 78,000 Mk. Off. u. H. 10 Brief. d. Bresl. Ztg. erb.

Mit 150,000 Mk. ev. mit mehr, wünscht ein Kaufmann sich an einem nachweislich guten, soliden und lucrativen Unternehmen thätig zu betheiligen. Offert. unter E. H. 86 im Briefkasten der Bresl. Ztg. bis zum 15. d. M. erbeten. [5659]

Reisungsfähige Strauß-Gabriell wünscht mit Sanieren in Verbindung zu treten. Offert. E. Z. 7 Expedition der Bresl. Ztg. [5826]

Provisions-Reisende in techn. Artikeln können sich durch Mitführung eines leicht verführbaren Apparates (patent. Bedarfsartikel) guten Nebenverdienst erwerben. [1933]
Gefl. Offerten mit Referenzen sub H. M. 828 an Rudolf Mosse, Hamburg, erbeten.

Andere Unternehmungen wegen ist eine mit bestem Erfolge betriebene Lederhandlung in einer größeren Stadt Schlesiens zu verkaufen. Offerten sub B. 122 Expedition der Breslauer Zeitung. [4466]

Ein flott gehendes Eisen-, Eisen- u. Specereigesch. besonderer Umständen wegen auch halbjährig zu verkaufen. Off. G. H. 11 Exped. der Breslauer Zeitung.

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des ferneren Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatsanleihe anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Berlin-Hamburger Eisenbahn**, nämlich: der vierprocentigen Prioritäts-Obligationen I. Emission (Privilegium vom 27. November 1846) dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der 3 1/2 procentigen consolidirten Staatsanleihe jetzt unter folgenden Bedingungen anbiete:

- Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der 3 1/2 procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt.
- Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitnächsten Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 2. Januar 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung bis einschließlich den 30. April d. J. schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Berlin, Leipziger-Platz Nr. 17, unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Berlin, den 1. April 1889.
Der Finanz-Minister.
von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist. Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einstweiliger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versenden Obligationen zurückzugeben.

Die eingereichten Obligationen können nach Verlauf einiger Zeit wieder in Empfang genommen werden. Sind die Obligationen durch Vermittelung der Post eingereicht worden, so erfolgt die Rücksendung auf demselben Wege unter voller Werthangabe, wenn eine geringere Bewertung nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Formulare zu der Annahmestellung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorgenannte Kasse unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen 3 1/2 procentige Staatsanleihe wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Berlin, den 3. April 1889.
Königliche Eisenbahn-Direction.

Ertheilungshalber ist das den Weich'schen Erben zu **Wanzen**, Kreis Ohlau, gehörige Grundstück, in bester Geschäftslage, mit acht Morgen Acker, Kirsche, in dem sich seit über 20 Jahren Gastwirtschaft und ein Fleischer- und Wurst-Geschäft befindet und das Geschäft wegen seiner besonders guten Lage zu jedem Geschäft eignet, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Agenten werden. Die nähere Auskunft ertheilt Brauereibesitzer **Josef Hirschmann** in Wanzen. [4462]

Hotel-Verkauf
erster Klasse.
Mein Hotel bin ich Willens krankheitshalber sofort zu verkaufen. Umtas 50-60,000 Mark. 20 Fremdenzimmer, Saal nebst vielen Vereinen, auch bringt es einige Hundert Thaler Miethen. Fester aber billiger Preis 36500 Thaler, Hypotheken fest, bei 5-6000 Thaler Anzahlung. [4473]
Offerten sub H. V. 123 an die Exped. d. Bresl. Ztg. erbeten.

180 Hektaren umfassende vorzügliche [1935]

Chamotte-, Thon- u. Steinkohlenlager
an einer böhmischen Eisenbahnstation gelegen — „schuldenfrei“ — sind unter vortheilhaften Bedingungen zu verkaufen. Off. unter F. W. 1916 an die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse, Berlin W., Friedrichstr. 66, einzusenden.

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des ferneren Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatsanleihe anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Berlin-Anhaltischen Eisenbahn**, nämlich: der vierprocentigen Prioritäts-Obligationen II. Emission (Privilegium vom 25. Juni 1856) dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der 3 1/2 procentigen consolidirten Staatsanleihe jetzt unter folgenden Bedingungen anbiete:

- Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der 3 1/2 procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt.
- Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitnächsten Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 2ten Januar 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung bis einschließlich den 30. April d. J. schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Berlin, Leipziger-Platz Nr. 17, unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Berlin, den 1. April 1889.
Der Finanz-Minister.
von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist. Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einstweiliger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versenden Obligationen zurückzugeben.

Die eingereichten Obligationen können nach Verlauf einiger Zeit wieder in Empfang genommen werden. Sind die Obligationen durch Vermittelung der Post eingereicht worden, so erfolgt die Rücksendung auf demselben Wege unter voller Werthangabe, wenn eine geringere Bewertung nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Formulare zu der Annahmestellung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorgenannte Kasse unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen 3 1/2 procentige Staatsanleihe wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Berlin, den 3. April 1889.
Königliche Eisenbahn-Direction.

Restaurations-Verkauf.

Familienverhältnisse halber ist ein in bester Lage Berlins befindliches, höchst rentables Geschäft zu verkaufen. Inventar sehr reichlich und in bestem Zustande. Miethen mäßig. Bierumsatz 2000 Hectoliter, Wein 18000 Mark und bedeutende Nebeneinnahmen. Ernstliche Selbstkäufer mit 30000 Mark Anzahlungscapital wollen ihre Adresse einreichen unter F. N. 1907 an die Annoncen-Exped. Rudolf Mosse, Berlin W., Friedrichstr. 66.

Destillations- u. Colonialwaaren-Geschäft
mit flottem Detail-Ausverkauf mit Grundstücken sofort zu verkaufen oder zu verpachten. Gefl. Offerten unter Chiffre R. L. 106 postlagernd Legnitz erbeten. [4449]

Die Kretschmerei
Schneebrücke 51, weisses Haus, alte Brauung, Gasthof, Anspannung, voller Ausverkauf u. gute Kundschaft, ist auswärtiger Unternehmen halber sofort zu vergeben. [5830]
Näheres bei H. Dietrich.

Bekanntmachung.

Durch § 5 Absatz 2 und 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 (Gef.-S. 129), § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 11), § 5 Absatz 2 des ferneren Gesetzes vom 23. Februar 1885 (Gef.-S. 43) und § 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. März 1887 (Gef.-S. 21) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, die Prioritäts-Anleihen der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung zu kündigen, sowie auch den Inhabern der Schuldverschreibungen dieser Anleihen die Rückzahlung der Schuldbeträge oder den Umtausch gegen Staatsanleihe anzubieten und die Bedingungen des Angebots festzusetzen.

Von diesen Ermächtigungen mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der **Thüringischen Eisenbahn**, nämlich: der vierprocentigen Prioritäts-Obligationen VI. Emission (Privilegium vom 23. Mai 1874) dahin Gebrauch, daß ich den Inhabern den Umtausch ihrer Schuldverschreibungen gegen Schuldverschreibungen der 3 1/2 procentigen consolidirten Staatsanleihe jetzt unter folgenden Bedingungen anbiete:

- Für die umzutauschenden Schuldverschreibungen wird derselbe Nennbetrag in Schuldverschreibungen der 3 1/2 procentigen consolidirten Staatsanleihe gewährt.
- Den Inhabern werden die umzutauschenden Schuldverschreibungen mit den bisherigen Zinsansprüchen noch bis zum zweitnächsten Zinsfälligkeitstermine der Obligationen belassen, also bis zum 2. Januar 1890.

Diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot annehmen wollen, haben ihre diesbezügliche Erklärung bis einschließlich den 30. April d. J. schriftlich oder mündlich bei der königlichen Eisenbahn-Haupt-Kasse zu Berlin, Leipziger-Platz Nr. 17, unter vorläufiger Einreichung der Obligationen abzugeben.

Berlin, den 1. April 1889.
Der Finanz-Minister.
von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß den Erklärungen über die Annahme des Angebots außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichnis, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist. Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einsender sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei einstweiliger Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versenden Obligationen zurückzugeben.

Die eingereichten Obligationen können nach Verlauf einiger Zeit wieder in Empfang genommen werden. Sind die Obligationen durch Vermittelung der Post eingereicht worden, so erfolgt die Rücksendung auf demselben Wege unter voller Werthangabe, wenn eine geringere Bewertung nicht ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Formulare zu der Annahmestellung und dem Nummern-Verzeichnis werden durch die vorgenannte Kasse unentgeltlich verabfolgt.

Wegen Einreichung der Obligationen zum Umtausch gegen 3 1/2 procentige Staatsanleihe wird später das Erforderliche veranlaßt werden.

Berlin, den 3. April 1889.
Königliche Eisenbahn-Direction.

Für Brauereien.
Neuer Ciskeller, gefüllt, mit Einrichtung zur Bierneidelage in Prov.-Stadt Niederösterreich als bald zu verpacken oder zu verkaufen. Offerten abzugeben unter L. 118 in der Exped. der Bresl. Ztg.

Leitengerüste
für Hausgaden behufs Anfrich und Renovation derselben stellt billigt [5291]

Richard Baum,
Zimmermeister,
Neue Sunternstr. 26.

Ein guter, gebrauchter Locomobilkeßel,
12-15 Pfd., 5-10 Atmosph., wird zu kaufen gesucht. Offert. erbeten Exped. der Bresl. Zeitung R. B. 3. [5838]

Die Selbsthilfe.
teurer Rathgeber für alle und junge Personen, die in Folge über Jugend-gemohnheiten sich geschwächt fühlen. Es lese es auch Jeder, der an Nerven-leiden, Herzleiden, Verdauungs-leiden, Hämorrhoiden leidet, seine aufrechter Belehrung nicht jährlich vielen Tausenden zum Gesundheit und Kraft. Gegen Einreichung von 1 Mark in Briefmarken zu beziehen von Dr. L. Ernst, Hamstadt, Wien, Giselstrasse Nr. 11. — Wird in Couvert verschlossen überreicht.

Damen finden liebes Aufnahme, streng biser., bei verw. Fr. Richter, Hebamme, Brüderstr. 24.

Junge Poularden,

Stück 3 Mark,
Kapaunen, junge Enten,
schöne, fette Puten,
in verschiedenen Größen,
Pfund 80 Pf.,
frische Krammetsvögel,
frischen Lachs,
im Ausschnitt Pfd. 1,20 M.,
Zant, Schollen, Schellfisch
frische Matjes-Heringe,
neue Malta-Kartoffeln,
Salat, Rosen- u. Blumenkohl,
frischen Waldmeister,
beste Braunschweiger

Gemüse-Conserven,

Münsterberger Gemüse,
frische Kiebitz-Eier
empfiehlt [5808]

Traugott Geppert,

Kaiser Wilhelmstr. 13.
Aufträge von auswärtig werden
bestens und billigst ausgeführt.

על פסח

Salte ächte Süßten, Mandel-
torten, sowie Vortz stets vorrätig.
N. Bornstein, Carlstr. 27.

כשר Stopfgänse,

Puten, Suppenhühner, frischen
Lachs, Schellfisch, Zand, Barbe,
frische Eier, Mandel 60 Pf. am
billigsten wie früher Gräbner-
straße 12, Burchard. [5824]

Eier Eier

frische, grosse, Schock 2,30.
Alte Graupenstr. 16. [5797]
Eier Eier.

על פסח

Meinen werthen Kunden theile ich
ergebenst mit, daß ich wieder alle
Sorten östlicher Backwaren
vorrätig habe. [5498]

M. Baum,

Zunternstraße Nr. 11, 2 Treppen.

כשר Stopfgänse und Puten,

täglich frisch geschlachtet, auch täglich
frischen Stettiner Hecht offerirt
billig alte Graupenstr. 17, Honig.

על פסח בהכשר

Wein, Meth, Ciffig, Backobst-
Sontig, sämtliche Specerei-
waaren, Wiener- u. Riff, Mazze, u.
Mazze, div. Compots off. billigst
Kreischmer, Carlstr. 17, Honig.

Bette Puten,

fette Gänse, Enten, Kapaunen,
bekannt gutes Gänsefett, Mazze,
Vortz, div. Compots off. billigst
Kreischmer, Carlstr. 17, Honig.

Wiener Mazze

aus Kaiser-Ausgangsmehl, auch
gewöhnliche Mazze, Packete à 5
und 10 Pf., verkauft und versendet
Salomon Markiewicz,
2 Antonienstraße 2.

Matjes-Heringe,

hochfein conservirt, à Stück 15 Pf.,
Aral-Caviar, [5646]
à Pfd. 4 Mark, größte Auswahl von
geräuch. u. marinirten Fischwaaren
und Conserven.

C. Boguslawski,

Gartenstr. 19 (Liebichs-Stubli).

Auf Vorwärtsbühne

in Hernsdorf bei Waldenburg
i. Schl. sind folgende Maschinen
sofort zu verkaufen:

1 stehende Gebläsemasch.,
1 Handmasch., 24 Pferdekr.,
1 Wasserpumpenmaschine,
18 Pferdekr.,
1 Säulenmasch., 24 Pferde-
kr., mit Pumpe und
Regulator,
1 liegende Fördermaschine,
12 Pfdkr., mit Vorgelege,
1 stehende Fördermaschine,
8 Pfdkr., mit Vorgelege,
1 liegende Maschine, 70
Pferdekr.,
1 desgl., 50 Pferdekr.,
1 stehende Maschine, 15
Pferdekr.,
1 compl. Dampfhammer,
40 Centner,
1 Ventilator, 1 m Dm.,
1 Bohrmaschine, 1 Dreh-
bank u. 1 Lappenschere,
2 Kreissäge für Eisen,
5 diverse Dampfmaschinen.

Sämmtliche Maschinen sind solid
gebaut und gut erhalten. Nähere
Auskunft bei Carl Anders in
Waldenburg. [1886]

Lebende

Flusshechte,

1-15 Pfund, à 75-80 Pf.,
Karpfen, Schleie,
prachtvollen

fr. Silberlachs,

1/2 Kilo 2-2,30 M.,
Zander, Hecht,
Seezunge, Backzander,
Schellfisch,
à Pfd. 30 Pf.,
neue Malta-Kartoffeln,
20 Pf.,
fr. Waldmeister,
Kiebitz, Stück 30 Pf.,
empfehlen [5815]

Eldau & Zimmermann

Neue Schweißstrasse 1,
Beko Stadtgraben.

Frische Schellfische,

Barbe und Bleie empfiehlt
E. Neukirch, Nicolaistr. 71.

Heringe, H. Mittl.-Schotten u.

Singer, Freiburgerstr. 33.

Flaschenbierwagen zu

laufen gesucht.
Einige ein- und zweispännige, in
gutem Zustande befindliche Flaschen-
bierwagen werden zu kaufen gesucht.
Gest. Offerten unter H. K. 100
an d. Herren Haafenstein & Vogler,
A.-G., Dresden, zu richten. [1938]

Holz-drehbänke!

Bandsägen, Fraismaschinen,
Ovalwerke u. zum Fuß u. Maschi-
nenbetrieb, sowie jeden einzelnen Theil
dazu, fertigt in bester Arbeit Aug.
Burkhardt, Breslau, Baitegasse 5.

Zuckerrübensamen

in allen zuckerreichsten Sorten,
Elite und erster Nachbau, sowie
Zuckerrübensamen unter Garantie
der Keimfähigkeit offerirt billigst

Louis Starke,

Junkernstr. 11.

Stellen-Anerbieten

und Gesuche.
Inertionspreis die Zeile 15 Pf.

Eine gepr. kath. Lehrerin,

musikalisch, für 2 Kinder von 7 und
9 Jahren zum 1. Mai gesucht.
Zeugnisabschr., Gehaltsanpr., sowie
Photographie erbitte [4406]
Paul Soltzle, Dom. Brzezie b. Ratibor.

Gesucht n. Böhmern e. gepr. istr. Erz.

3 3 Mädchen v. 14, 12, 10 J. Geh. 600 b.
700 M. d. Fr. Friedländer, Sonnenst. 25.

Eine durchaus tüchtige, selbstständige

Verkäuferin,
welche auch das Decoriren der Schau-
fenster versteht, suche per 1. Mai cr.
für mein Modewaaren- u.
Damen-Confections-Geschäft bei
hohem Salair. Stellung dauernd.
Den Bedingungen sind Photographien
beizufügen. [4448]
Löwenberg in Schlesien.
O. Kindermann's Nachfgr.
L. Mannheim.

Eine geb. j. Beamtenwitwe sucht

Stell. als Leiterin d. Haushaltes.
b. einz. Herrn, event. Erzieh. v. Kind.
durch Maria Jäkel, Altbücherstr. 17.

Köchinnen,

Wirthinnen
für Hotels und Restaurants,
Buffet-Mamsells,
Zimmermädchen

sucht Kottolinski vormals
Hilseher, Altbücherstr. 59.

E. jung. perf. Köchin m. langj. vorz.
Zeugn. empf. Solti, Freiburgerstr. 25.

16. April empfehle tücht. Waschi-
schleusen für Hotel oder Restau-
rant. Bachur, Neuschtr. 41.

Eine ält. erf. Kinderfrau, sowie
1 f. Stubenmädchen m. vorz. Attest.
empf. Fr. Tarrasch, Freiburgerstr. 34 pt.

Eine Deutsche Feuer-Versiche-

rungs-Gesellschaft sucht solide,
leistungsfähige

Reise-Acquisiteure

sehr günstigen
Bedingungen. Offerten erbeten sub
Giffre 6. 445 an Rudolf Woffe,
Breslau.

Eine größere Blechwaaren-

fabrik sucht einen mit Branche
und Kundschaft im In- u. Auslande
vertrauten, tüchtigen

Reisenden.

Offerten mit Photographie und
genauer Angabe der bisherigen
Thätigkeit erbeten sub E. 3898 durch
Rudolf Woffe, Leipzig.

Ein Lehrling,

Sohn achtbarer Eltern, mit Schulkenntnissen versehen, kann sich per bald
melden. [5842]

Carl Friedmann,

Knopf- und Posamenten-Geschäft.

Eine größere Leipziger

Corsetten-Fabrik
sucht einen tüchtigen
Reisenden

zum baldigen Antritt. Nur best-
qualifizierte Bewerber, mit der
Branche und Kundschaft vertraut,
wollen ihre Offerte nebst Angabe
ihrer bisherigen Tour an Rudolf
Woffe, Leipzig, unter D. 3897
gelangen lassen. [1920]

Ein

Destillations-Reisender,
welcher der deutschen und polnischen
Sprache mächtig ist, wird per
1. Mai cr. für die Provinz ge-
sucht. Nur durchaus tüchtige Be-
werber wollen ihre Meldungen mit
Zeugnisabschriften und Angabe ihrer
bisherigen Gehaltsbezüge sub A. 120
in der Expedition d. Bresl. Ztg.
niederlegen. [4355]

Für eine Hanf- u. russ. Producten-
Handlung wird ein mit der Branche
und Kundschaft vertrauter, routinirter
Reisender bei hohem Gehalt ge-
sucht. Offerten sub K. G. 93 im
Briefl. der Bresl. Ztg. [5800]

Ein tüchtiger Verkäufer, welcher
schon im Herrengarderoben-Geschäft
war, m. f. Neuschtr. 34, III. Et.

Für mein Manufactur-, Leinen-
u. Damen-Confections-Geschäft
wird ein tüchtiger

Verkäufer,

der polnischen Sprache mächtig, zum
Antritt per 1. Mai cr. gesucht.
Ph. Poppelauer, Gleiwitz.

Für mein Manufacturwaaren-
Geschäft suche ich zum sofortigen
Antritt einen tüchtigen

Verkäufer,

welcher der polnischen Sprache
mächtig sein muß!
Julius Gura, Oppeln.

Für mein Tuch-, Herren- und
Damen-Garderoben-Geschäft suche
ich per bald event. später einen
tüchtigen

Verkäufer.

Militisch. Georg Brinnitzer.

Per 1. Juli suche ich für
mein Galanterie-, Kurz-
u. Spielwaaren-Geschäft
ein großes u. detaill. einen

tüchtigen Expedienten.

Marken zur Rückantwort
verboten
Waldenburg i. Schl.
Moritz Frankenstein.

Ein strebsamer junger Mann,
der sich als Reisender für Privat-
leute eignet, findet angenehme und
einträgliches Stellung in einer
rheinischen [4464]

Wein- u. Groß-Handlung.

Offerten an die Exped. der Bresl.
Zeitung sub W. G. 121.

Für mein Herren-Garderoben-
Geschäft suche ich per sofort
oder zum 15. einen tüchtigen jungen
Mann, der mit der Buchführung
vollständig vertraut ist. Nur Solche
werden berücksichtigt, denen Prima-
Referenzen zur Seite stehen. Per-
sönliche Vorstellung erwünscht.
A. Ostrower,
Strigau i. Schles.

Für mein Getreidegeschäft suche
ich per 1. Mai einen zuverlässigen
jungen Mann mit schöner Hand-
schrift, der auch in der Buchführung
u. Correspondenz firm ist. Marken
werden verboten. [4437]
Simon Spiro, Ostrowo.

Für mein Herren- und Knaben-
Garderoben-Geschäft ein großes
u. detaill. ich per sofort oder 1. Mai
einen tüchtigen jungen Mann
(Kleiderverkäufer) zu engagiren.
Offerten mit Photographie und
Angabe von Gehaltsansprüchen bei
freier Station erbitte [5801]
M. Brandt, Landsberg a. W.

Ein solider, tüchtiger Tapezier-
Gehülfe, unverh., findet dauernde
Beschäftigung bei [4450]
Julius Vogt in Bentzen Oe.

Ein unverh. Diener, 27 Jahr alt,
sucht eine dauernde Stellung
z. 1. Mai, b. Gelegen. a. n. Berlin.
G. Zeugn. st. j. Seite. Gest. Off. u. Ch.
H. K. 100 Postamt 5, Breslau erbeten.

Die Arbeiter-Colonie Wunscha
sucht Stellung für nachstehend be-
zeichnete gut empfohlene Colonisten:
1 landwirtschaftl. Arbeiter (auch
als Kesselheizer verwendbar), 1
Büreau-Arbeiter, 1 Hofverwalter,
1 Hausdiener beim Haushälter,
1 Kaufmann, 1 Candidat (als
Sprachlehrer oder Correspondent),
1 Maschinenführer (Heizer), 2
Wirtschafts- u. Zuspätschreiber und 1
Gärtner. [1844]
Nähere Auskunft ertheilt Haus-
vater Grobe in Wunscha (Post
Reichwalde Oe.).

Ein tüchtiger

Schriftsetzer,
nicht Verb. (30 J. alt), der gleichzeitig
als Corrector und als Redactions-
gehilfe thätig gewesen ist, sprachen-
kundig, Stenograph und mit der
Buchführung vertraut, sucht für
sofortige Stellung. Werthe Off. unter
A. Z. 100 an Haafenstein &
Vogler, A.-G., Freiberg i. S.

Für ein

Modewaarengeschäft
einer großen Provinzial-
stadt wird ein

Lehrling

zum sofortigen Antritt gesucht.
Offerten nimmt Herr Louis
Lewy, Breslau, entgegen.

Ein junger Mann als Lehrling von
hiefiger Strumpfabrik geg. mon.
Vergütung sofort gesucht. Offert.
M. L. 8 Expedition der Bresl. Ztg.

Zum baldigen Antritt suchen

einen Lehrling

D. Baruch & Co.,
Schwerstraße 18, I.

1 Lehrling,

moaisch, bei vollständiger Station
zum sofortigen Antritt gesucht.

Moritz Riess,

Liquor-Fabrik, Gartenstraße 1.

Für meine Holz- u. Journal-
handlung suche ich einen

Lehrling.

Simon Bernhard Lewy.

Für unser Herren- und Knaben-
Garderoben- u. Engros-Geschäft
suchen wir einen fröhlichen Lehrling
zum sofortigen Antritt. [5844]
Kiesendorf & Wachauer,
Neuschtr. 8/9.

In mein Specerei- u. Schnitt-
waarengeschäft kann ein

Lehrling,

gleichviel welcher Confession, deutsch
und polnisch sprechend, Sohn an-
ständiger Eltern, per sofort eintreten.
Persönliche Vorstellung erwünscht.
H. Tallert, Zippin Oe.

Für ein hiesiges Manufactur-
u. Waaren-Geschäft ein großes wird
ein Lehrling mit guter Schulbil-
dung gesucht. [5810]
Abreisen sind unt. D. # 9 Exped.
der Bresl. Ztg. abzugeben.

Für ein Waaren-Engros-Geschäft
wird zum baldigen Antritt ein
Lehrling mit schöner Handschrift,
im Besitze des Ein- u. Freiwill.-Zeug-
nisses, gegen Vergütung gesucht.
Selbstgesch. Offert. sub T. S. 94
Briefl. der Bresl. Ztg. [5796]

Für m. Kurz- u. Galant.-W.
Engros-Geschäft suche zum bald-
igen Antritt einen [4354]

Lehrling

m. guter Handschrift.
S. Rachwalsky, Glatz.

Ein Lehrling

mit guten Schulkenntnissen
kann sich zum sofortigen An-
tritt melden bei [4357]
Max Guttmann,
Knopf-, Borden- und Futter-
stoff-Geschäft,
Junkernstraße 34.

Für mein Specerei-, Destil-
lations- und Farbewaaren-Ges-
chäft suche ich per bald oder später
einen Sohn rechtlicher Eltern als

Lehrling.

Ernst Birke,
Schweidnitz, Ring Nr. 14.

Vermietungen und

Mietgesuche.
Inertionspreis die Zeile 15 Pf.

Gesucht zum 1. Juli von ruhigen
Mietern eine Wohnung von
3-4 Zimmern, Cabinet, Entree,
Küche u. in der Nähe der Schweid-
nitzerstraße, nicht über 2. Etage, im
Preis bis Mark 750 pro anno.
Off. m. Preisangabe unt. G. J. 6
im Briefl. der Breslauer Zeitung.

Ring Nr. 4

ist die 2. Etage sofort oder später
zu vermieten. [1717]

Herrenstraße 7

ist die 1. und 2. Etage und im
Parterre ein sehr schöner großer
Balken ebenfalls sofort oder später
zu vermieten. Näheres beim Haus-
meister Kirschen, Ring 4, und
bei dem Administrator Emil
Kathath, Carlstr. 28

Albrechtsstraße 30,

vis-à-vis der Post, [5820]
herrschaftliche, elegant eingerichtete Wohnungen mit reichlichem Beigelaß
per 1. October zu vermieten, 1. Et. 9 Zimmer, im Ganzen oder getheilt,
eventl. auch als Bureau, 3. Etage 5 Zimmer. Näheres beim Wirth.

Ohlau-Ufer 26,

1. Etage, Wohnung, 5 Zimmer u.,
2. Etage, 4 Zimmer u., [5819]
per sofort oder 1. Juli zu vermieten. Näheres bei der Haushalterin.

Neuschtr. 32 und 33

eine sehr freundliche Wohnung mit allem Comfort, 5 Stuben, Beigelaß u.,
preiswerth per sofort oder 1. Juli zu beziehen. Näheres daselbst.

Albrechtsstr. 40 2. Etage 4 Zim. u. Beigelaß per bald
od. spät. zu verm. Näh. Albrechtsstr. 42, pt.

Klosterstraße 36

ein Laden m. Wohn. f. 300 Thlr. u. schöne Wohn. v. 80-250 Thlr. bald z. verm.

Schweidnitzerstadtgraben 15 u. Salvatorplatz 8

ist die herrschaftliche erste Etage, mit 16 Fenster Front, bestehend aus
9 Zimmern - darunter zwei 3 fenstr. Salons und ein 3 fenstr. Speise-
saal -, Mittelcabinet, Badezimmer, Küche, Speisekammer u., event. auch
Stallung, Remise und Kutschwohnung, per 1. October cr. zu vermieten.
Näheres im Bureau der „Concordia“, parterre links. [034]

In bester Lage des Engros-Geschäfts ist eine 1. Etage,
bestehend aus 12 Räumen, eventl. auch mehr, besonderer
Umstände wegen bald oder später zu vermieten.
Offerten R. 1380 postlagernd Breslau. [4358]

Neue Taschenstraße 30

großer Laden mit 2 Schaufenstern, 4 Kellern, nach Wunsch Wohn-
dazu, fogleich zu verm., 1800 event. 1500 Mk. Daselbst Wohnung im
2. Stock, 4 resp. 6 Zim. u., 770 event. 950 Mk., am 1. Juli. Im Hof
helle Werkstätte oder Remise sofort zu vermieten. [5816]

Administrator O. Grossmann, Neue Taschenstraße 30.

Altbücherstraße 5,

Gröhlauerstr. 76/77, 3 Hechte,
ist eine Wohnung von 4 Zimmern
im 1. Stock, neu renovirt, zu
verm. Näh. im 3. Stock b. Knaus.

Neudorfstr. 9,

1. Etage, 6 Zimmer u. Zubeh.,
per 1. Juli zu vermieten.

Margarethenstr. 34 ist der erste
halbe Stock, 3 Zimmer, Cabinet u.,
preiswürdig billig per 1. Juli d. zu
vermieten. Näheres parterre rechts.

Blurstraße 2

ist die halbe erste Etage per ersten
October zu vermieten. Näheres
Blurstraße 3 im Comptoir, 1. Stock.

Blurstraße 3

ist die herrschaftliche Hochparterre-
Wohnung per bald zu vermieten.
Näheres im Comptoir daselbst, 1. Et.

Schmiedebrücke 17/18,

ist eine herrschaftliche Wohnung
per 1. Juli [5791]
zu vermieten.

Feldstraße 16

(an der Klosterstraße)
zwei herrschaftliche Quartiere à 7 und
3 Zimmer zu vermieten. [5784]

Gartenstraße 9

eleg. Wohnung, part., 4 Zimmer,
Cabinet, Garten, per 2. Juli oder
October zu vermieten. [5843]

Telegraphische Witterungsberichte vom 10. April.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.
Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. n. 0 Gr. u. d. Meeres-niveau reducirt in Millim.	Temperatur in Celsius. in Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullagmore...	751	4	ONO 5	Regen.	
Aberdeen...	754	3	N 2	wolkig.	
Christiansund...	759	3	OSO 2	heiter.	
Kopenhagen...	755	2	NO 3	bedeckt.	
Stockholm...	760	3	NO 2	wolkenlos.	
Haparanda...	767	—	still	wolkenlos.	
Petersburg...	761	0	NO 1	bedeckt.	
Moskau...	760	1	SSO 1	Nebel.	
Cork. Queenst.	749	8	OSO 3	heiter.	
Cherbourg...	745	4	SSW 2	wolkig.	
Helder...	750	5	O 2	wolkig.	
Sylt...	753	2	O 3	bedeckt.	
Hamburg...	753	3	ONO 2	bedeckt.	Dunst.
Swinemünde...	753	2	NNO 2	Nebel.	
Neufahrwasser...	753	3	NNW 1	Regen.	
Memel...	755	3	ONO 3	Nebel.	
Paris...	751	7	SW 2	h. bedeckt.	
Münster...	—	—	—	—	—
Karlsruhe...	751	9	SW 5	bedeckt.	
Wiesbaden...	751	8	NO 1	wolkig.	Thau.